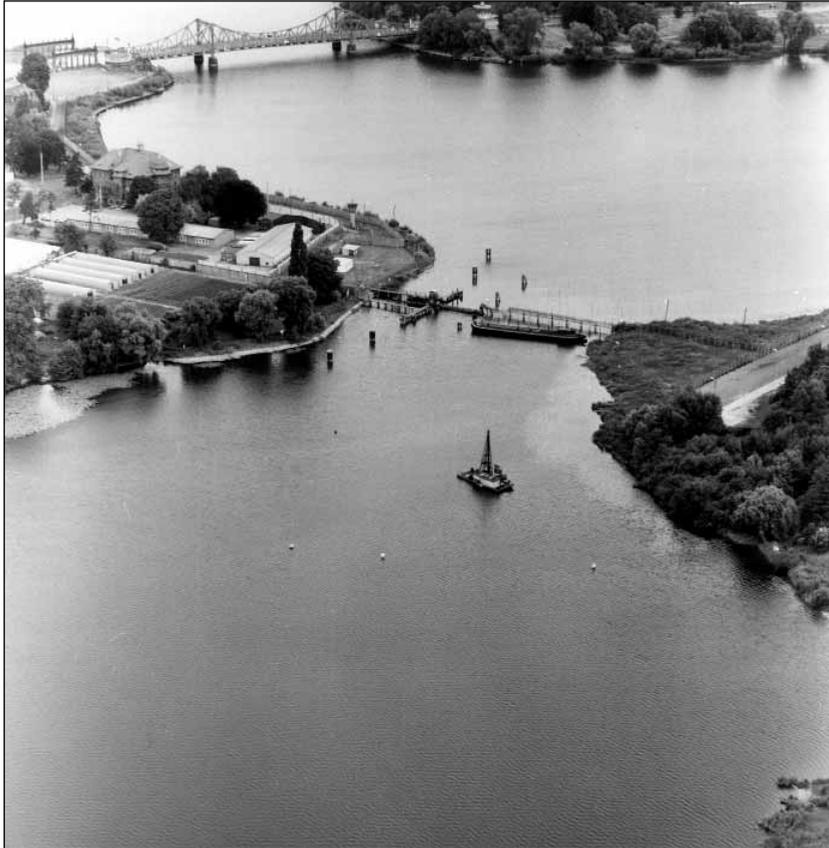


Eine Publikation der
Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung



Flugbild der Grenzstellen Babelsberger Enge (im Vordergrund) und Brücke der Einheit in Potsdam (heute: Glienicker Brücke), Aufnahme von 1984.
Foto: BSTU, MFS, BV Pdm, AKG 2086

20 BRANDENBURGISCHE HISTORISCHE HEFTE

Gisela Rüdiger, Gudrun Rogall

**Die 111 Tage
des Potsdamer Bürgerkomitees
»Rat der Volkskontrolle« 1989/90**

Copyright 2009

Herausgeber:
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Gisela Rüdiger, Gudrun Rogall
Die 111 Tage des Potsdamer Bürgerkomitees »Rat der Volkskontrolle« 1989/90

ISBN: 3-932502-56-6

Gestaltung und Realisierung: Elke Sadzinski
Gesamtherstellung: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft
Potsdam mbH

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen die Verantwortung.

Die Zitate wurden teilweise der heutigen Rechtschreibung angepasst.

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Zur Charakteristik der Stadt Potsdam	9
3	Die Ereignisse 1989 in Potsdam	11
4	Die Besetzung der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung am 5. Dezember 1989	17
5	Die Einsetzung der Regierungskommission	22
6	Der Rat der Volkskontrolle	23
6.1	Gründung	23
6.2	Anliegen und Zielstellung	26
6.3	Zusammensetzung	27
6.4	Arbeitsweise und Organisation	28
6.5	Anliegen der Bürger im Bürgerbüro	30
6.5.1	Gesamtzahl und zeitliche Verteilung	31
6.5.2	Gegenstand und Häufigkeit	32
6.5.3	Bürgeranliegen anhand ausgewählter Beispiele	34
6.5.3.1	Allgemeine politische Forderungen	34
6.5.3.2	Tätigkeit des MfS	34
6.5.3.3	Das MfS bei seiner Auflösung	37
6.5.3.4	Opfer von Repressalien	48
6.5.3.5	Zu Korruption und Amtsmissbrauch im Geflecht von SED, Verwaltung und Wirtschaft	53
6.5.3.6	Zu Umwelt und Betrieben	56
6.5.3.7	Persönliche Probleme der Bürger	57
6.6	Arbeitsschwerpunkte in den Sitzungen des Rates der Volkskontrolle	61
6.6.1	Stadtverwaltung	62
6.6.2	Wirtschaft	65
6.6.3	Wehrbezirkskommando und Grenztruppen	66
6.6.4	Postzollamt	67
6.6.5	Einkünfte der Parteien	68

6.6.6	Auflösung der MfS-Bezirksverwaltung	69
6.6.7	Gefälschte Ergebnisse der Kommunalwahl 1989	78
6.6.8	Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften	81
6.6.9	Verantwortlichkeit von SED und MfS	82
6.6.10	Rechtsextremismus	84
6.7	Auflösung des Rates der Volkskontrolle	85
7	Resümee	87
7.1	20 Jahre danach	87
7.2	Was der Rat der Volkskontrolle nicht wusste	88
7.3	Was bleibt	91
8	Dokumente	95
	Chronologie ausgewählter Ereignisse	109
	Abkürzungen und Begriffserklärungen	120
	Fußnoten	123
	Verwendete Quellen und Literatur	125

1 Einleitung

Anliegen dieses Buches ist es, in dem eng begrenzten Zeitfenster von Dezember 1989 bis April 1990 Geschehnisse und herausragende Ereignisse in der damaligen Bezirkshauptstadt Potsdam während der friedlichen Revolution zu schildern, um die Lebenssituation vieler Bürger dieser Stadt einzufangen. Die Besetzung der Potsdamer Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die Aktivitäten des Rates der Volkskontrolle und seines Bürgerbüros werden in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt.

Das Bürgerkomitee Rat der Volkskontrolle in Potsdam existiert vom 6. Dezember 1989 bis zum 26. April 1990. Mit der Besetzung der MfS-Bezirksverwaltungen und ihrer Zweigstellen durch die Bürger im Dezember 1989 entstehen zur Kontrolle ihrer Auflösung Bürgerkomitees. Das Potsdamer Bürgerkomitee sieht darüber hinaus die Überwachung des Handelns weiterer staatlicher Institutionen auch als seine Aufgabe an. Es bildet deshalb eine Art Runder Tisch. Runde Tische kommen in dieser Zeit, als die Alleinherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwar gebrochen, aber die Strukturen und Kräfte, die sie gestützt haben, noch bestehen und wirken, an vielen Orten zusammen. Die Runden Tische sind Zusammenschlüsse von Vertretern aus den neu entstandenen Initiativen, Bürgerbewegungen und Parteien, den alten Parteien und den DDR-Massenorganisationen sowie aus den Kirchen. Ihr Hauptanliegen ist die Kontrolle der Exekutive mit dem Ziel, eine Gefährdung des Umbruchs zu verhindern und den Übergang in eine Demokratie zu gestalten. Mit den Runden Tischen und Bürgerkomitees sind friedliche Formen der Mitbestimmung bis zu den ersten freien, gleichen und geheimen Wahlen seit Gründung der DDR gefunden worden.

Der Rat der Volkskontrolle konzentriert sich grundsätzlich auf das Geschehen in der Stadt Potsdam. Obwohl das Gremium formal nicht demokratisch legitimiert ist, besitzt es dennoch ein Mandat, nämlich das der demokratisch gesinnten Potsdamer Bürger. Er richtet ein Bürgerbüro ein. Die Bürger haben damit eine Anlaufstelle, wo sie ihre Probleme, Sorgen und Nöte mit den staatlichen Institutionen einbringen und dabei aktiv an der Überwindung dieser alten Strukturen mitwirken können.

Nach einem allgemeinen Blick auf die Stadt Potsdam wird im Folgenden zunächst kurz umrissen, in welchem politischen Umfeld es zur Entstehung des Rates der Volkskontrolle kommt. Dabei steht die Situation in Potsdam im Jahr 1989 im Vordergrund, die einen markanten Höhepunkt mit der Besetzung der Bezirksverwaltung des MfS erfährt. Ein besonderes Anliegen besteht darin, die

im Bürgerbüro des Rates der Volkskontrolle aufgezeichneten Beschwerden und Informationen der Potsdamer Bürger wiederzugeben. Es geht nicht um Fragen der nachträglichen Überprüfung und Aufklärung einzelner Anliegen oder Verdachtsmomente, obwohl auch davon die Rede sein wird. Im Weiteren wird dargestellt, womit sich der Rat der Volkskontrolle beschäftigt, was er zu seinen Zielen und Aufgaben macht, wie er sie zu erfüllen versucht, was ihm gelingt und was im Laufe seines Wirkens geschieht. Zum Schluss folgt ein Blick zurück: Was hat der Rat der Volkskontrolle bewirken können, was konnte er damals nicht wissen und was ist von seinem Wirken geblieben?

2 Zur Charakteristik der Stadt Potsdam

Die DDR ist nach der Auflösung der Länder im Jahr 1952 neben der Hauptstadt Ost-Berlin in Bezirke und die wiederum in Kreise als Verwaltungseinheiten eingeteilt. Das heutige Bundesland Brandenburg umfasst ungefähr die Fläche der Bezirke Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam. Die Verwaltungen heißen Räte der Bezirke bzw. Räte der Kreise. Die eigentliche Macht haben aber überall die SED-Bezirksleitungen bzw. Kreisleitungen in den Händen, denn die DDR ist eine Einparteiendiktatur der SED. Die SED war 1946 in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD hervorgegangen.

Potsdam ist einerseits eine von 14 Bezirkshauptstädten, die sich in Vielem nicht von anderen unterscheidet. Potsdam ist andererseits durch Besonderheiten gekennzeichnet, die sich aus seiner Geschichte und seiner unmittelbar an Berlin – später West-Berlin – angrenzenden Lage ergeben.

Als früherer preußischer Residenzstadt ist das Bild von Potsdam zunächst durch Adel, Verwaltung und Militär geprägt. Man sagt damals, in Berlin lebe das Bürgertum, in Potsdam der Adel. Gleichwohl bilden beide Städte einen gemeinsamen Lebensraum. Während zahlreiche Potsdamer sich mit der S-Bahn auf den Weg zur Arbeit nach Berlin machen – in geringerem Umfang auch umgekehrt – kommen die Berliner in ihrer Freizeit gern nach Potsdam. Das bleibt mit großen Einschränkungen auch noch so bis 1961, trotz der Teilung Deutschlands 1945, bei der auch das »Potsdamer Abkommen« und der besondere Status von Berlin eine Rolle spielen. 1949 entstehen die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Erst der Mauerbau vom 13. August 1961 macht mit vielem Schluss, was bis dahin für die Potsdamer noch gang und gäbe ist. Nichts ist mehr wie vorher. Wer am Morgen des 13. August 1961 bei schönstem Sonntagswetter wie am Tag zuvor verabredet, seine Verwandten mit der S-Bahn in West-Berlin besuchen und eine Fahrkarte kaufen will, kann von den auf dem Bahnhof stehenden Wachposten der Transportpolizei und den eingesetzten SED-Agitatoren mit roter Armbinde erfahren, dass es sich ab heute »ausgedreißigt« hat. 30 Pfennig kostet die S-Bahnfahrkarte. Ungläubiges Protestieren kann leicht zur sofortigen Festnahme führen.

Viele Kontakte und Beziehungen der Menschen zueinander sind über Nacht zerstört worden. Zwar sind die West-Berliner »nur« ausgesperrt, aber wirklich eingesperrt werden die Potsdamer und natürlich fast alle in der DDR Lebenden. Viele Potsdamer sind erschüttert. Manch einer wird bereuen, nicht rechtzeitig »abgehauen« zu sein, wie es viele zuvor getan haben. Aber an die Möglichkeit eines Mauerbaus glaubt niemand so recht. Bis sie wirklich steht. Es trifft die Potsdamer hart, genauso wie die Ost-Berliner und viele andere in unmittelbarer

Nähe der Grenze. Die Gleise der S-Bahn zwischen Potsdam und West-Berlin werden sicherheitshalber herausgerissen. Das Leben mit der Mauer wird den Potsdamern mit der Zeit vertrauter Alltag. Dennoch bleibt sie immer ein »Dorn im Fleische«.

Die Bevölkerungszusammensetzung der Stadt verändert sich in den folgenden zwanzig Jahren spürbar. So zum Beispiel halbiert sich der Anteil von Berufstätigen im produzierenden Handwerk (hauptsächlich noch privat organisiert) zwischen 1965 und 1975 – eine Folge der unter der DDR-Regierung weiter betriebenen Enteignung privater Betriebe. Dagegen wächst der Anteil des nicht produzierenden Bereiches bis 1989 stetig und deutlich an. Armee (Kommando der Landstreitkräfte in Wildpark/West), Bereitschaftspolizei, Transportpolizei, Zoll, Grenztruppen (Grenzkommando 44 in der Steinstraße) und die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit weiten ihre Betätigungsfelder in und um Potsdam stark aus. Es vergrößert sich die MfS-Hochschule in Golm. SED-Strukturen – wie die SED-Bezirks- und Kreisleitung, die Parteischulen in Potsdam-Waldstadt und in Kleinmachnow, die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg, die Pädagogische Hochschule als Kadenschmiede für Margot Honeckers Volksbildung – und die Verwaltungen blähen sich ebenfalls auf. Der damit verbundene Zuzug von Menschen aus anderen Teilen der DDR bleibt nicht ohne Einfluss auf die Bevölkerungszusammensetzung in der Stadt. Der Anteil der SED-Mitglieder wird wesentlich größer. Aus Sicht der politischen Führung ist das ein erwünschter Effekt. Außerdem haben Zugezogene beispielsweise aus den Bezirken Dresden oder Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz) in der Regel keine Verwandten oder Freunde in West-Berlin und keine persönliche oder familiäre Erfahrung mit dem Leben ohne Mauer.

Trotz der Existenz der Mauer gibt es Potsdamer, die versuchen, die nahe gelegene Grenze zu überwinden, entweder durch Flucht oder mit Hilfe eines Ausreiseantrags. Von den Grenztruppen der DDR werden bis 1989 immer wieder Menschen bei Fluchtversuchen erschossen. Die offizielle Statistik sagt über die in den Westen geflohenen und ausgewanderten Bürger nichts. Im Statistischen Jahrbuch der DDR für den Bezirk Potsdam von 1990 finden sich erstmals Angaben. Es sind für das Jahr 1989 insgesamt 2 837 Abmeldungen aus dem Potsdamer Stadtgebiet verzeichnet. Unter der Rubrik »Wanderung über die Staatsgrenze« sind insgesamt 2 790 Potsdamer angegeben, die die DDR verließen, davon wiederum 2 587 in die damalige Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin.

3 Die Ereignisse 1989 in Potsdam

Zur Vorgeschichte der revolutionären Bewegung in Potsdam gehört die Gründung zahlreicher Gruppen in den achtziger Jahren, die ihre politischen Ansätze vor allem in Umwelt- und Friedensaktivitäten entwickeln. Ein Beispiel ist die 1988 ins Leben gerufene »Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz«, die spätere »Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung« (Argus). Diese Gruppe wird 1989 vor allem durch ihre Bemühungen für die Rettung der Altstadt bekannt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Initiativen ist Argus nicht unter dem Dach der Kirche aktiv.

Evangelische und katholische Kirchen werden in den achtziger Jahren zum Schutz- und Aktionsraum von Initiativen mit den unterschiedlichsten Anliegen. Zu den für die spätere politische Opposition in Potsdam wichtigsten Vertretern gehören der Friedenskreis aus Mitgliedern und Mitarbeitern verschiedener evangelischer Gemeinden und die 1987 gegründete Basisgruppe »Kontakte« in der evangelischen Friedrichskirche in Potsdam-Babelsberg. Daneben gibt es autonome und kirchliche »Hauskreise« und Gruppen, die sich mit aktuellen Themen dieser Zeit, wie der Umweltzerstörung oder den Problemen in der Dritten Welt befassen (z. B. der Lateinamerika-Arbeitskreis »tierra unida«).

Vom Ministerium für Staatssicherheit wird die autonome Jugendszene mit größter Besorgnis beobachtet. In den staatlichen Berichten ist sie in Skinheads, Punks und Heavy-Metal-Fans aufgeteilt. Sie orientiert sich an westlichen Vorbildern und ist in den achtziger Jahren auch in der DDR fest etabliert. In Potsdam bilden Punks im Jahre 1988 im Schutz der evangelischen Friedensdiakonie eine so genannte Front gegen die Skinheads. Des Weiteren existieren von alternativen Kunstgruppen bis zu einer Selbsthilfegruppe für Homosexuelle zahlreiche Kreise Jugendlicher, die sich der Ideologie des Sozialismus längst entzogen haben und sich in Kirchen, Jugendclubs und Cafés treffen.

Am 7. Mai 1989 finden Kommunalwahlen statt. Potsdamer trauen sich zum ersten Mal, in Wahllokalen die Auszählung der abgegebenen Stimmen zu verfolgen. Sie vermuten eine Fälschung der Wahlergebnisse. Die Zahl der in der Presse für ganz Potsdam veröffentlichten 1 559 Nein-Stimmen vergleichen sie mit der von ihnen ermittelten. Diese beträgt 2 192, obwohl das Wahlergebnis von ihnen nur in einem Teil der Potsdamer Wahllokale überprüft wird.

Aus MfS-Unterlagen geht hervor, dass Wahlbüroleiter aus Potsdam die Fälschung der Wahlergebnisse vom 7. Mai bestätigen. Als sich der damalige Leiter eines Potsdamer Wahlkreises weigert, die aus mehreren Wahlbüros zusammengezählten und dann gefälschten Ergebnisse zu unterschreiben, wird ihm von MfS-Mitarbeitern nahe gelegt: »Wenn Du diese Arbeit behalten willst, unter-

schreib' oder trag' die Konsequenzen.« SED-Mitglieder, die sich weigern, die gefälschten Zahlen zu veröffentlichen, werden bedroht. Wer dennoch nicht einlenkt, den erwartet das gleiche Schicksal wie einen Bürgermeister aus dem Potsdamer Umland, dem man nach seiner Verweigerung mitteilt: »Du kannst froh sein, wenn Du dann noch als Straßenfeger arbeiten darfst.«¹ Die in der Bevölkerung bekannt gewordene Wahlfälschung sorgt dafür, dass der Unmut über die DDR-Führung weiter wächst.

Wie unsicher die Lage im Sommer 1989 in der DDR ist, zeigt sich auch nach der blutigen Niederschlagung einer gegen die politischen Verhältnisse in China gerichteten Demonstration in Peking am 4. Juni 1989. Die SED-Parteispitze solidarisiert sich offen mit den Machthabern Chinas. Große Teile der Bevölkerung sehen dies mit Besorgnis. Beide Seiten – jede aus ihrem Blickwinkel – haben Angst vor einer Eskalation der Lage in der DDR. In Teilen der Bevölkerung werden die Erinnerungen an die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes von 1953 wach. In Potsdam hängen am 7. Juni 1989 Studenten ein Transparent am Begrenzungszaun der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindediakonie und Sozialarbeit auf, mit der Aufschrift »Wir trauern um die Ermordeten in China – Demonstranten, Studenten, wehrlose Bevölkerung. Die Studenten der Sozialarbeit«. Das Transparent hängt aber nur wenige Stunden – bis zur Untersagung durch staatliche Sicherheitskräfte. In der Erlöserkirche trommeln Bürger auf Initiative der Gruppe »tierra unida« vom 28. bis zum 30. Juni nach fernöstlichen Trauerriten Tag und Nacht für die Toten von Peking. Diese Aktion wird vom MfS überwacht. Inoffizielle Mitarbeiter (IM), die Spitzel des MfS, trommeln mit, um ihre Überwachungstätigkeit zu verschleiern.

Die politischen Bewegungen zur Auflösung der kommunistischen Diktaturen in Europa, wie die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność und dann vor allem die Perestroika in der Sowjetunion, werden von vielen Potsdamern aufmerksam wahrgenommen und begrüßt. Als Ungarn sich im Frühjahr 1989 allmählich vom sozialistischen Lager löst, sorgt das für rege Diskussionen. Nach der ungarischen Grenzöffnung zu Österreich am 11. September 1989 fliehen tausende Menschen aus der DDR über Ungarn nach Österreich. Die Massenflucht ist ein weiterer Schritt in der Zuspitzung der Lage. Mehr und mehr sprechen die Bürger im Land offen – und das ist neu – die Probleme in der DDR an.

Im September 1989 schlägt die Stunde der Bürgerbewegungen. Während ab 4. September in Leipzig im Anschluss an die Friedensgebete jeden Montag Demonstrationen stattfinden, sammeln sich im ganzen Land nach dem veröffentlichten Aufruf des Neuen Forum (eine am 9./10. September 1989 entstandene Bürgerbewegung) die Bürger vor allem in den Kirchen, um die lokalen Aktivisten dieser Initiative zu treffen oder selbst Mitglied zu werden. In Potsdam findet eine derartige Veranstaltung des Neuen Forum am 4. Oktober 1989 in der Friedrichskirche auf Initiative der Gruppe »Kontakte« statt. Ihre Mitglieder –

allen voran Detlef Kaminski – werben auch an ihrem Arbeitsplatz für eine Mitgliedschaft im Neuen Forum, wie aus den dazugehörigen Staatssicherheitsakten hervorgeht.² Mitte Oktober wird die Babelsberger Friedrichskirche ein zentraler Treffpunkt der Potsdamer Oppositionsgruppen, auch eine Ortsgruppe der SDP (eine Anfang Oktober 1989 gegründete Sozialdemokratische Partei) entsteht.

Anfang Oktober, im Vorfeld des 40. Jahrestages ihrer Gründung am 7. Oktober 1989, stellt die DDR den gegenseitigen visafreien Reiseverkehr mit der CSSR ein und lässt die in die westdeutsche Botschaft in Prag geflüchteten DDR-Bürger über das Gebiet der DDR ausreisen. Das führt zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen am Dresdner Hauptbahnhof, da Menschen auf die aus Prag in die Bundesrepublik Deutschland ausrollenden Züge aufspringen wollen. Die DDR-Führung will den 7. Oktober ungestört feiern. Doch jener Tag wird in Ost-Berlin und einigen anderen Städten von Demonstrationen begleitet. Auch in der Potsdamer Klement-Gottwald-Straße (heute: Brandenburger Straße) versammeln sich 2 000 Menschen. Den Anstoß geben einige wenige Mutige, die sich auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz) treffen und durch Sprüche und Lieder auf sich aufmerksam machen. Am Vorabend haben sie Aufrufe verteilt. Die Polizei löst die Demonstration gewaltsam auf und nimmt zahlreiche Teilnehmer fest. Das ist ihr jedoch später nicht mehr möglich, denn nach der Leipziger Demonstration am 9. Oktober muss die Staatsmacht vor den 70 000 aufbegehrenden Menschen kapitulieren. In vielen Orten kommt es nun zu größeren Protesten auf den Straßen.

Nach der Demonstration vom 7. Oktober bleibt es in Potsdam bis Anfang November auf den Straßen verhältnismäßig ruhig. Es drängen aber auch hier immer mehr Bürger in das Neue Forum und zu Veranstaltungen in die Kirchen. Neben zahlreichen kleineren Gruppen treten im September/Oktober 1989 in Potsdam regional größere oder landesweit starke Initiativen hervor. In den Gemeinderäumen der Babelsberger Friedrichskirche wird ein Kontaktbüro des Neuen Forum eingerichtet. Die SDP unterhält dort ebenfalls eine Anlaufstelle. Das Neue Forum plant seine erste Demonstration für den 4. November. Auf einer Informationsveranstaltung auf dem Babelsberger Weberplatz am 1. November – zu der 7 000 Menschen kommen – werden die Potsdamer auch über die geplante Demonstration informiert.³ Am 4. November 1989 strömen schätzungsweise 70 000 Menschen zum Platz der Nationen und demonstrieren für Veränderungen in der DDR. Nun hat sich auch in Potsdam massenhafter Protest öffentlich gezeigt.

Der Rücktritt der DDR-Regierung am 7. November 1989 wird in der Bevölkerung mit großer Erleichterung aufgenommen. Am 9. November fällt die Mauer in Berlin, in Potsdam am nächsten Tag um 18.00 Uhr mit der Öffnung der Brücke der Einheit (heute: Glienicker Brücke).



Demonstration von Zehntausenden auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz) am 4. November 1989.
Foto: Michael Lüder



Die Berliner Straße am 11. November 1989. Nach der Öffnung der Grenze stauen sich hier die Autos am Grenzübergang Brücke der Einheit (heute: Glienicker Brücke) in Potsdam.
Foto: MAZ-Archiv/Michael Hübner



Demonstration am 2. Dezember 1989 am Karl-Liebknecht-Forum in Potsdam mit anschließendem Gang durch die Innenstadt bis zur MfS-Bezirksverwaltung.
Foto: MAZ-Archiv/Christel Köster

Anfang Dezember wird durch die Volkskammer der DDR der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen. Am 3. Dezember treten die Führungsgremien der SED zurück. Das hat Auswirkungen auf die Regierung, denn die DDR-Regierung als Exekutive ist ein Machtinstrument der SED. Viele Menschen fragen sich nun, wie es weiter gehen soll. Welche Rolle werden die Bürgerinitiativen spielen? Übernehmen sie die politische Macht, Teile der Verantwortung? Bleibt die DDR ein selbständiger Staat oder gibt es ein unkontrolliertes Zusammengehen mit der Bundesrepublik? Wie stark sind die Kräfte zur Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse? Halten sich die sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Gebiet der DDR stationiert sind, aus den Veränderungen heraus und bleiben sie in ihren Kasernen? All das sind Fragen, die niemand beantworten kann.

Auch im Neuen Forum wird die unsichere Lage wahrgenommen. Am 3. Dezember treffen sich Vertreter des Neuen Forum aus der ganzen DDR in Grünheide bei Berlin. Es ist der Ort, an dem Anfang September 1989 das Neue Forum gegründet worden war. Aus Potsdam sind wieder die Physiker Rudolf Tschäpe, der das Treffen später als »Grünheide II« bezeichnet, und Reinhard Meinel dabei. Sie haben die Bildung der Regionalgruppe des Neuen Forum in Potsdam initiiert und gehören dem provisorischen Sprecherrat⁴ an. Während des Treffens erhalten sie immer neue Nachrichten über das Vernichten wichtiger Schriftstücke und Akten in DDR-Institutionen. Sie formulieren einen Aufruf zur Gründung von Kontrollgruppen.

Noch am gleichen Tag fordert der DDR-Sprecherrat des Neuen Forum in einem Flugblatt und am folgenden Tag über die Medien – dann gemeinsam mit weiteren oppositionellen Zusammenschlüssen – die Bürger auf, Kontrollgruppen in Wirtschaft und Staatsapparat zu bilden, denn Verantwortliche der DDR-Diktatur würden fliehen, Werte ins Ausland bringen und Akten vernichten.

Gerade hat sich der Leiter des DDR-Außenhandelsbereiches »Kommerzielle Koordinierung« (KoKo), Alexander Schalck-Golodkowski, der für die DDR Devisen beschafft und dafür in der Bundesrepublik Tarnfirmen unterhält, nach Bayern abgesetzt. Am Morgen des 4. Dezember berichtet ein Mitarbeiter des MfS (am 17. November 1989 in Amt für Nationale Sicherheit umbenannt, im Folgenden weiterhin MfS genannt) im DDR-Sender *Berliner Rundfunk*, dass er Aktenvernichtungen mit eigenen Augen gesehen habe. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, ordnet Anfang November 1989 noch kurz vor seinem Rücktritt intern an, in den MfS-Kreisdienststellen wegen »der von den Demonstranten für die Dienstobjekte ausgehenden Gefahr« schriftliche Dienstanweisungen zu vernichten und wichtige Akten in die Bezirksverwaltungen zu bringen. Weitere Anweisungen zur Vernichtung von Schriftstücken folgen von seinem Nachfolger Generalleutnant Wolfgang Schwanitz. In vielen Dienststellen wird bald nach eigener Auslegung der Vorgaben gehandelt, so dass Schwanitz warnt: »Was das Vernichten anbetrifft, Genossen, besonders in den Kreisdienststellen. Macht das wirklich sehr klug und sehr unauffällig. Wir werden stark kontrolliert.«

Auch die Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam beseitigen Unterlagen. Ihr Leiter, Generalmajor Helmut Schickart, verfügt Ende November, dass unter bestimmten Voraussetzungen Akten zu überwachenden Bürgern ebenso wie Lageeinschätzungen, Unterlagen zu Wahlen, Rapporte, Sichtlochkarteien, Nachweise über Zuträger, Reiseanträge und Parteiinformationen auch gleich in den Reißwolf könnten, soweit die Kapazitäten zur Vernichtung vorhanden seien. Ein MfS-Mitarbeiter trägt als letzte Notiz in sein Arbeitsbuch ein: »Toilette nicht für die Vernichtung von Unterlagen nutzen«. ⁵

Der o. g. Aufruf der Bürgerinitiativen wirkt in den Bezirken auf die Akteure des Umbruchs mobilisierend. Am 4. Dezember kommt aus der Stadt Erfurt das Signal zum Handeln. Frauen ergreifen die Initiative, finden Mitstreiter und besetzen die dortige MfS-Bezirksverwaltung. Am selben Tag treffen sich in Ost-Berlin zum ersten Mal Bürgerrechtler mit dem MfS-Leiter Generalleutnant Schwanitz. ⁶ Anschließend schickt dieser den o. g. Aufruf zur Bildung von Kontrollgruppen seinen Leitern in die Bezirke. Er verfügt sogar einen sofortigen Vernichtungsstopp.

4 Die Besetzung der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung am 5. Dezember 1989

Mit dem Willen, auch in Potsdam zu handeln, kehren die beiden Potsdamer Mitglieder des Neuen Forum Tschäpe und Meinel aus Grünheide zurück und informieren umgehend die Mitglieder des Sprecherrates. Sie erfahren vom Aufruf, überall vor Ort Kontrollgruppen zu bilden. Auch hören sie von der Aktenvernichtung in den MfS-Bezirksverwaltungen. Dagegen wollen sie etwas tun.

Gleich am nächsten Tag, dem 5. Dezember gegen 10.30 Uhr, intervenieren die Mitglieder des Neuen Forum Annette Flade, Detlef Kaminski, Manfred Kruczek, Heidrun Liebe, Reinhard Meinel und Rudolf Tschäpe persönlich beim Oberbürgermeister Manfred Bille. Sie fragen Bille in seinem Büro, welche Maßnahmen er bislang zur Sicherung von Akten und Sachwerten getroffen habe. Er antwortet, dass außer der Kontrolle einiger Betriebe, die in Verbindung mit der KoKo stehen, nichts unternommen worden sei. Die Bürger fordern ihn auf, gegen die weitere Vernichtung von Akten in der MfS-Bezirksverwaltung einzuschreiten. Er laviert, versucht Zeit zu gewinnen. Auf Verlangen des Neuen Forum ist er dann bereit, den Kontakt zur Polizei und der Staatsanwaltschaft wegen der Verhinderung weiterer Aktenvernichtungen herzustellen und den Vorsitzenden des Rates der Bezirkes herbeizuholen. Er schlägt vor, dass man sich erst um 14.00 Uhr wieder treffe und danach zur MfS-Bezirksverwaltung gehen solle. Er sitzt apathisch hinter seinem Schreibtisch. Den Mitgliedern der Bürgergruppe wird schnell klar, dass dieser Oberbürgermeister nicht handlungsfähig ist. Mit Zeichen, Blickkontakten und Flüstern verständigen sie sich in einer Gesprächspause darüber, die Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung selbst und gleich in die Hand nehmen zu wollen. Sie teilen dem Oberbürgermeister nachdrücklich ihr Vorhaben mit. In diesem Moment spüren sie, dass er weiß, dass er nichts mehr aufhalten kann. Auf manche macht er sogar den Eindruck, als wäre er erleichtert. Die Stimmung kippt. Die Mitglieder des Neuen Forum übernehmen nun völlig die Regie.

Im Vorzimmer des Oberbürgermeisters ist der Chef der Bezirksdirektion der Volkspolizei, Generalmajor Erich Griebisch, am Apparat, verlangt nach Detlef Kaminski und bietet ihm eine Sicherheitspartnerschaft an. Spontan geht Kaminski darauf ein und bestellt gleich einen Mannschaftswagen mit Polizisten und fordert Griebisch auf, zu 11.30 Uhr zum Eingang der MfS-Bezirksverwaltung in die Hegelallee zu kommen. Im Vorzimmer stehen mehrere Telefone. Sie werden benutzt, um aus den eigenen Reihen Verstärkung herbei zurufen. Die Sekretärin wirkt fassungslos, lässt aber alles geschehen. Schon bevor sich die komplette Gruppe beim Oberbürgermeister eingefunden hat, bittet Manfred Kruczek

telefonisch eine der wenigen vertrauenswürdigen Journalistinnen, Ute Samtleben, an der Aktion teilzunehmen.

Sie gehen auf die Straße und warten auf die angerufenen Mitstreiter. An der Ecke am Nauener Tor überlegen sie, wie es weiter gehen soll. Sie teilen sich auf. Annette Flade kauft im Schreibwarenladen den Bestand an weißem Krepppapier auf, um es für Armbinden zu nutzen.⁷ Detlef Kaminski – wie er 20 Jahre danach schildert – begibt sich mit Generalmajor Griebisch in die nahe gelegene Dienststelle der Bezirksstaatsanwaltschaft. Der angetroffene Bezirksstaatsanwalt Bernd Keßler lehnt es jedoch ab, in dieser Sache tätig zu werden. Kaminski antwortet, dass er damit zur Aktenvernichtung beitrage. Der wehrt ab. Er habe schon angeordnet, dass keine Akten vernichtet werden dürfen. Nun wird ihm von Kaminski in drastischen Worten vorgehalten, dass er dann am eventuellen Blutvergießen schuld sei und seine Verhaltensweise am nächsten Tag in der Zeitung stehen würde. Der Staatsanwalt gibt nach und geht mit.⁸

Als sich die Gruppe vor dem Eingang der MfS-Bezirksverwaltung einfindet, wird sie nicht eingelassen. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Leiter der MfS-Bezirkverwaltung, Helmut Schickart, und erst mit dem Eintreffen des Bezirksstaatsanwaltes öffnen sich zunächst für drei Mitglieder des provisorischen Sprecherrates, Rudolf Tschäpe, Detlef Kaminski und Hartmut Mechtel, die Tore. Sie gehen in das Büro des Leiters. Einige vor dem Tor Zurückgebliebene überlegen: Wenn wir nicht reinkommen, raus kommt hier ohne Kontrolle keiner mehr. Die weißen Armbinden helfen. Sie besichtigen die Autos der MfS-Mitarbeiter, fordern die Öffnung des Kofferraums. Die Mitarbeiter tun es. Währenddessen



Der letzte Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam Generalmajor Helmut Schickart in seinem Büro am Tag der Besetzung der Dienststelle durch Bürger am 5. Dezember 1989.
Foto: Steffen Mühle

wird die Menschenmenge vor dem Eingang immer größer. Die Bürgergruppe drinnen drängt den Leiter der MfS-Bezirksverwaltung, alle Wartenden herein zu lassen. Wenn er nicht bald »grünes Licht« gebe, werde die Situation außer Kontrolle geraten. Die Gruppe erreicht, dass gegen 12.30 Uhr die weiteren Mitglieder des Neuen Forum, die inzwischen eingetroffenen Angerufenen und einige Menschen, die von der Aktion hören oder zufällig vorbei gehen, nachkommen dürfen.

Die Menschen betreten den Hof. Einige spüren eine große Unsicherheit, andere sind voller Frust und Wut. Der Hof ist von Gebäuden umgeben, völlig menschenleer und es herrscht Stille. Sie bilden Gruppen, gehen in die verschiedenen Gebäude und beginnen, die Zimmer nach Spuren von Akten zu durchsuchen. Die vielen Zimmer nehmen kein Ende. Neben einem Polizisten begleitet sie ein MfS-Mitarbeiter. Einem läuft die ganze Zeit der Angstschweiß über das Gesicht. Eine Gruppe bleibt zur Sicherheit immer im Hof. Lange wird nichts gefunden, bis dann in dem höchsten Gebäude ein Fenster aufgeht und der Ruf auf den Hof schallt: »Wir haben was gefunden!« Erst später bemerken sie, dass im Hof Säcke mit vernichteten Unterlagen stehen. Sie finden Reißwölfe, die heiß gelaufen sind. Ein Student von der Pädagogischen Hochschule (PH) stellt fest, dass aus einem Hintereingang unbemerkt Lastkraftwagen rausfahren. Der Student wird zur Hochschule geschickt, um Verstärkung zu holen. Eine Menschenkette soll das Verschwinden von Unterlagen über andere Ausgänge verhindern.⁹ Erst nach weiteren Verhandlungen dürfen schließlich alle den Eingang passieren und mehrere hundert Menschen strömen im Laufe des Tages noch in die Gebäude.

Zum Zeitpunkt der Besetzung halten sich MfS-Mitarbeiter in ihren Arbeitsräumen auf. Beim Verlassen der Gebäude werden ihre Taschen und Autos von Polizisten im Beisein von Bürgern durchsucht. Es werden statt Akten nur Konserven aus dem Laden der MfS-Bezirksverwaltung gefunden, der stets bevorzugt mit begehrten Waren beliefert wird.

Die Flure sind mit leeren Aktendeckeln übersät – Zeugnisse der Vernichtungsaktionen. Die Büro- und Archivräume werden im Beisein von Bürgern durch die Staatsanwaltschaft versiegelt. Für die Nacht bilden die Bürger eine Wache.

Das MfS hat noch weitere Dienststellen in der Stadt. Auch diese sollen besetzt werden. Dazu gehören die Untersuchungshaftanstalt in der Otto-Nuschke-Straße (heute: Lindenstraße) und im Vorderhaus die geheim agierende Untersuchungsabteilung der MfS-Bezirksverwaltung. Es ist ein unheimlicher Ort. Das war er früher schon von außen. Wer durch die Straße ging, musste an dieser Stelle die Straßenseite wechseln. Die Straßenfront des Gebäudes war weiträumig abgesperrt. In diese MfS-Untersuchungshaftanstalt kamen die aus politischen Gründen Festgenommenen. Hier herrschten Angst, Terror und Qual. Die Inhaftierten waren der Willkür der Vernehmer ausgesetzt. Im

Dezember 1990 ist davon aber schon nichts mehr zu spüren. Das stellt auch eine Gruppe fest, die sich von der Hegelallee aus dorthin aufmacht. Die Wachposten sind verschwunden, als Günther Rüdiger vom Neuen Forum am Eingang klingelt und Einlass fordert. Das vor Kurzem noch Unvorstellbare geschieht. Die Tür öffnet sich und alle werden in das Zimmer des Leiters der Untersuchungsabteilung geführt. Hier sitzen schon die Vernehmer, Mitarbeiter, die die Verhöre durchführten, bereit. Auf die Frage, wie viele Gefangene einsitzen, heißt es: fünf, alles Autoschieber. Wegen ihrer staatszersetzenden Tätigkeit hätte das MfS handeln müssen. Die Kriminalpolizei habe versagt. Die Männer gehen in die Einzelzellen der männlichen Untersuchungsgefangenen. Einige bestätigen, dass sie mit Autos gehandelt hätten. Sie hätten nur getan, was sie auf legalem Wege nicht durften. Es gab für sie keine Möglichkeit, dieses Gewerbe legal zu betreiben. Die Nachfrage war aber da. Sie haben gutes Geld gemacht.



Zelle in der Potsdamer MfS-Untersuchungshaftanstalt.
Foto: Günther Rüdiger, Dezember 1989

Die vielen anderen Zellen werden nicht geprüft. Die Gruppe glaubt den Aussagen des Leiters der Untersuchungshaftanstalt, dass alle anderen Gefangenen bereits entlassen seien. Noch den ganzen Abend lang werden die Räume von den Bürgern durchsucht. Versiegelt werden sie nicht. Ihnen wird erklärt, dass Einsicht in die vorgefundenen Akten aus Datenschutzgründen nicht möglich sei und die meisten schon in der MfS-Bezirksverwaltung in der Hegelallee seien.¹⁰

Die Spuren des Leids, das sich in diesem Gebäude wirklich abgespielt hatte, waren schon verwischt. Die aus politischen Gründen Inhaftierten waren nach einer Amnestie entlassen worden. Wahrscheinlich sind sämtliche brisante Unterlagen wie Vernehmungsprotokolle, Anweisungen zum Umgang mit den Inhaftierten und anderes Material auch schon weggeschafft worden.

Am frühen Abend desselben Tages versammeln sich etwa 20 Menschen vor der Potsdamer Kreisdienststelle für Staatssicherheit in der Puschkinallee. Hier ist noch alles verschlossen. Niemand lässt sich blicken. Ein Schornstein raucht. Der Ort wirkt unheimlich. Vor dem Gebäude liegen große Haufen geschredderter Akten. Jemand bringt belegte Brote, die herumgereicht werden. In die Sprechanlage rufen sie mehrmals: »Nicht mehr Akten vernichten!«. Da taucht der Leiter der MfS-Kreisdienststelle, Oberst Peter Puchert, auf. Er mache nichts Ungegesetzliches. Es wäre unmöglich sie reinzulassen. Er verschwindet wieder. Autos vom Typ Lada mit Männern kommen angefahren, die von den Leuten vor dem Tor durchsucht werden und in das Objekt, das wie ausgestorben wirkt, fahren. Einlass wird den Wartenden nicht gewährt. Gewaltsam will sich niemand Einlass verschaffen. So wird der Plan zur Besetzung aufgegeben und die Menschen ziehen unverrichteter Dinge wieder ab.¹¹ Doch damit ist der Versuch, die Kreisdienststelle zu besetzen, noch nicht beendet. Zwischen 0.00 Uhr und 1.30 Uhr gehen drei Bürger und ein Staatsanwalt in das Objekt und versiegeln die meisten Räume. Eine erneute Kontrolle Stunden später ergibt, dass außer ca. 100 Säcken und einigen Dienstvorschriften kaum noch Unterlagen auffindbar sind.

Am Abend des 5. Dezember treffen sich Akteure des Neuen Forum gegen 22.00 Uhr in ihrer Kontaktstelle in den Räumen der Friedrichsgemeinde zur Auswertung der Geschehnisse und bleiben bis etwa 2.00 Uhr. In dieser Zeit gehen von Bürgern ständig weitere Hinweise zu MfS-Objekten ein, die auch besetzt werden sollen, wie z. B. die Hochschule des MfS in Golm bei Potsdam, ein Objekt in Horstwalde bei Luckenwalde, Gebäude in Potsdam in der Berliner Straße, der Ruinenbergstraße, der Beyerstraße, der Wilhelm-Staab-Straße oder eine Bungalowsiedlung in Groß Glienicke. Alle werden noch kontrolliert.¹²

An diesem 5. Dezember 1989 verlangen Bürger mit Mut, Willen und auch Zorn zum ersten Mal seit Gründung der DDR Zutritt zum inneren Bereich des Geheimdienstes in Potsdam. Sie wissen nicht, was sie erwartet. Mit dem Einsatz von Schusswaffen rechnen sie nicht. Dennoch kann niemand voraussehen, was

in den Köpfen einzelner beim Anblick von »Feinden« vor sich geht, ob das MfS nicht doch noch irgendwelche Abwehrmaßnahmen vorgesehen hat. Ihre Sorgen sind nicht unbegründet, denn, wie sich später herausstellt, hat der Leiter des MfS, Wolfgang Schwanitz, noch am Vortag befohlen: »Der Zutritt unberechtigter Personen ist unbedingt zu verhindern. Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel, Löscheinrichtungen und übergebenen speziellen Mittel – außer gezielte Schusswaffenanwendung – zum Einsatz zu bringen. [...] Mit der Volkspolizei sind weitere Abstimmungen zum Einsatz zusätzlicher Kräfte herbeizuführen.« Erst aufgrund einer am Tag der Besetzung gegen 16.00 Uhr eingegangenen Anweisung erlaubt Schwanitz, – falls sich der Druck, »um gewaltsam in die Objekte einzudringen«, von außen erhöhe – mit Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen im Beisein von Militärstaatsanwalt und Polizei Begehungen der Gebäude vorzunehmen und die Versiegelungen der Räume zuzulassen. »Dabei ist jedoch zu verhindern, dass unberechtigte Personen Einsicht in Unterlagen erhalten oder gar in deren Besitz gelangen.«

Gegen 14.00 Uhr teilt sich die Gruppe der Besetzer in der MfS-Bezirksverwaltung. Eine Gruppe bleibt in der Hegelallee, die andere begibt sich zum verabredeten Termin mit Oberbürgermeister Bille. Die Ereignisse am Vormittag unterstreichen die Notwendigkeit, eine regionale Kontrollgruppe zu gründen, und zwar sofort.

Um das Situationsbild zu vervollständigen, soll kurz beschrieben werden, wie die DDR-Regierung auf die Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung in Potsdam und den anderen Bezirkshauptstädten reagiert.

5 Die Einsetzung der Regierungskommission

Die DDR-Regierung in Ost-Berlin greift selbst sofort in das Geschehen ein. Sie bestellt am 5. Dezember für jeden Bezirk einen »Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates«, den Regierungsbeauftragten, der bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 für die vollständige Auflösung der MfS-Bezirksverwaltungen zuständig sein wird. Nach Potsdam wird als Regierungsbeauftragter der Mitarbeiter des Ministerrates, Wolfgang Splett, geschickt. Ihm zur Seite gestellt sind der Angehörige des Ministeriums des Innern, Oberst Prof. Dr. Wolfgang Ebeling, der Mitte Januar 1990 von Oberst Dr. Hans Georg Holzendorf¹³ abgelöst wird und der Mitarbeiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS aus Ost-Berlin, Oberstleutnant Fremde.¹⁴ Sie bilden die Regierungskommission für den Bezirk Potsdam. Wie sich später nach Öffnung der MfS-

Akten herausstellt, sind sechs der dreizehn eingesetzten Regierungsbeauftragten Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) und vier weitere Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Der Potsdamer Regierungsbeauftragte gehört nicht zu diesen Kategorien.

Spletts erster Auftrag ist es – ganz im Gegensatz zum Willen der Demonstranten –, alles Notwendige zu veranlassen, um die Arbeitsfähigkeit von Bereichen der MfS-Bezirksverwaltung wieder herzustellen. Die DDR-Regierung hatte keineswegs vor, ohne Sicherheitsorgane auszukommen. Außerdem soll er dafür sorgen, dass die Waffen des MfS nicht in »unberechtigte« Hände gelangen, das Schriftgut gesperrt bleibt und mit Vertretern der Bürgerrechtsbewegung Sicherheitspartnerschaften zur Durchsetzung seiner Vorhaben geschlossen werden. Mit dem Rat des Bezirkes Potsdam, in dessen Gebäuden er ein Büro bezieht, ist eine enge Zusammenarbeit vorgesehen. In die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben ist die SED nicht einbezogen. Noch bis vor kurzem wäre das undenkbar gewesen. Da hätte die SED-Bezirksleitung mit ihrem gewaltigen Apparat Fragen dieser Art entschieden. Aber Anfang Dezember ist die Regierungsverantwortung bereits von der bislang allein herrschenden SED überwiegend in die Hände der Regierung bzw. die der Räte der Bezirke übergegangen, die aber – und das ist wichtig zum Verständnis der damaligen Situation – von den SED-Funktionären weiterhin dominiert werden. Währenddessen drängt der Chef des MfS auch schon wieder darauf, Akten zu vernichten, allerdings in Abstimmung mit den Bürgervertretern, soweit das notwendig erscheint. Ziel der Arbeit der Bezirksverwaltungen solle weiterhin die Verfolgung der »feindlich-negativen Kräfte« bleiben, die jetzt »Verfassungsfeinde« heißen.

6 Der Rat der Volkskontrolle

6.1 Gründung

Am Tisch des Oberbürgermeisters im Stadthaus sitzen am Nachmittag des 5. Dezember 1989 Mitglieder des Neuen Forum, der SDP und Argus auf der einen Seite und auf der anderen, neben dem Oberbürgermeister, Vertreter des Rates des Bezirkes, der Polizei und der Staatsanwaltschaft.¹⁵ In der gerade besetzten MfS-Bezirksverwaltung um die Ecke in der Hegelallee werden zur selben Zeit noch die Gebäude von Bürgern durchkämmt und Räume versiegelt.

Der vor zwei Tagen vom DDR-weiten Treffen der Regionalgruppen des Neuen Forum ausgehende Aufruf zur Gründung von Kontrollgruppen, die Erlebnisse in der MfS-Bezirksverwaltung in Potsdam, der Unwille und die offen-



Es wird der Beschluss zur Gründung des Rates der Volkskontrolle gefasst, Runde im Sitzungssaal des Stadthauses am 5. Dezember 1989, Foto links (v. l.): Manfred Bille, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Herbert Tzschoppe, Vorsitzender des Rates des Bezirkes Potsdam, Dr. Aljoscha Weigel, Mitarbeiter für »Sicherheit« im Rat des Bezirkes, Major Hülsenbeck, Angehöriger der VP, Detlef Kaminski, Mitarbeiter des VEB Gebäudewirtschaft Potsdam, Mitglied des Sprecherrates des Neuen Forum.

Foto rechts (v. l.): Manfred Bille, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Dr. Aljoscha Weigel, Mitarbeiter für »Sicherheit« im Rat des Bezirkes, Carola Stabe, aus politischen Gründen entlassene Lehrerin, Leitungsmitglied von Argus, Ute Samtleben, Journalistin der CDU-Zeitung »Die Union«, Mitglied des Neuen Forum, Annette Flade, Dozentin an der Ausbildungsstätte für Gemeindefunktionäre und Sozialarbeit, Mitglied des Sprecherrates des Neuen Forum, Manfred Kruczek, Revisor im VEB Wohnungsbaukombinat Potsdam, Mitglied des Neuen Forum, Rainer Speer, Möbelrestaurator, Mitglied des provisorischen Vorstands und Leiter der Arbeitsgruppe »Medien/Öffentlichkeitsarbeit« bei der SDP, Ortsverband Potsdam, Detlef Kaminski, Mitarbeiter des VEB Gebäudewirtschaft Potsdam, Mitglied des Sprecherrates des Neuen Forum.
Fotos: Manfred Thomas

bare Unfähigkeit des Oberbürgermeisters, die demokratische Bewegung zu unterstützen, unterstreichen die Notwendigkeit der Gründung eines Kontrollgremiums auch in Potsdam. Die friedliche Revolution muss fortgesetzt, ihre bisherigen Erfolge müssen unumkehrbar gemacht werden. Gleichzeitig wollen die Bürger nicht zulassen, dass die Amtsinhaber des alten Machtapparates ihre Spuren verwischen. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden können. Für die Mitglieder der neuen Gruppierungen steht deshalb fest, dass der MfS-Apparat vollständig zerschlagen werden muss. Außerdem sind sie der Meinung, dass gleichwohl alle staatlichen Stellen in Potsdam überwacht werden müssen, denn die Strukturen, die das SED-System gestützt haben, bestehen in fast un-



veränderter Besetzung fort. So wollen sie eine Art neue Stadtverordnetenversammlung installieren, denn der jetzigen, mit dem Vorwurf der Wahlfälschung belasteten, fehlt das Vertrauen in der Bevölkerung.

An diesem Nachmittag beschließen sie, den Rat der Volkskontrolle ins Leben zu rufen, der diese Aufgaben übernehmen soll. Als ständiger Tagungsort wird das Stadthaus gewählt und der Oberbürgermeister aufgefordert, an allen Sitzungen des Rates der Volkskontrolle teilzunehmen. Großen Widerstand gibt es während dieser Verhandlungen von Seiten der Funktionäre nicht. Ihre Unterstützung erfolgt aber zögerlich. Sie sind es gewohnt, dass die SED ihnen die Richtung vorgibt, nun sitzen da normale Bürger, die sie kontrollieren und die sogar mitbestimmen wollen. (Erläuterung: Bislang dürfen Bürger sich zwar mit Schreiben gegen Verwaltungsentscheidungen, die sie persönlich betreffen, an die entsprechenden Institutionen wenden. Jede Kritik an Amtsinhabern, staatlichen Einrichtungen, Parteien oder Organisationen, deren Maßnahmen und politischen Vorgaben war aber verboten und konnte zu Sanktionen und Verhaftungen führen. Ein heute möglicher Blick in die Häftlingskartei der Potsdamer MfS-Untersuchungshaftanstalt bestätigt: In der Zeit von 1968 bis 1988 waren 380 Menschen wegen der Vorwürfe »Hetze«, »Staatsverleumdung« oder »Öffentliche Herabwürdigung« und 269 Menschen wegen »Beeinträchtigung staatlicher bzw. gesellschaftlicher Tätigkeit« eingesperrt.) Alle schon in der DDR bestehenden Parteien und Massenorganisationen sowie die weiteren neu entstandenen oppositionellen Vereinigungen und die Kirchen werden aufgefordert, im Rat der Volkskontrolle mitzuarbeiten.

Die Gründungsversammlung des Rates der Volkskontrolle findet wie am Vortag beschlossen am 6. Dezember 1989 um 17.00 Uhr im Gebäude der Stadtverwaltung statt. An ihr beteiligen sich Vertreter der Bürgerinitiativen Neues Forum, »Demokratie Jetzt« und »Vereinigte Linke« sowie Mitglieder der SDP und der alten Parteien CDU, NDPD, LDPD, DBD, der DDR-Massenorganisation DFD und auch der evangelischen Kirche. Anwesend sind der Oberbürgermeister Bille, der das Gründungsprotokoll unterschreibt, sowie Vertreter der Volkspolizei und des Kontrollorgans der DDR, der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI). Gegen Ende der Zusammenkunft erscheint auch der frisch eingesetzte Regierungsbeauftragte Splett.

Ziele, Wirkungsradius, Befugnisse, Organisationsform und Teilnehmer werden festgelegt. Dabei wird auf einen von den Vertretern des Neuen Forum vorgelegten – auf Initiative von Manfred Kruczek erarbeiteten Entwurf – zurückgegriffen, dem die Teilnehmer der Sitzung zustimmen und der fortan die Grundlage der Arbeit bildet. Das Neue Forum möchte durchsetzen, dass die neuen Gruppierungen und die SDP mit mehreren Stimmen abstimmen können, während die anderen Parteien und Organisationen je eine Stimme erhalten sollen. Darüber entspinnt sich eine rege Diskussion mit dem Ergebnis, dass alle nur eine Stimme erhalten. Allerdings sollen die SED-Vertreter nicht stimmberechtigt sein bei Entscheidungen, die SED-Sachverhalte betreffen.

6.2 Anliegen und Zielstellung

Der Rat der Volkskontrolle sieht sich vorrangig für Probleme zuständig, die die Stadt Potsdam betreffen. Dabei ist für ihn unerheblich, in welchem Unterstellungsverhältnis sich die zu kontrollierende Einrichtung befindet. In der konstituierenden Sitzung vom 6. Dezember 1989 legt der Rat der Volkskontrolle seine Ziele schriftlich wie folgt fest:

»Sicherung von Gütern und Dokumenten, Kontrolle der laufenden Verfahren und später einzuleitender Untersuchungen, Sicherung der Stabilität der grundlegenden Lebensbereiche im Raum Potsdam, z. B. Versorgung, Transport, Gesundheitswesen, Rechtsstaatlichkeit, Grenzen«.

Im Protokoll der ersten Sitzung wird erläutert: »Die Teilnehmer der konstituierenden Beratung kamen überein, die Hauptaufgabe darin zu sehen, dass Maßnahmen getroffen werden, die in der aktuellen Situation geeignet sind, den Schutz von Sachwerten, Dokumenten und anderem Schriftgut zu gewährleisten, um die Durchführung krimineller Machenschaften und die Verdunkelung ebensolcher Absichten durch die Vernichtung von Schrift- und Archivgut zum Zwecke der Verfolgung solcher Handlungen zu verhindern.« Es geht in

erster Linie um die Akten und die materiellen Werte des MfS, weil Vernichtungs- und Verdunkelungsaktionen schon vorgenommen worden sind. Den knappen Worten ist zu entnehmen, dass man auch andere Werte mit einbeziehen will, denn niemand weiß, was noch alles ans Licht kommen würde. Auch der Wille zur Aufarbeitung ist zu spüren. Beweismittel sollen gesichert werden, damit die Verantwortlichen der DDR-Diktatur später zur Verantwortung gezogen werden können. Es wird auch befürchtet, dass Mitarbeiter in den staatlichen Institutionen die Umbruchsituation zum eigenen Vorteil ausnutzen und ihre Aufgaben für die Bürger vernachlässigen könnten.

Weiter heißt es im Protokoll: »Die zweite Aufgabe des Rates wird darin bestehen, gemeinsam mit der Bevölkerung und allen gesellschaftlichen Kräften Maßnahmen der Funktionen der Stadt und zur Sicherung eines normalen Alltagslebens und der Versorgung der Bürger zu treffen.« Alle wichtigen Institutionen und Einrichtungen sollen kontrolliert und nötigenfalls in ihren Entscheidungen beeinflusst werden. Chaos ist zu verhindern. Deshalb ist den Mitgliedern das geplante Bürgerbüro zur Aufnahme von Informationen besonders wichtig. Die Bevölkerung soll einbezogen werden.

6.3 Zusammensetzung

Zu den bereits bei der konstituierenden Versammlung vertretenen Parteien und Organisationen stoßen weitere hinzu: Von der zweiten bzw. dritten Sitzung an die Gruppe Argus, die DDR-Organisationen »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB), der »Kulturbund« und der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« (FDGB), die im Dezember 1989 gegründete »Aktion katholischer Christen«, die Jugendorganisation der SED »Freie Deutsche Jugend« (FDJ), der unter dem Dach der katholischen Kirche agierende ökumenische Kreis »Arche« und der neu gegründete »Bund der Berufssoldaten«. Erst zur vierten Beratung erscheint ein Vertreter der SED, Rolf Kutzmutz, und bittet den Rat der Volkskontrolle, das bisherige Fernbleiben seiner Partei zu entschuldigen.

Um im Rat der Volkskontrolle eine paritätische Besetzung zwischen der SED und den von ihr bislang beherrschten anderen Parteien und Organisationen auf der einen Seite und den neu entstandenen Initiativen und der evangelischen Kirche auf der anderen Seite zu erreichen, werden noch die neu entstandenen Gruppen »Antifa« und »Kontakte« aufgenommen. Später eingegangene Aufnahmeanträge von der Grünen Partei, der »Unabhängigen Initiative Potsdamer Frauen« (UIPF) sowie der Umweltorganisation »Grüne Liga« werden abgelehnt. Einige Organisationen verlassen auch das Gremium, so im Januar 1990 die FDJ, weil die inhaltliche Zielstellung des Rates der Volkskontrolle vermeint-

lich nicht erfüllt wird. »Demokratie Jetzt« nennt zeitökonomische Gründe. Bald danach gibt die PDS (ursprüngliche SED) bekannt, dass auch »Antifa« nicht mehr mitwirken wird. Der »Vereinigten Linken« wird Mitte März das Stimmrecht auf Grund mehrmaligen Nichterscheinens entzogen, ebenso der VdgB.

Der Vertreter der Bürgerinitiative Argus, Hartmut Schiemann, erhält Mitte Januar 1990 einen Hinweis auf die bislang nicht bekannte IM-Tätigkeit eines Mitgliedes des Rates der Volkskontrolle für das MfS. Er legt dem Gremium daraufhin in der Sitzung am 25. Januar einen Beschlussvorschlag vor: Mitglieder, die mit dem MfS zusammengearbeitet haben, sollten sich aus dem Rat der Volkskontrolle zurückziehen, die anderen könnten freiwillig eidesstattlich erklären, nicht für das MfS tätig gewesen zu sein. Dieser Antrag erhält nur eine einzige Stimme.

Die Organisationen, Parteien und kirchlichen Gruppen sind in den Sitzungen des Rates der Volkskontrolle mit einer unterschiedlichen Anzahl von Mitgliedern vertreten. Das Neue Forum ist am Anfang immer mit drei, ab der neunten Sitzung dann oft mit zwei Mitgliedern dabei. Einige halten eine stabile Besetzung mit zwei Vertretern aufrecht, andere mit einem. Nicht immer handelt es sich um die gleichen Personen, die für ihre Einrichtung die Aufgaben im Rat der Volkskontrolle wahrnehmen. An den Zusammenkünften nehmen darüber hinaus – aber ohne Stimmrecht – regelmäßig der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Oberstleutnant Bernhard Adam, sowie Vertreter der Arbeiter- und Bauerninspektion, die sich im Januar 1990 in »Komitee für Volkskontrolle« umbenennt, teil. In den ersten neun Sitzungen ist der Oberbürgermeister selbst oder einer seiner Stellvertreter anwesend, später nur noch bei den die Stadtverwaltung betreffenden Themen. Die vom Rat der Volkskontrolle geforderte ständige Teilnahme des Regierungsbeauftragten Splett hält dieser nicht ein, sondern schickt oft seinen Vertreter oder lässt sich entschuldigen.

6.4 Arbeitsweise und Organisation

Grundlage der Arbeit sind die Beschlüsse der konstituierenden Sitzung sowie die im darauf folgenden Monat gefassten Grundsätze zur Arbeit des Gremiums und eine Geschäftsordnung. Die Arbeit findet vor allem in den regelmäßig stattfindenden Beratungen und im Bürgerbüro statt. Die Sitzungen werden zunächst mehrmals wöchentlich und ab Januar 1990 einmal wöchentlich im Ratssitzungssaal des Rates der Stadt Potsdam abgehalten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben spricht der Rat der Volkskontrolle Vorladungen aus und setzt Lokaltermine an.

Anträge gelten als angenommen, wenn sie die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Vertreter erhalten. In der Leitung der Sitzung und der Anfertigung des Protokolls wechseln sich die Mitglieder ab. Ins-

gesamt werden mit der Gründungsversammlung 21 Beratungen durchgeführt – einschließlich einer außerordentlichen, die in einem Gebäude des MfS stattfindet. Alle Sitzungen des Rates der Volkskontrolle sind öffentlich. Zu besonderen Anlässen werden Pressemitteilungen herausgegeben. Nach jeder Sitzung wird ein Pressegespräch angeboten.

Die Tätigkeit der Mitglieder im Rat der Volkskontrolle ist ehrenamtlich. Eine Aufwandsentschädigung gibt es nicht. Eine vom Ministerrat zugesagte Freistellungsregelung (Freistellung von beruflicher Tätigkeit) kommt nicht zustande.

Das Bürgerbüro wird im Eingangsbereich (Zimmer 94) des Potsdamer Stadthauses eingerichtet. Vom 8. Dezember 1989 an ist das Büro täglich von 7.30 bis 20.00 Uhr, von Januar 1990 an montags bis freitags von 12.00 bis 20.00 Uhr und ab März nur noch dienstags und donnerstags von 12.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Inmitten der Stadtverwaltung befindet sich das Bürgerbüro – das stößt nicht unbedingt auf Begeisterung bei den dort tätigen Funktionären. Das zeigt sich an der Unterstützung, die sich von Seiten der Stadtverwaltung nur sehr zögerlich entwickelt. Das Telefon funktioniert nicht immer, der Einsatz eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung im Büro wird nach anfänglicher Zusage von Oberbürgermeister Bille sogar abgelehnt.

Neben den Büchern, in welche die Anliegen der Bürger unter fortlaufender Nummerierung einzutragen sind, werden ein Posteingangsbuch, ein Postausgangsbuch, ein Buch mit den Diensthabenden geführt und ein Ordner mit Bearbeitungsunterlagen, wenn sie nicht weitergeleitet werden. In den Büchern sind die Namen der jeweils Diensthabenden im Büro vermerkt. Die Unterlagen aus dem Bürgerbüro werden in einem verschließbaren Stahlschrank verwahrt, der Schlüssel nach Büroschluss im Polizeirevier in der Friedrich-Ebert-Straße, Ecke Dieckmannallee (heute: Alleestraße) hinterlegt, die Herausgabe protokolliert und der Büroschlüssel beim Pförtner der Stadtverwaltung abgegeben. Im Büro sind abwechselnd zwei Vertreter der im Rat der Volkskontrolle mitwirkenden Organisationen, Parteien und der evangelischen Kirche tätig. Es wird darauf geachtet, dass Angehörige der alten Parteien und Massenorganisationen nie unter sich sind, da viele Menschen ihnen nicht trauen.

Der Arbeitsauftrag für das Bürgerbüro wird erst am 22. Dezember 1989 mit dem Arbeitsprogramm und der Ordnung für die Führung der Bücher näher festgelegt. Auch werden weitere Organisations- und auch Sicherheitsfragen, nicht zuletzt im Interesse des Datenschutzes, erarbeitet. Der Rat der Volkskontrolle legt fest, dass im Bürgerbüro Hinweise aus der Bevölkerung zu folgenden Themen aufzunehmen sind: »Korruption, Aktenvernichtung, Amtsmissbrauch, kriminelle Delikte, offensichtliche Schlamperei bei der Eingabenbearbeitung oder Antworten die aus unserer Sicht glatt vorbeigehen. Alle Eingaben werden nicht entgegengenommen, sondern die Bürger zu den entsprechenden Einrichtungen weitervermittelt. Soweit möglich sollte ihnen dabei eine Rechtsberatung gegeben werden.«

Bald schon zeigt sich die Schwierigkeit, beim Vorbringen des Bürgeranliegens sofort zu unterscheiden, was zum Arbeitsauftrag des Büros gehört und was nicht oder was abzulehnen ist bzw. ob dem Bürger am besten gleich eine zuständige Institution zu empfehlen ist. Wen kann man auf die Schnelle fragen? Im Zweifel ist es eher richtig, den Bürger nicht fortzuschicken. Entgegen der ursprünglichen Vorgabe wird praktisch jeder Hinweis aufgenommen.

Fast alle Anfragen der Bürger werden an die zuständigen Institutionen weitergeleitet. Das Ergebnis soll entsprechend dem Arbeitsauftrag kontrolliert werden. Die Diensthabenden im Bürgerbüro sind aber bald von der Fülle der Eingänge überfordert und können die Erledigung nicht mehr selbst verfolgen. Das Ergebnis der Prüfung wird deshalb nur teilweise und in knapper Form in den Büchern festgehalten, häufig ist das aber wegen der Komplexität des Sachverhaltes gar nicht möglich. Es muss darauf vertraut werden, dass die um Prüfung gebetene Institution die Bearbeitung tatsächlich vornimmt und hoffentlich zu Ende führt und die erfolgte Rückmeldung der Wahrheit entspricht. Zur besseren Überprüfbarkeit der Ergebnisse bildet der Rat der Volkskontrolle Mitte Januar fünf Arbeitsgruppen (A bis E). Die Gliederung gibt die Institutionen wieder, an die die Fälle zur Prüfung bzw. weiteren Bearbeitung geleitet werden. Die Arbeitsgruppe A steht für »Staatsanwalt«, die Arbeitsgruppe B für »Militärstaatsanwalt«, die Arbeitsgruppe C für »Volkspolizei«, die Arbeitsgruppe D für »Wohnungspolitik« und die Arbeitsgruppe E für »Sonstiges und Zusammenarbeit mit ABI«.

Es wird festgelegt, dass Vertreter mehrerer Gruppierungen und Parteien jeweils für die Bearbeitung der Fälle in den Arbeitsgruppen zuständig sind. Die Arbeitsgruppen bearbeiten die ihnen zugeordneten Fälle selbständig. Sie führen Rücksprachen mit den jeweiligen Institutionen durch und melden sich auch bei den Bürgern, wenn es zu Schwierigkeiten kommt. Fallen Bürgerhinweise unter die Schwerpunktaufgaben des Rates der Volkskontrolle, gehen sie in die Erörterungen und Entscheidungen in den Gremiensitzungen ein. Vertreter der gebildeten Arbeitsgruppen berichten mehrfach in den Sitzungen des Rates der Volkskontrolle.

Die das Büro aufsuchenden Bürger entstammen allen sozialen Schichten. Sie erscheinen persönlich und tragen ihr Anliegen vor, übergeben dazugehörige Unterlagen, sie rufen auch an oder schicken Briefe. Auf Wunsch erfolgt die Eintragung anonym.

6.5 Anliegen der Bürger im Bürgerbüro

Was bewegt die Menschen, was treibt sie um, was ist ihnen wichtig in dieser schnelllebigen, neuen Zeit des Auf- und Umbruchs? Keiner weiß, wie das Ende dieses wechselvollen Prozesses tatsächlich aussehen wird. Viele sind aber voller

Hoffnung darauf, dass die Zerschlagung des Regimes der Diktatur und die Schaffung gerechterer, demokratischer Verhältnisse nicht mehr aufzuhalten sind. Im Mittelpunkt der Betrachtung 20 Jahre später steht deshalb nicht die Frage der strafrechtlichen Relevanz und auch nicht die Frage von »Schuld und Sühne«. Im Mittelpunkt steht der Bürger, der nun endlich das ausspricht, was ihm unmittelbar auf der Seele liegt. Die Zeit ist bewegt und hektisch und unsicher in dem ganz kurzen und einmaligen Zeitabschnitt zwischen der Öffnung der Mauer im November 1989 und der ersten freien Kommunalwahl im Mai 1990, wo sich in der Stadt Potsdam demokratische Strukturen herausbilden können.

Das Büro wird von den Bürgern sofort angenommen. Seine Einrichtung und Eröffnung wird über die Presse verbreitet.

Um dem damaligen Lebensgefühl der Bürger näher zu kommen, sind die Beispiele – soweit möglich – in ihrem Sprachgebrauch wiedergegeben. Es wird fast ausschließlich von »dem Bürger« gesprochen, ohne nach dem Geschlecht zu differenzieren. Fälle, in denen das zum Verständnis nötig ist, bilden eine Ausnahme. Die Darstellung der dem Bürgerbüro vorgebrachten Anliegen stützt sich fast ausschließlich auf die Eintragungen in den geführten Büchern. Der Wahrheitsgehalt der darin vorgetragenen Informationen kann dabei nicht überprüft werden. Die Personennamen und Hausnummern werden aus Datenschutzgründen nicht genannt. Die Einzelfälle sind nach Inhalten gruppiert. Sie sind differenzierter als die Gruppierungen, die der Rat der Volkskontrolle mit seinen Arbeitsgruppen vornimmt. Daraus ergibt sich eine unterschiedliche zusammenfassende Darstellung. Themen, die 20 Jahre später nicht ohne weiteres nachvollziehbar erscheinen und auch an anderer Stelle nicht beschrieben werden, sind mit einer Erläuterung versehen.

6.5.1 Gesamtzahl und zeitliche Verteilung

Die Anliegen der Bürger werden im Zeitraum vom 8. Dezember 1989 bis zum 27. März 1990 entgegengenommen. Insgesamt sind 554 Informationen, Hinweise und Beschwerden aufgezeichnet. Während der größte Ansturm der Bürger in den Monaten Dezember mit 226 und Januar mit 208 Eintragungen zu verzeichnen ist, geht ihre Zahl im Februar auf 101 und im März auf 31 zurück. Diese Verteilung kann auf die sich im März klärende politische Lage zurückzuführen sein, denn am 18. März 1990 finden in der DDR die ersten freien Volkskammerwahlen statt.

Die meisten Hinweise werden von Potsdamer Bürgern übergeben, ein Teil aber auch von Bürgern aus dem Umland. Es geht hauptsächlich um das, was in und um Potsdam passiert. Die Palette der Themen ist breit. Dennoch hängt vieles mit der SED und ihrem unmittelbaren Machtinstrument, dem MfS, zusammen.

6.5.2 Gegenstand und Häufigkeit

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Themen und ihre Häufigkeit, zu denen die Bürger ihre Informationen, Beschwerden und Anträge vorbringen. Unter »Sonstiges« sind den genannten Schwerpunkten nicht zuordenbare Themen zusammenfasst.

THEMENKOMPLEX	HÄUFIGKEIT
Öffentliche Belange	
Allgemeine politische Forderungen	8
Zum MfS	
Tätigkeit des MfS (allgemein)	23
Antiquitätenhandel	5
Das MfS bei seiner Auflösung (allgemein)	28
Aktenvernichtung	18
Geld	1
Waffen	4
MfS-Liegenschaften, Bunkeranlagen	24
Genutzte Wohnungen und Garagen	31
Verbleib ehemaliger MfS-Mitarbeiter, Übergangszahlungen	38
Nachnutzung ehemaliger MfS-Liegenschaften	5
Gefundene MfS-Mitarbeitertasche	1
Drohbriefe gegen Einrichtungen	2
Opfer von Repressalien	
Rehabilitierung	13
Akteneinsicht	17
Vermutete Überwachung der eigenen Person	3
Verweigerung der Ein- und Ausreise	10
Schließung der Grenze	1

Zu Korruption und Amtsmissbrauch im Geflecht von SED, Verwaltung und Wirtschaft	
Korruption und Amtsmissbrauch (allgemein)	35
SED	16
Häuser/Grundstücke	48
Wohnungen	12
Zu Umwelt und Betrieben	
Umweltbelastung	7
Missstand in Betrieben	2
Zu persönlichen Problemen der Bürger	
Wohnungssuche	
Wohnungspolitik	73
Wohnungsleerstand und -besetzung	28
Telefonanschluss	26
Vermisste Personen	4
Beschwerde gegen Personen	4
Autobestellung	1
Reine Kriminalität, Verstoß gegen Vorschriften	19
Sonstige Themen	56
Nachfrage nach gestellten Anträgen	8

6.5.3 Bürgeranliegen anhand ausgewählter Beispiele

6.5.3.1 Allgemeine politische Forderungen

Beispiele

Alle Bereiche, die sich zu verändern beginnen, werden von den Bürgern mit Sorge beobachtet. Besonders groß ist die Befürchtung, dass entscheidende Funktionen in öffentlichen Einrichtungen mit den alten Leuten besetzt werden. Es sieht für viele so aus, als wenn sie sich gegenseitig schützen und stützen. Das darf nicht sein. Außerdem müssen ehemalige hochrangige Mitglieder der Partei- und Staatsführung bestraft werden und zwar zügig und nicht schleppend.

Nicht nur Gebäude der Staatssicherheit sollen durchsucht werden. Das muss man auch mit denen der SED-Bezirksleitung und der SED-Kreisleitung tun.

Es gibt aber auch schon zu diesem frühen Zeitpunkt die Anregung zu einer Art Aussöhnung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Gespräche zwischen Vertretern der SED-Bezirksleitung und des MfS auf der einen und Bürgervertretern auf der anderen Seite sollten zumindest versucht werden. Der Rat der Volkskontrolle soll das organisieren.

Unmittelbarer ist die Forderung, im Handel angebotene Waren nur in der geltenden DDR-Währung zu verkaufen. Die Forderung gründet sich auf die Beobachtung, wie Südfrüchte und auch normale Lebensmittel mehr und mehr zu DM verkauft werden, obwohl die DDR-Mark die geltende Währung ist. Das ist ein bedrohlicher Anfang. Die wenigsten Menschen verfügen über diese Währung. Der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin soll dazu eine Grundsatzentscheidung treffen.

Eine weitere Forderung lautet: Die Gleichmacherei bei Lohnzahlungen muss aufhören.

In den Eintragungen kommt die Forderung vieler zum Ausdruck, dass man einer Selbstauflösung des MfS nicht traut. Man fordert seine tatsächliche und vollständige Auflösung.

6.5.3.2 Tätigkeit des MfS

Allgemein

Das MfS ist in der Bevölkerung verhasst. Diese SED-Institution agiert im Verborgenen. Ein Großteil ihrer Aufgaben besteht in der Überwachung des eigenen Volkes. Nie wissen die Bürger, ob in der Gaststätte, an der Bushaltestelle, im Kollegen-, Freundes- oder Familienkreis ein SED- oder MfS-Spitzel neben ihnen steht. Für viele heißt es deshalb, immer auf der Hut zu sein. Viele Men-

schen beobachten kritisch, was sich an bekannten oder vermuteten Niederlassungen des MfS tut. Das ist nicht einfach, vollzieht sich doch das Meiste im Geheimen. Deshalb wird gefragt, wann und wie sich denn tatsächlich die Auflösung vollzieht.

Viele wissen oder argwöhnen zumindest, dass ihre Post überwacht wird. Wenn Verwandte aus dem Westen sich erkundigen, ob ihr Brief angekommen ist und die Frage verneint werden muss, ist klar, wo er geblieben ist: abgefangen. Postkontrolle ist ein Thema, für das sich die Öffentlichkeit sehr interessiert. Deshalb kann auf Veranlassung des Neuen Forum am 7. Februar 1990 eine öffentliche Besichtigung der Dienststelle vorgenommen werden. Die Presse ist dabei.

Beispiele

Wird in der Hegelallee noch gearbeitet? Was tut sich in anderen Gebäuden des MfS? Es werden Hinweise auf Objekte gegeben, wo sich Merkwürdiges zeigt: Fahrzeuge mit Ost-Berliner Kennzeichen an einem MfS-Gebäude in der Beyerstraße.

Ein Fernmeldeamt teilt mit, dass neue Leitungen für das MfS geschaltet worden sind, z. B. in Niederneuendorf.

Was geschieht in Golm in einem als NVA-Gebäude ausgewiesenen MfS-Objekt? Starke Aktivitäten werden beobachtet.

Ein Insider erzählt, wie von der Nachrichtenzentrale des Wehrbezirkskommandos der NVA in der Potsdamer Leninallee (heute: Zeppelinstraße) Informationen zwischen dem Zentralkomitee der SED und der SED-Kreisleitung übermittelt werden, Nachrichtendienste der Armee werden insgeheim für Belange der SED genutzt, die Absenderadresse laute: ZK der SED.

Besondere starke nächtliche Aktivitäten sind im Militärhistorischen Institut wahrnehmbar.

Das Funkamt Schönefeld bei Beelitz fällt auf, weil plötzlich über einen längeren Zeitraum ein starker Fahrzeugverkehr stattfindet, alle Fahrzeuge mit Ost-Berliner Kennzeichen.

Der Verdacht, dass das MfS noch immer aktiv ist, erhärtet sich, als anlässlich einer Ortsbegehung ein Pkw hält, zwei Insassen aus dem Fahrzeug heraus die Ortsbegehung fotografieren und bei ihrer Entdeckung rasch verschwinden.

Ein Insider gibt dem Bürgerbüro den Hinweis, dass ein bedeutendes laufendes Ermittlungsverfahren auf Weisung der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen werden musste. Das Bürgerkomitee soll schnell eingreifen.

Aus Kleinmachnow kommt die Information, dass ein Gebäude als »Vergnügungsobjekt« des MfS bekannt sei. Nach Prüfung und Bestätigung wird es wenige Tage später versiegelt, einige Tage darauf auch das gesamte Grundstück abgesperrt.

In der Verfügung des MfS befindet sich ein großes Grundstück in Potsdam, das über drei Hausnummern verläuft. 1981 sind die Eigentümer von der Stadt enteignet worden. Die Liegenschaft wird daraufhin in Teilen durch das MfS genutzt. Auf welcher Rechtsgrundlage war das möglich, wie wird über die Grundstücke weiter verfügt, welche zivilrechtlichen Regeln gibt es dafür, an wen wird Miete gezahlt, wann können die Eigentümer wieder Zutritt bekommen?

Wo ist die vom MfS kontrollierte Post, wann wird sie den Adressaten ausgehändigt?

Ein Bürger informiert, dass er von jemandem angesprochen wurde, der sich als MfS-Mitarbeiter auswies. Darf denn das MfS noch aktiv sein wie früher?

Antiquitätenhandel

Zum Antiquitätenhandel des KoKo gehen zahlreiche Hinweise ein. KoKo ist die Abkürzung für den Bereich Kommerzielle Koordinierung, der ab 1964 im Ministerium für Außenhandel unter der Leitung des MfS-Offiziers Alexander Schalck-Golodkowski entsteht und im Geheimen agiert. Die Aufgabe von KoKo besteht in der illegalen Beschaffung von Devisen auf den verschiedensten Wegen. Der Antiquitätenhandel gehört dazu. Die Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) ist die Hauptabteilung in der KoKo-Zentrale. Ein weiterer KoKo-Betrieb ist der Antikhandel Pirna. Willkürlich werden im ganzen DDR-Gebiet Kunstwerke akquiriert. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, dass sie den Eigentümern geraubt werden. Wer die DDR legal verlassen will, bekommt zu Hause Besuch vom staatlichen Antiquitätenhandel. Zuvor sind alle Gegenstände der Wohnung einschließlich der Bücher aufzulisten und die Liste ist dem Antiquitätenhandel zu übergeben. Anhand der Auflistungen wird vor Ort besichtigt und entschieden, was der Ausreisende zurückzulassen hat. Nicht alles, was dem Eigentümer wertvoll erscheint, ist es auch. Umgekehrt – Versuche, den Wert eines Stückes herunterzuspielen, können kaum fruchten, denn der Bürger steht Fachleuten gegenüber. Geht es jedoch nicht um einen Ausreisewilligen, wird anders vorgegangen. Dem Eigentümer begehrter Antiquitäten, ganzer Sammlungen gar, wird Steuerhinterziehung vorgeworfen; zur alternativlosen Begleichung der Steuerschuld werden die wertvollen Gegenstände konfisziert. Bevor die Steuerbehörde im Auftrag des MfS zugreift, kann es passieren, dass während der Abwesenheit des Bürgers heimlich die Wohnräume durchsucht werden. Der Bewohner merkt davon nichts. Der Antikhandel Pirna und seine Helfer in anderen Institutionen gehen auf Nummer sicher. Da nutzt es auch nichts, etwas versteckt zu haben. Die eingezogenen Stücke kommen erst einmal in Zwischenlager. Ziel ist es, sie später in Westeuropa gegen Valuta zu verkaufen.

Beispiele

Ein Hinweis bezieht sich auf eine Außenstelle des Antikhandels in Mühlenbeck bei Oranienburg, einem neu angemieteten Lagerraum in der Bornstedter Ribbeckstraße, wo ständige »Bestandsbewegungen« beobachtet werden. Weitere Außenstellen (Lagerräume) sollen sich in Fahrland und in Neufahrland/Kramnitz (beide nahe Potsdam) befinden.

Eine Stahnsdorfer Außenstelle des Kunsthandels »Kunst und Antiquitäten« handele in der Wilhelm-Külz-Straße. Auch am Lager in Neufahrland wird Bewegung registriert.

Alles werde exportiert, um im Gegenzug Valuta einzukaufen. In einem Büro in Stahnsdorf finde die Exportkoordinierung statt.

Es wird auf einen »auffällig aufwändigen« Lebenswandel des Chefankäufers des »Antikhandel Pirna« aufmerksam gemacht.

6.5.3.3 Das MfS bei seiner Auflösung

Aktenvernichtung

Hinweise der Bürger auf Anzeichen von Aktenvernichtung durch das MfS erfahren eine besondere Aufmerksamkeit im Rat der Volkskontrolle. Kontrollen vor Ort werden möglichst unverzüglich eingeleitet. In einem Fall kommen die Kontrolleure gerade an, als die MfS-Mitarbeiter mit der Vernichtung von Akten beschäftigt sind. Das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber dem MfS ist so groß, dass jeder Papiertransport verdächtig erscheint.

Beispiele

Anlässlich einer Kontrolle in einem Dienstgebäude des MfS werden auf Verlangen der Kontrolleure nur unbedenkliche Papiere vorgezeigt. Die heimlich fortgesetzte Kontrolle führt aber zu der Erkenntnis, dass auf dem Hof des Gebäudes Akten vernichtet werden.

Ein NVA-Angehöriger teilt mit, dass man in seiner Einheit Akten vernichtet, ohne dass jemandem Einsicht gewährt wird.

Andere Informationen beziehen sich auf den Inhalt eines Stahlschranks des ersten Stellvertreters des Oberbürgermeisters. Zusammen mit der Kreisstaatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei werden geheime Unterlagen gefunden. Sie gehen in das Verfahren wegen des Verdachts des Wahlbetrugs bei der Kommunalwahl im Frühjahr 1989 ein.

Einige gemeldete Beobachtungen beziehen sich auf mögliche geheime Aktentransporte oder Verbringungsorte, wie z. B. die Beobachtung von starken Transporten auf dem Berliner Ring mit Fahrzeugen ohne polizeiliches Kennzeichen oder mit NVA-Kennzeichen. Es sind Stahlcontainer, die abtransportiert werden.

Zu beobachteten Papiertransporten fragen Bürger nach, ob der Rat der Volkskontrolle darüber informiert ist. Sie befürchten, dass es sich um die beabsichtigte Vernichtung wichtiger Dokumente handelt.

Im Keller eines Hauses in der Leiterstraße sind zwei Büroräume entdeckt worden. Keiner weiß, wer die gemietet hat. Auf dem Hof wird Papier verbrannt, das aus diesen Räumen geholt wird. Herr X hat einen Schlüssel für den Vorraum. Das Bürgerbüro setzt die Kriminalpolizei in Kenntnis.

Ein Mitarbeiter der BDVP informiert Mitte Dezember 1989 das Bürgerbüro über eine streng geheime Operation: »Heute um 17.00 Uhr sollen stündlich zwei bis vier Lkw mit Akten die BDVP verlassen. Möglichst um 20.00 Uhr soll alles beendet sein.«

Vertreter des Neuen Forum rufen an. Sie haben ernst zu nehmende Hinweise, dass in einer Kaserne der Grenztruppen in Kleinmachnow das MfS sitzt. Dort werden seit Tagen Unterlagen, Fototaschen und diverses Foto-Zubehör (Entwickler, Fotopapier) verbrannt. Laufend fahren Pkw mit Ost-Berliner Kennzeichen rein und raus.

Akten werden zur Verbrennung gebunkert. Akten zur Kommunalwahl und zur Eingabenbearbeitung werden gefunden. Die Bürger finden sie teils verbrannt, teils noch unversehrt. Die Kriminalpolizei wird informiert.

Ein Pkw der Marke Lada fährt zu einem seit sechs Monaten leer stehenden Haus in der Küsselstraße in Potsdam. Der Pkw ist voll beladen mit Akten. Die werden dort ausgeladen. Der Bürger vermutet, dass der Nutzer oder Eigentümer des Hauses entweder ein hochrangiger MfS-Leiter in Potsdam oder dessen Sohn ist.

Aus dem MfS-Gebäude in der Stahnsdorfer Str. 83 wurden vor acht Tagen aus dem unteren Teil des Hauses Akten entfernt, wie ein Bürger meldet.

Weitere Hinweise beziehen sich auf Bunkeranlagen in Geltow bei Potsdam, Meiereifeld und Franzensberg. Dort sollen Akten liegen.

Geld

Beispiel

Ein wichtiger Hinweis betrifft offensichtliche Bestrebungen des MfS, in diesen unübersichtlichen Zeiten Gelder beiseite zu schaffen. Ein Bürger trägt im Dezember vor: »Trotz der angekündigten Auflösung sind vom AfNS (Anm.: MfS-Bezirksverwaltung) heute und im Verlauf der letzten Wochen rund 6 Millionen Mark bei der Staatsbank im Rat der Stadt abgehoben worden. Diese Beträge sind revisionsmäßig überprüfbar. Unterlagen bzw. Quittungen sind beim Abteilungsleiter. Es ist eine sofortige Entscheidung nötig! Für morgen sind wieder größere Beträge bestellt!«

Wenige Tage später erscheint der Bürger erneut und sagt, dass trotz Prüfung durch die Staatsanwaltschaft in verstärktem Maße Bargeldabhebungen

durch das MfS erfolgen. »Wenn das so weitergeht, werden die Beträge bis zum Jahresende 100 Millionen Mark ausmachen. Eine sofortige Sperre ist nötig, um noch mehr Schaden abzuwenden.« Nun wird auf Veranlassung des Bürgerbüros die Militärstaatsanwaltschaft eingeschaltet.

Einige Tage später sind die Informationen durch das Bürgerkomitee dem Kontrollausschuss der Volkskammer übermittelt worden, dem Leiter des zuständigen Untersuchungsausschusses.

Waffen

Das MfS ist eine bewaffnete Institution. Da das MfS freiwillig nicht zu weichen scheint, in der Bevölkerung Befürchtungen bestehen, dass man sich durch die Zeiten retten will, ist der Verbleib der Waffen von Interesse.

Beispiele

Das Bürgerbüro bekommt den Hinweis, dass die 45 000 Jäger in der DDR über Jagdwaffen mit Zielfernrohr verfügen. Ehemalige MfS-Offiziere hätten sich nach seiner Kenntnis in den Besitz dieser Waffen gebracht.

Beobachtungen in der Karl-Marx-Straße in Potsdam-Babelsberg unterhalb der Spitzweggasse betreffen das Abladen von Munitionskisten. Die polizeilichen Kennzeichen der Fahrzeuge werden notiert. Das Bürgerbüro schaltet die Kriminalpolizei ein. Die kontrolliert vor Ort und stellt fest, dass die Munitionskisten inzwischen ausgeräumt sind und dass es sich tatsächlich um MfS-Fahrzeuggaragen handelt.

Weitere Beobachtungen dieser Art beziehen sich auf den Abtransport von Materialien aus einem MfS-Objekt (Waffen? Akten?). Die versiegelten Türen sind aufgebrochen.

Ein auf der Autobahn gerammtes Munitionsfahrzeug wird gemeldet.

MfS-Liegenschaften/Bunkeranlagen

Die besondere Aufmerksamkeit der Bürger richtet sich auf bekannte und bekannt gewordene, vermeintlich geheime ober- und unterirdische Baulichkeiten des MfS. Sie werden dem Bürgerbüro gemeldet. Der DDR-Bürger hat oftmals ein ziemlich sicheres Gespür dafür, wo nichts oder etwas Irreführendes drauf steht und das MfS drin ist. Der Rat der Volkskontrolle verfolgt diese Hinweise grundsätzlich.

Beispiele

Das Ergebnis einer Überprüfung liegt als Auszug aus einem Protokoll der Kriminalpolizei vom 7. Dezember 1989 vor: »Überprüfung und Beschlagnahme von vergitterten Häusern im Bereich Griebnitzsee und der Häuser Nr. 184 und 186 in der Rudolf-Breitscheid-Straße in Potsdam. Das sind Gebäude des

ehemaligen MfS, die seit mehreren Wochen geräumt werden. Hinweise auf die Vernichtung von Akten wurden vor Ort allerdings nicht gefunden.«

In einem Militärobjekt in Horstwalde mache man Verkaufswerbung für Militärtechnik. Es sei dem Ministerium für Außenhandel unterstellt. Am 5. Dezember 1989 besichtigen Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft, am 6. Dezember 1989 der Kreisstaatsanwaltschaft, Vertreter des Neuen Forum und des VPKA (Volkspolizeikreisamt) die Örtlichkeit.

Ein Militärobjekt in der Berliner Straße in Potsdam nahe der Glienicker Brücke werde zu einer MfS-Zentrale ausgebaut und nimmt Akten aus der MfS-Bezirksverwaltung in der Potsdamer Hegelallee auf.

In Michendorf existiere noch eine intakte Dienststelle des MfS. Der Rat der Volkskontrolle behandelt diesen Fall in seiner Sitzung am 8. März 1990.

Mehrere Hinweise beziehen sich auf ein Gebäude in der Stahnsdorfer Straße 83 in Potsdam-Babelsberg. Seit vielen Tagen werden verstärkte nächtliche Aktivitäten beobachtet. Es wird auch beobachtet, wie Antennen abgebaut werden. Plötzlich seien Namensschilder an der Haustür angebracht. Die Anfrage an den Rat des Bezirkes führt zur Bestätigung des Verdachts. Es ist ein MfS-Gebäude. Der Rat der Volkskontrolle bittet die Stadtverwaltung, das Objekt in seine Vergabeliste aufzunehmen.

Ein Hinweis auf ein MfS-Objekt in Gosen bei Falkenberg (Nähe Königs Wusterhausen) wird durch das VPKA bestätigt. Es nimmt die Überprüfung und anschließende Sicherung vor. Es ist die HVA-Schule.

Geklärt werden kann auch die Frage eines Bürgers, wer der Eigentümer der Häuser in der Karl-Marx-Straße in Potsdam-Babelsberg ist, die vormals vom MfS gebaut worden waren. Es stellt sich heraus, dass sie inzwischen Gästehäuser der BDVP Potsdam geworden sind.

An der Nachnutzung des MfS-Gebäudes in der Berliner Straße in Potsdam besteht großes Interesse. Es ist das ehemalige Jugendklubhaus »John Scheer« und gehörte dem MfS. Im Ergebnis der Überprüfung bestätigt sich die frühere Rechtsträgerschaft des MfS. Inzwischen hat das MfS das Gebäude den Grenztruppen, der Abteilung Pass- und Meldewesen zugeordnet.

In den Ravensbergen nahe dem Teufelssee befindet sich ein Gebäude, das Bürger nicht zuordnen können. Häufig wird ein Lada-Niva beobachtet. Was spielt sich da ab? Nach der dem Bürgerbüro auf Anfrage gegebenen Antwort sei es ein Gebäude der Verwaltung des Vermessungs- und Kartenwesens der DDR.

Ein Bürger wird beim Fotografieren eines MfS-Gebäudes im Wald entdeckt. Er vermutet, von MfS-Mitarbeitern verfolgt zu werden, kann aber entkommen.

Mehrfach erhält das Bürgerbüro Informationen zu Dienstgebäuden, in denen zu ungewöhnlichen Zeiten Licht brennt und/oder ein starker Hin- und Abtransport stattfindet.

Der Verdacht der Bürger bezieht sich gleichermaßen auf Bunker, zum Beispiel auf eine geheime Bunkeranlage in Petzow mit regen Aktivitäten, eine geheime Bunkeranlage in der Nähe des Schlänitzees am Fuchsberg bei Grube. Sie wird in einem alten und verlassenen großen Garten entdeckt, der irgendwann aus nicht erkennbaren Gründen neu eingezäunt worden war.

MfS-Objekte werden auch in Wildpark-West, in Dreilinden, in der Virchowstraße in Potsdam-Babelsberg, in Ferch und in Teltow vermutet und dem Bürgerbüro gemeldet.

MfS-Wohnungen, Garagen

Viele Hinweise auf die vermutete Nutzung einer Wohnung, einzelner Räume oder auch einer Garage durch das MfS betreffen über die ganze Stadt verteilte Gebäude. Derartige Räumlichkeiten werden häufig von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS als Büroräume oder als konspirative Wohnungen angelegt und genutzt oder auch als Lagerraum verwendet (Abbildung siehe nächste Seite).

In den Wohnungen treffen sich hauptamtliche Mitarbeiter, die Führungsoffiziere, mit ihren Inoffiziellen Mitarbeitern. In der Regel ist die wahre Nutzung solcher Räumlichkeiten durch eine Legende verschleiert. Sogar im Haus wohnende normale Mieter kennen und erkennen nicht die tatsächlichen Zusammenhänge, obgleich ihnen oft etwas seltsam erscheint. Aber wer wagt schon, gezielte Fragen zu stellen? Niemand.

Die Bürger sind oft auf optisch wahrnehmbare Informationen angewiesen. Es ist leichter festzustellen, was sich an einem Gebäude Ungewöhnliches tut, als was sich im Innern abspielt. Das ist mit ein Grund, weshalb über das Bürgerbüro viele Hinweise zu derartigen Beobachtungen eingehen.

Beispiele

Es gibt einen Verdacht auf ein ehemaliges MfS-Objekt in der Geschwister-Scholl-Str. 44. Laufend wird ein Fahrzeug der Marke B 1000 sowie eine intensive »Personenbewegung« beobachtet. Wie sich im Ergebnis der Überprüfung herausstellt, ist es tatsächlich ein MfS-Objekt, in dem 30 ehemalige MfS-Mitarbeiter arbeiten.

Auch ein Hinweis auf eine MfS-Wohnung in der Kiezstraße in Potsdam erweist sich als verdächtig. In einer oberen Etage, direkt neben dem Fahrstuhl, findet die Begehung und anschließende Versiegelung eines Raumes statt, der wahrscheinlich durch das MfS genutzt worden war. Unter den noch vorhandenen Einrichtungsgegenständen befinden sich ein Telefon und ein Panzerschrank.

Eine 3-Raum-Wohnung wird gemeldet, in der seit 1981 ein Raum vom MfS genutzt wird. Er ist mit Büromöbeln, einem Telefon und einem Panzer-

schränk ausgestattet – den typischen Utensilien einer konspirativen Wohnung. Man stellt sich die Frage, was dort noch immer vor sich geht.

In einem Haus in der Reuterstraße in Babelsberg wird nach wie vor die Nutzung von Arbeitsräumen durch das MfS beobachtet; ein angeblicher Hausmeister ist anwesend. Er hat ein Fahrzeug mit Ost-Berliner Kennzeichen.

Ein anderer konspirativer Treff wird in der Prof.-Ludschuweit-Allee (heute: Kastanienallee) vermutet, ebenso in der Berliner Straße. Auffällig sind auch jeweils eine Garage neben einem Kindergarten und in der Johannes-Dieckmann-Allee (heute: Alleestraße).

Ein auffälliges, verschlossenes Gebäude in der Heinrich-Rau-Allee (heute: Am Kanal) fällt auf, weil es von zivilen Personen bewacht wird, ständig Fahrzeuge rein und raus fahren. Ein Gerücht besagt, dass der gegenüber liegende Kindergarten unterbunkert sei und man von dort aus das Gebäude begehen kann.

In der Weinbergstraße sei eine noch aktive MfS-Wohnung getarnt als »Informations- und Bildungszentrum e.V.«. Auch diesem Hinweis geht man nach. Es wird die Rechtsträgerschaft des FDGB-Bezirksvorstandes festgestellt. Weil angeblich keine anderen Räumlichkeiten vorhanden sind, wird diese Wohnung als »Internationales Kommunikations- und Informationszentrum« genutzt. So lautet die Auskunft.

Im Postamt in Beelitz zieht ein seltsam verschlossener Raum die Aufmerksamkeit auf sich. Man will den Raum kontrollieren. Der Leiter des Postamtes verweigert sich. Daraufhin wenden sich Vertreter des Runden Tisches in Beelitz an das Bürgerbüro in Potsdam. Es leitet den Fall an die Militärstaatsanwaltschaft weiter.

Eine verdächtige Wohnung in der Geschwister-Scholl-Straße, die ein Bürger meldet, ist als MfS-Wohnung bereits bekannt, ebenso eine große Wohnung in der Berliner Straße 94. Auf dem Haus sind noch etliche Antennen sichtbar. Zu dieser Wohnung gibt es auch über andere Wege massive Anfragen. Nach der Prüfung durch die Kriminalpolizei kann den Bürgern mitgeteilt werden, dass das MfS Rechtsträger des ganzen Hauses war. Inzwischen ist es an den VEB Gebäudewirtschaft zurückgegeben worden. Die Ortsbegehung ergibt keinen Hinweis auf eine noch bestehende Nutzung durch das MfS.

Der Militärstaatsanwaltschaft wird durch das Bürgerbüro ein vom Neuen Forum gemeldeter Hinweis übermittelt. Er bezieht sich auf ein vermutlich noch immer konspirativ genutztes Haus in Nedlitz (Neufahrland), Lerchensteig. Jeden Freitag ab 18.00 Uhr werden neue Treffen beobachtet. Die Personen fahren mit einem Pkw vor, ihre polizeilichen Kennzeichen werden notiert.

Zu mehreren weiteren Objekten werden anonyme Hinweise gegeben: Eine Wohnung in der Leninallee (heute: Zeppelinstraße) und eine in der Wilhelm-Staab-Straße. Diese wird zeitweise als Wohnung und zeitweise als

Büro genutzt. Unverzüglich – noch telefonisch – gibt das Bürgerbüro die Informationen an die Kreisstaatsanwaltschaft weiter.

Auch in der Lennestraße wird eine MfS-Wohnung vermutet. Neue Fenster sind nur in dieser Wohnung eingebaut, dahinter sind Büroräume erkennbar. Die Wohnung ist zum Zeitpunkt der dann folgenden Überprüfung durch Vertreter der Volkspolizei und des Rates der Volkskontrolle leer geräumt.

Das Bürgerbüro unterrichtet unverzüglich telefonisch die Militärstaatsanwaltschaft, als es den Hinweis auf eine konspirative Wohnung im Erdgeschoss eines Hauses im Tiroler Damm erhält. Die Wohnung sei voller Rollschränke und der Wohnungsinhaber arbeite in Ost-Berlin.

In Berlin-Biesdorf in einer ehemaligen Fleischerei in der Oberfeldstraße würde noch immer ein MfS-Mitarbeiter wohnen. Der Keller des Hauses verfügt über mehrere verplombte Räume. Es wird um Prüfung gebeten.

Das Wohngebäude der Potsdamer Rubensstraße Nr. 6 beherbergt eine konspirative MfS-Wohnung. Dieser Fall sei beispielhaft ausführlich geschildert, um sich ein Bild machen zu können, wie das MfS im Einzelnen voringing. Die Informationen stammen von der betroffenen Mieterin des Hauses und sind mündlich übermittelt worden:

Im Keller des aus den 20er Jahren stammenden Mietshauses mit sechs normalen Wohnungen gibt es noch zwei Kellerwohnungen, die aber nicht mehr für Wohnzwecke vermietet werden. Dort ist bis Dezember 1989 eine konspirative Wohnung der Abteilung XX der Staatssicherheit eingerichtet. Keiner der Hausbewohner erfährt davon, keinem ist dieser Umstand bewusst. Einzig der Heizer, der im Winter regelmäßig die Zentralheizungsanlage in einem der Kellerräume des Gebäudes zu bedienen hat, vermutet, dass die mit zu beheizende Kellerwohnung von der »Firma« (Bezeichnung für das MfS) genutzt wird.

Der Heizungskeller liegt der Kellerwohnungstür direkt gegenüber. In die Kellerräume kommt man durch einen separaten Hauseingang, der durch Hecken und Büsche von außen gegen Einblicke geschützt ist. Die Kellerräume der Mieter sind durch eine Zwischentür von der Kellerwohnung getrennt. Ein »Herr Blume« hat eine der beiden Kellerwohnungen gemietet, um sie als Fotolabor zu nutzen. Wenn »Herr Blume«, in Wirklichkeit Mitarbeiter des MfS, seinen Briefkasten vor dem Haus leert, schöpft niemand Verdacht, denn regelmäßig – für die vorbeigehenden normalen Mieter gut erkennbar – lugt die Fachzeitschrift »Die Fotografie« aus dem Briefkasten.

Nachdem im Zuge der Ereignisse des Herbstes 1989 von der Existenz derartiger Wohnungen zu hören ist, schöpft eine Mieterin des Hauses Verdacht und wendet sich an das Bürgerbüro des Rates der Volkskontrolle.

Die Mieterin bemerkt eines Tages, dass jemand Möbel aus dieser Kellerwohnung in ein weißes Auto der Marke »Lada« schafft. Sie befürchtet »Gefahr im Verzug«, notiert das polizeiliche Kennzeichen und meldet ihren Verdacht

auch der Polizei. Kurz darauf macht ein Polizeiangehöriger mit »Herrn Blume« und der Mieterin einen Termin zur Ortsbegehung aus.

Alle drei betreten die Kellerwohnung. Man kann inzwischen wissen, wie die Arbeitsräume eines hauptamtlichen Mitarbeiters des MfS aussehen. Diese Wohnung ist genau so eingerichtet. In einem Zimmer steht eine nicht mehr ganz neue Couchgarnitur, davor ein kleiner Tisch. An einer Wand befindet sich ein kleiner Panzerschrank, ca. einen Meter hoch. Außerdem gibt es einen Telefonanschluss mit Telefon. Ein zweiter Raum war ursprünglich eine Küche gewesen. Darin ist nun ein Fotolabor eingerichtet. Zur Wohnung gehört ein kleiner Flur.

Der Polizist und die Mieterin setzen sich mit »Herrn Blume« an den Tisch und befragen ihn, was er denn hier so mache. Er antwortet, dass er im Auftrag des MfS nur mit der Bekämpfung des Rechtsradikalismus beschäftigt war. Der Polizist hat Zweifel und äußert in etwa: »Na, das wird doch nicht alles gewesen sein?« »Herr Blume« zeigt keine Reaktion.

Der MfS-Mann erwähnt dann noch, wie schwer er es doch hatte! Laufend musste er ganz allein die Verstopfung der Abwasserleitung des Hauses beheben, weil die Stelle, »an der die Brühe hoch kommt«, ausgerechnet im Flur seiner Kellerwohnung liegt. Wegen der Konspiration kann er doch keinen Klempner holen.

Einige Wochen später werden alle Scheiben des Autos der Mieterin eingeschlagen und die Reifen zerstoßen. Der Wagen steht auf dem Hof des Hauses unter einem Schleppdach. Es gibt keine Hinweise auf mögliche Täter. Unverzüglich wird bei der Polizei Anzeige erstattet. Die Mieterin findet es seltsam, dass bei späteren Nachfragen an die Polizei gesagt wird, dass der Vorgang nicht mehr auffindbar sei.

Verbleib ehemaliger MfS-Mitarbeiter, Ausgleichszahlungen

Schon auf den Demonstrationen im Herbst 1989 werden selbstgebaute Plakate und Spruchbänder mitgeführt, die unter anderem solche Forderungen enthalten wie »Stasi und Bonzen in die Produktion«. Als bekannt zu werden beginnt, dass MfS-Mitarbeiter in öffentlichen Institutionen eingestellt werden, wenden sich Bürger an das Bürgerbüro.

Beispiele

Mitarbeiter der Zollschule beklagen, dass ehemalige hochrangige Mitarbeiter der MfS-Hochschule in Golm bei Potsdam weiter verstärkt an der Zollschule beschäftigt sind. Die Mitarbeiter wagen es nicht, ihre Sorge gegenüber der Schulleitung vorzubringen, sie fühlen sich gegenüber der alten Leitung ohnmächtig.

Mitarbeiter der Post beklagen dasselbe. Sie beobachten, dass ehemalige SED-Funktionäre privilegiert eingestellt werden.

Ein Mitarbeiter des Rates der Stadt verlangt einen sofortigen Einstellungsstopp, nachdem bereits 60 ehemalige MfS-Mitarbeiter in Lohn und Brot genommen worden seien.

Weitere Bürger beklagen dasselbe und fragen, ob die Einsicht in Einstellungsunterlagen der letzten acht Wochen möglich ist. Es soll ein Einstellungsstopp bis zu den nächsten Wahlen verhängt werden.

Im Kinderheim »Lieselotte Herrmann« fällt auf, dass die Zahl der Angestellten pro Kind plötzlich unverhältnismäßig angestiegen ist. Es liegt der Verdacht nahe, dass es sich um ehemalige MfS-Mitarbeiter handelt.

Mitarbeiter der Schiffsbauversuchsanstalt in Bornim fordern, dass sich die im Betrieb tätigen MfS-Mitarbeiter endlich zu erkennen geben. In ihrem Arbeitskollektiv seien mehrere Mitarbeiter des MfS (IM?).

Die Einstellung von 32 vom MfS übernommenen Lehrern wird moniert, dabei warten 109 Lehrer, die vorübergehend nicht unterrichten (im Babyjahr u. a.), auf eine Anstellung.

In der Mitropa – speziell im Intershop Michendorf – hat die Leitung neue Personalbögen herausgegeben. Frühere Partei- und MfS-Tätigkeit darf nicht mehr angegeben werden. Wegen der Befürchtung des Spurenverwischens bitten Mitarbeiter um Unterstützung, dagegen vorzugehen.



Personenkartei der MfS-Bezirksverwaltung (insgesamt sind 1,7 Millionen Karteikarten überliefert).

Andere Bürger treibt die Frage um, was mit abgesetzten ehemaligen Funktionären (gemeint sind SED-Führungskräfte) im Hinblick auf Gerichtsbarkeit und Altersversorgung geschieht.

Bekommen Ex-Stasi-Leute, wenn sie eine andere Tätigkeit aufnehmen, etwa Ausgleichszahlungen? Wenn ja, warum und in welcher Höhe?

Bürger beschwerten sich gegen die Verschwendung von Volkseigentum durch unverhältnismäßig hohe Rentenzahlungen an SED-Funktionäre.

Mitarbeiter des FDGB übergeben eine umfangreiche Unterschriftenliste und verlangen die Rückforderung von gezahlten MfS-Überbrückungsgeldern. Es soll auch die Fortzahlung von Gehältern an MfS- und Grenztruppenangehörige unterbunden werden, die bis zum 31. März 1990 beurlaubt worden sind.

Viele Bürger empören sich wegen der Übergangszahlungen an MfS-Mitarbeiter.

In einer Kaufhalle (Supermarkt) fallen ausgelegte Vordrucke auf. Es sind Antragsformulare. Frühere MfS-Mitarbeiter können auf Antrag von ihrer ehemaligen Dienststelle Überbrückungshilfen bekommen.

In der *MV (Märkische Volksstimme*, Tageszeitung der SED im Bezirk Potsdam) kann Ende Dezember 1989 dazu eine Pressemitteilung gelesen werden, die der Rat der Volkskontrolle zur Aufklärung der Bevölkerung herausgegeben hat.

Nachnutzung ehemaliger MfS-Liegenschaften

Beispiele

Ganz praktisch veranlagte Bürger entwickeln schnell Ideen, wie man MfS-Liegenschaften nutzen kann, so z. B. eine MfS-Ferientsiedlung.

Mitarbeiter eines Kindergartens suchen schon lange nach einem Haus, durch das sie die Kapazität der Einrichtung erweitern können. Ein Antrag auf ein ehemaliges MfS-Objekt ist gestellt, aber die Bearbeitung stockt.

Das Potsdamer Hans-Otto-Theater bekundet sein Interesse am Kauf von Mobiliar aus ehemaligen MfS-Liegenschaften.

Das Bezirkskrankenhaus möchte für Gemeindeschwestern die ehemalige Bezirksparteienschule der SED nutzen.

Dem Oberbürgermeister wird der Vorschlag unterbreitet, ein MfS-Gebäude zur Einrichtung einer Kunstschule für Amateure zur Verfügung zu stellen. Gedacht ist an ein Gebäude in der Geschwister-Scholl-Straße oder alternativ das am Kaiserbahnhof.

Ungeachtet eigener Nutzungsvorstellungen bittet man den Rat der Volkskontrolle, die Objektvergabe zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Den bislang Zuständigen wird kein Vertrauen entgegengebracht.

Drohbriefe gegen Einrichtungen

Beispiele

Von Mitarbeitern zweier Institutionen wird das Bürgerbüro über eingegangene anonyme Drohbriefe informiert. Betroffen sind das Militärarchiv und das Staatsarchiv.

Der Drohbrief gegen das Staatsarchiv beinhaltet die Ankündigung, den Kaderleiter des Archivs aufzuhängen, wenn er ehemalige MfS-Mitarbeiter einstellt. Der Fall wird der Kriminalpolizei übergeben.

Das Staatsarchiv teilt wenig später dem Bürgerbüro mit, dass der Direktor alle interessierten Gruppen zu einem Besuch im Staatsarchiv einlädt.

6.5.3.4 Opfer von Repressalien

Rehabilitierung

Ehemals aus politischen Gründen Inhaftierte kommen in das Bürgerbüro, um endlich ihrem Bedürfnis nach »darüber reden dürfen« nachgeben zu können, endlich etwas über das Wer, Wie, Warum, über die Täter in Erfahrung zu bringen. Das erlittene Schicksal prägt diese Menschen, lässt sie nicht los. Nun endlich besteht Hoffnung auf Gerechtigkeit, wenn auch für viele sehr spät.

Zu den Forderungen der Bürger gehört, Unterlagen zu den Verfahren, die sie als Verdächtige oder Verurteilte nie zu sehen bekamen, offen zu legen, einsehbar zu machen. Im Zusammenhang mit der Verurteilung beschlagnahmte Gegenstände und Unterlagen sollen zurückgegeben werden. Dabei geht es um Fälle, die oft viele Jahre zurück liegen. In allen Fällen, in denen es um die Rehabilitierung geht, kann der Rat der Volkskontrolle die Anträge lediglich entgegennehmen, weil es (noch) keine gesetzliche Regelung gibt. Er leitet die Anträge an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR in Ost-Berlin weiter.

Beispiele

Ein Bürger war 1950 für sieben Jahre inhaftiert worden. Er will nun Anzeige gegen die Täter erstatten. Ein Fall betrifft eine Inhaftierung von 1968 bis 1970, ein Fall die Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus, von wo aus nach einigen Jahren dann die Abschiebung in die Bundesrepublik Deutschland erfolgte.

Unmenschliche Haftbedingungen speziell für politische Häftlinge in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Arnstadt werden beklagt.

Ein Betroffener war zwar nicht inhaftiert, aber fristlos entlassen worden, weil er RIAS-Meldungen ernst nahm. Er beansprucht für sich eine finanzielle Wiedergutmachung. Ein anderer fordert Schadenersatz dafür, dass er neben anderen Schwierigkeiten auf Veranlassung des MfS auch einen Verdienstausschlag hatte.

Das MfS – wie ein Bürger mitteilt – verbietet ihm, an den Leipziger Demos teilzunehmen, es verhindert ebenso seine Ausreise aus der DDR. Infolge eines Streits mit dem Parteisekretär (ein SED-Funktionär) des Betriebes erfolgt die fristlose Entlassung eines Betriebsangehörigen. Das MfS überwacht das private Telefon des Bürgers. Er erkundigt sich nach Möglichkeiten der Wiedergutmachung.

250/54

Deutsche Demokratische Republik
Ministerium für Staatssicherheit

Dienststelle (Land): Potsdam

Abteilung: _____ Kreisdienststelle: Neuruppin

Untersuchungsvorgang Nr. 42/54

über: _____

POTSDAM

Beginn: 2.3.54

Beendet: _____

Archiv-Nr.: 250/54

250/54

250,54

Untersuchungsvorgang über einen politischen Häftling, angelegt in der Abt. IX der MfS-Bezirksverwaltung.
Foto: Bernd Buchwald

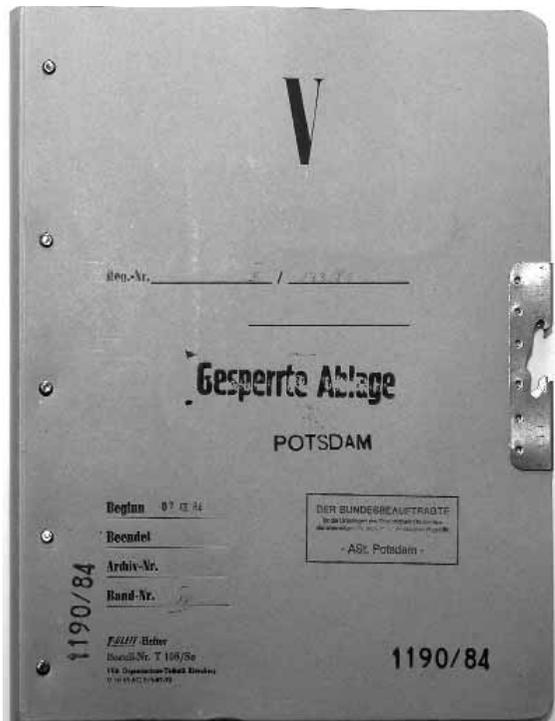
Akteneinsicht

Das MfS macht über Bürger Aufzeichnungen. Zum Prinzip des MfS gehört, dass die betroffenen Personen von den angelegten Akten nichts wissen. Manche Menschen vermuten die Existenz einer solchen Akte zu ihrer Person. Andere haben ähnliche Befürchtungen in Bezug auf ihre sogenannte Kaderakte. Sie könnte Informationen enthalten, die dort nicht hineingehören und nur der Überwachung im Sinne des MfS dienen. Einige von ihnen kommen ins Bürgerbüro, um mit dessen Hilfe genaues erfahren zu können.

Die Bürger verbinden ihre Bitte um Einsichtnahme in ihre sogenannten Stasiakten teilweise mit der Schilderung ihres Schicksals.

Beispiele

Ein Bürger will wissen, ob es über ihn eine Stasiakte gibt. Er wurde 1979 aufgefordert, mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Das hatte er abgelehnt. Eine erste Überprüfung durch das Bürgerbüro ergibt, dass keine Akte existiere. Die Bürger wird vom Bürgerbüro darüber informiert.



Von der MfS-Bezirksverwaltung angelegte Akte über mehrere Personen.
Foto: Bernd Buchwald

Ein Mann war in den Jahren 1981 bis 1983 für eineinhalb Jahre in Haft (§ 213 des Strafgesetzbuchs der DDR). Er möchte Klärung darüber erlangen, wie das damalige Verfahren zustande kam, was in den Unterlagen steht, Informationen über die Haftbedingungen erhalten und über das, was nach seiner Entlassung geschah.

Über Jahrzehnte, seit 1961, vermutet ein Bürger durch das MfS kontrolliert und überwacht worden zu sein. 1967 führte man gegen ihn ein Gerichtsverfahren durch. Er weiß eigentlich nicht, warum. Nun endlich möchte er erfahren können, was dahinter steckt, welchen Anteil daran das MfS hat.

Ein anderer Bürger war 1987 in Haft. Wo ist seine Stasiakte? Er möchte sie sehen.

Zwei Bürger sprechen beim Bürgerbüro vor, weil es ihnen um ihre Kaderakte geht. Ein Bürger spricht nicht nur im eigenen, sondern im allgemeinen Interesse. Allen Bürgern, die es wünschen, sollte ihre Kaderakte ausgehändigt werden, damit sie die Gelegenheit bekommen, Anzeige gegen den Kaderleiter zu erstatten, soweit dies geraten ist.

Ein Mitarbeiter eines Betriebes empört sich dagegen, dass er das Original seines Facharbeiterbriefes zufällig in einem Papierkorb in seinem Betrieb findet. Dieses Dokument hatte er persönlich dem Kaderleiter ein Jahr zuvor übergeben.

Vermutete Überwachung der eigenen Person

Beispiele

Jemand befürchtet, mit Hilfe der eigenen Familie bespitzelt und überwacht worden zu sein; es müsse eine Stasiakte geben.

Ein Ehepaar gibt an, wegen Stasi-Machenschaften in seiner beruflichen Entwicklung tiefgreifend behindert worden zu sein.

In einem anderen Fall fühlen sich Bürger von Familienangehörigen bespitzelt, die Mitarbeiter des MfS waren.

Verweigerung der Ein- oder Ausreise

In der DDR gibt es keine Reisefreiheit. Besonders das Verlassen der DDR in die Bundesrepublik oder andere westliche Staaten ist nur in Ausnahmefällen möglich. Man lässt aber auch nicht jeden in die DDR hinein. Die Ablehnung des Antrags ist schmerzhaft. Noch schlimmer wird es, wenn der Antragsteller nicht einmal die Gründe dafür erfährt. Beim Bürgerbüro suchen nun einige nach Aufklärung.

Beispiele

Warum wurde 1982 der beantragte Grenzpassierschein ohne Erklärung abgelehnt?

Warum wurde die Einreise in die DDR in den Jahren 1972–1987 abgelehnt?

Ein Bürger beklagt den staatlichen Einbruch in seinen Wohnraum, während er 1989 auf einer Reise in der Bundesrepublik war, die sich infolge einer akuten Erkrankung verlängerte.

Ähnliches widerfährt einem anderen Bürger. Während einer Reise in die Bundesrepublik wurde sein Haus gewaltsam geöffnet, Gegenstände wurden »entnommen« und andere zerstört. Der Verdacht, dass es sich nicht um einen normaler Einbruch handelt, sondern das MfS dahinter steckt, liegt in diesem Fall nahe.

Ein Bürger wendet sich an das Büro, weil seine Anzeige bei der Polizei nicht weiter verfolgt, nicht bearbeitet wird.

Eine Mutter trägt vor, dass ihr Sohn 1988 aus der DDR ausgereist ist. Sie zeigt an, dass daraufhin sein Konto in der DDR und seine Oldtimer beschlagnahmt worden sind.

Eine Familie, die während eines Urlaubs in der ČSSR vom MfS verhaftet wird, verlangt Schadenersatz.

Ein Bürger erhebt Anzeige gegen seine ehemalige Frau, weil sie seine Absichten zur Republikflucht dem MfS anzeigte. Er verlangt, dass sie für diesen Verrat zur Rechenschaft gezogen wird.

Hilfe sucht auch ein Bürger, der im Dezember 1989 aus West-Berlin wieder in die DDR einreist. In der Bundesrepublik musste er seine DDR-Papiere abgeben, bekam in der DDR zunächst einen vorläufigen Personalausweis. Damit ist er aber noch nicht im vollen Besitz aller staatsbürgerlichen Rechte. Seit Anfang Januar 1990 hat er wieder eine Arbeitsstelle. Nun ist es März und er ist noch immer ohne Personalausweis. Wohin er sich auch wendet, keine Institution fühlt sich für seine vollständige Wiedereingliederung zuständig. Er kann nicht einmal eine Wohnung beantragen. Dazu muss er den Personalausweis vorlegen. Deshalb wohnt er immer noch in einem Heim des DDR-Ministeriums des Innern.

Schließung der Grenze

Beispiele

Seit dem 9. November 1989 ist die Grenze durchlässig. Bleibt sie es auch?

Ein Telefonanruf von den Grenzorganen geht im Bürgerbüro ein. Es wird darüber informiert, dass die Schließung der Grenze drohe.

6.5.3.5 Zu Korruption und Amtsmissbrauch im Geflecht von SED, Verwaltung und Wirtschaft

Der von den Bürgern vorgetragene Verdacht der Korruption und des Amtsmissbrauchs bezieht sich überwiegend auf zurückliegende Jahre im noch geschlossenen System der DDR, aber auch auf Sachverhalte, die erst im Zuge des Umbruchs möglich werden. Hinweise und Anzeigen der Bürger auf zurückliegende Fälle betreffen häufig das Abzweigen von Baumaterialien für Bungalows und Einfamilienhäuser für sich selbst und begünstigte Dritte. Wer über abhängige Arbeitskräfte verfügt (Strafvollzug, Armee) oder normalen Arbeitskräften eine Vergünstigung zuteil werden lässt, kann diese auch für private Baumaßnahmen einsetzen. Wer in einem Betrieb, einer Einrichtung tätig ist, die über begehrte, aber rare Konsumgüter verfügt, kann gegebenenfalls einen Teil abzweigen. Das kann der Deckung des eigenen Bedarfs, häufig aber auch dem »Einkaufen« anderer Leistungen oder Waren aller Art dienen.

Hinweise auf so genannte Nachwendefälle betreffen eher den Verdacht auf Vorteilsnahme bzw. Begünstigung Dritter durch das Abzweigen von Geldern im Zuge der bevorstehenden Auflösung von Betrieben und Institutionen und den Verkauf von Volkseigentum zum persönlichen Vorteil.

Der Rat der Volkskontrolle leitet einige Fälle an Ausschüsse weiter. Er erfährt, dass in einem Fall Anklage erhoben werden soll.

SED

Beispiele

Es ruft Protest hervor, dass ein wegen nachgewiesener Wohnungsmanipulationen entlassener Mitarbeiter der Wohnungsverwaltung Babelsberg nun Mitarbeiter der Abteilung Wohnungswirtschaft im Rat der Stadt geworden ist.

Bürger hören, dass ein führender Parteifunktionär zwei Finnenhütten in Dolgenbrodt besitzen soll und bitten um Überprüfung.

Andere Bürger halten es für nicht nachvollziehbar, dass die Mitarbeiter des Hotels Cecilienhof in Potsdam einen Teil ihres Gehaltes in Valuta ausgezahlt bekommen.

Hermann Axen (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) lässt sich in Moskau medizinisch behandeln: Warum nicht in der DDR?

General Horst Stechbart (NVA) soll ein Luxushaus am Weißen See in Nedlitz bei Potsdam besitzen. Die Einfahrt befindet sich versteckt hinter der Konsumkaufhalle und führt durch eine Kleingartenanlage hindurch.

Eine Gartensparte werde von NVA-Offizieren regiert. Unter einem scheinheiligen Vorwand haben sie das Spartenheim geschlossen und dem vormaligen Leiter der Gaststätte gekündigt.

Ein Hinweis deutet auf eine Gartensiedlung am Glindower See hin, die von MfS-Offizieren genutzt werde. Die Fläche soll vor 15 Jahren vom MfS beschlagnahmt worden sein. Der fragende Bürger möchte wissen, ob diese MfS-Offiziere wenigstens Pacht bezahlen.

Eine andere Information weist auf ein FDGB-Bezirksheim in den Götzer Bergen in der Nähe der Stadt Brandenburg hin. Der »Blaue Salon« sei nur für ausgewählte Gäste zugänglich. Es wird der Verdacht einer zweckentfremdeten Verwendung von FDGB-Geldern geäußert.

Ein geheimes Gästehaus des Ministerrates der DDR soll sich in Stahnsdorf bei Potsdam in der Alten Potsdamer Landstraße befinden. Ein Türschild existiert nicht.

An der Rechtmäßigkeit des Erwerbs eines Hauses in Rehbrücke durch die SED bestehen Zweifel. Es wird von der SED-Kreisleitung verwaltet.

Bürger zeigen an, dass am 21. Februar 1990 beim Notar Herrn X eine GmbH gegründet worden sei für das Objekt der ehemaligen Parteischule in Potsdam-Waldstadt und zwar von ehemaligen leitenden Mitarbeitern und ihren Partnerinnen. Jeder habe 10 000 Mark gezahlt, also zusammen 50 000 Mark. Es bestehe der Verdacht, dass der vorhandene Fuhrpark und die Druckerei ebenso »verschербelt« werden sollen.

Bürger wollen wissen, ob denn nun das ganze ehemalige Parteivermögen in das Privateigentum ehemaliger SED-Mitglieder übergeht.

Einige protestieren gegen die SED-PDS-Eigentümer des »Bayerischen Hauses« (gelegen im Wildpark bei Potsdam).

Mediziner einer benachbarten Einrichtung, der Kinderklinik Stadtheide, kritisieren die Privilegien der Kinder- und Jugendsportschule. Die Ausstattung der Sportschule mit Röntgenapparaten und anderen medizintechnischen Geräten ist auf modernstem Stand, im Gegensatz zur Ausstattung in der Kinderklinik. Deshalb schlagen sie vor, diese Geräte auch für die Klinik nutzbar zu machen.

Häuser und Grundstücke

Beispiele

Einem ehemaligen Bürgermeister eines kleinen Ortes nahe Potsdam wird vorgeworfen, eine Wohnung illegal erweitert zu haben. Noch schlimmer aber ist der Vorwurf gegen ihn, Ackerland von der LPG aufgekauft und als Bauland weiter verkauft zu haben. Die Kriminalpolizei überprüft den Verdacht. Tatsächlich verfügt der ehemalige Bürgermeister in der beschriebenen Weise über das Ackerland, das er von der LPG bekommen hat. Allerdings ist der Erwerb noch nicht im Grundbuch vollzogen. Es folgt eine Eingabe an den Rat des Bezirkes. Der Fall geht dann auch durch die Presse.

Immer wieder werden Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Agierens des VEB Gebäudewirtschaft angezeigt. Man bittet beispielsweise darum, das Zustande-

kommen eines Nutzungsvertrages über ein Haus in der Bahnhofstraße zu überprüfen. Der Anzeigende selbst fühlt sich bei der Vergabe des Hauses benachteiligt. Im Ergebnis der Prüfung wird festgestellt, dass der amtierende Oberbürgermeister diese Entscheidung trifft. Er agiert in Abstimmung mit der SED-Bezirksleitung. Dabei wird der Rechtsträger des Hauses übergangen.

Die zwei Mieter eines Hauses in der Seestraße beantragen beim VEB Gebäudewirtschaft Potsdam den Kauf des Hauses. Die Zustimmung vom 30. Januar 1990 von der Abteilung Finanzen und Preise beim Rat der Stadt wird mit der Auflage verknüpft, dass beide Mieter zu gleichen Teilen Eigentümer werden müssen. Kurze Zeit später zieht man die Zusage an die beiden Interessenten zum Hausverkauf wieder zurück. Warum?

In einem anderen angezeigten Fall liegen vermutete Machenschaften wenige Jahre zurück. Es wird behauptet, dass in den Jahren 1985/1986 der Direktor eines großen Baubetriebes den Bau seines Einfamilienhauses mit Betriebsbrigaden und Lehrlingskollektiven ausführen ließ. Außerdem sei die Ausstattung exklusiv ausgefallen, mit Parkett, Holztäfelung, Marmorplatten, Klinkersockel und Klinkerfeilern in den Außenbereichen. Dies alles soll im Auftrag der SED-Bezirksleitung geschehen sein.

Ein weiterer Fall betrifft ein Haus, das im September 1989 von seinen Bewohnern verlassen wird; sie gehen in den Westen. Einem Bürger erscheint es verdächtig, dass der eigene Kaufantrag mit fadenscheinigen Begründungen zugunsten Dritter abgelehnt wird. Der Bürger mutmaßt dahinter Korruption. Das Bürgerbüro bittet den Stadtrat für Wohnungswirtschaft um eine Stellungnahme. Die Antwort ist höchst unbefriedigend und bekräftigt eher den bestehenden Verdacht. Es wird nochmals schriftlich nachgefragt.

Nach Hinweisen eines Bürgers wird dem so genannten Staatsangestellten Herrn X Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen; er habe sich ein Haus angeeignet. Ein Bürger beschwert sich, weil der Fall, der bereits sechs Wochen zuvor behandelt worden war und auch durch die Presse ging, noch immer nicht gelöst ist. Der Funktionär bewohne noch immer das ihm nicht zustehende Haus, der Umzug in eine angemessene Wohnung findet nicht statt. Das Bürgerbüro leitet den Fall zur Beratung an den Rat der Volkskontrolle. Er wird weiter verfolgt.

Einem ehemaligen Bürgermeister wird Amtsmissbrauch und Korruption vorgeworfen. Er verkaufe illegal Häuser. Ein Bürger bittet zu prüfen, wer eigentlich Eigentümer der Häuser ist. Was hat der Rat des Bezirkes damit zu tun?

Ehemalige Grundstücke einer landwirtschaftlichen Genossenschaft sollen an den Sohn eines ZK-Mitglieds übergeben worden sein.

Ende Dezember 1989 wird einem Bürger der Erwerb eines Hauses zugesichert. Zuvor war der Wert des Hauses getaxt worden, der Verkaufspreis wird genannt. Nun plötzlich äußert eine im Haus noch wohnende alte Frau, dass

sie selbst das Zweifamilienhaus kaufen will. Nach der vor kurzem durchgeführten Wertermittlung soll nun erneut eine stattfinden.
Was steckt dahinter? Korruption wird vermutet.

Wohnungen

Zusammengefasste Beispiele

Der VEB Gebäudewirtschaft Potsdam steht häufig im Verdacht, die Vergabe von Mietwohnungen korrupt zu handhaben, die formal geführten Vergabelisten zu ignorieren, zu manipulieren. Es wird auch vermutet, dass man begehrten Wohnraum unter sich aufteilt oder für eine angemessene Gegenleistung zuweist.

In einem Fall wird außerdem Verdunkelungsgefahr vermutet. Das Bürgerbüro schaltet die Kriminalpolizei ein.

6.5.3.6 Zu Umwelt und Betrieben

Umweltbelastung

Beispiele

Ein Fachmann rät dringend, die Akten zur Schadstoffdeponie Ketzin zu sichten und schnell zu handeln. Die Abfallentsorgung verläuft dort nicht sachgerecht und es besteht die große Gefahr der Trinkwasserkontamination.

Es werden in die Landschaft entsorgte Öltonnen gemeldet, das vermutete illegale Abholzen von Bäumen.

Ein Bürger befürchtet gesundheitliche Schädigungen, die vom Funkmast auf dem Gebäude der MfS-Bezirksverwaltung in der Potsdamer Hegelallee ausgehen sollen. Er erscheint mehrfach in dieser Angelegenheit.

Soziale Missstände in Betrieben

Beispiele

Mitarbeiter einer Wäscherei suchen nach Besserung ihrer schlechten sozialen Lage im Betrieb.

Mitarbeiter einer LPG bitten, dass gegen den LPG-Vorsitzenden vorgegangen wird. Er habe drastisch die Monatslöhne von Mitarbeitern herabgesetzt. Er gebe den Mitarbeitern nicht einmal eine Begründung für sein Tun.

6.5.3.7 Persönliche Probleme der Bürger

Wohnungspolitik

Ein Dauerthema der im Bürgerbüro eingehenden Beschwerden von Bürgern steht im Zusammenhang mit der Vergabe von Wohnraum. Wohnraum in dem gewünschten, aber zumindest ausreichenden bzw. zumutbaren Umfang und der entsprechenden Qualität zu haben, ist keine Selbstverständlichkeit. Es existiert kein Wohnungsmarkt mit Angebot und Nachfrage. Wohnraum ist knapp und gute Wohnungen sind es erst recht. Die staatliche Wohnraumlenkung regelt fast alles, es gibt Wartelisten, Zuteilungen. Bei genossenschaftlichem Wohnraum sieht es nicht anders aus. Mühsal, eine Wohnung zu bekommen, Mühsal, eine größere Wohnung zu bekommen, Mühsal mit der Instandsetzung oder Instandhaltung – das ist für viele ein ständiger Begleiter des Alltags. So kann es nicht verwundern, wenn sich zahlreiche Menschen mit derartigen Anliegen an das Bürgerbüro wenden.

Die Art und Weise, wie Wohnraum vergeben wird, ist undurchsichtig, nicht transparent. Zahlreiche Beschwerden richten sich gegen die Wohnungspolitik der staatlichen Institutionen. Lange ausgebliebene Antworten werden eingefordert. Auch die zweckentfremdete Nutzung von Wohnraum wird beklagt. Ein Glücksfall kann sein, einen Tauschpartner zu finden. Dann muss aber noch die Vergabestelle zustimmen, den Wohnungstausch zu vollziehen. Es ist ein Schein von Nöten, der sich Wohnungseinweisung nennt.

Der Rat der Volkskontrolle bemüht sich sehr, jedem Bürger zu helfen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Wohnungspolitik in der Stadtverwaltung werden mit den betroffenen Bürgern persönliche Gespräche geführt und Lösungen gesucht; es werden aber auch bei der zuständigen Stelle für Wohnraumlenkung Probleme bearbeitet oder zumindest schriftliche Antworten gegeben. Im März 1990 ist die Beantwortung aller Eingaben abgeschlossen.

Beispiele

Vier Personen – Eltern und zwei Kinder – kommen über Jahre nicht aus ihrer Eineinhalbzimmerwohnung heraus. Eine nachgewiesene freie Vierzimmerwohnung wird vom Oberbürgermeister nach eigenem Ermessen, ohne Kenntnis der Abteilung Wohnraumlenkung beim Rat der Stadt, an andere vergeben.

Eine andere Familie wartet seit fünf Jahren auf die notwendige und zugestandene Rekonstruktion ihrer Wohnung. Keine Beschwerde, keine Eingabe hilft.

Längst überfällige Reparaturen werden kaum oder gar nicht ausgeführt.

Eine Bürgerin spricht für eine schon verzweifelte allein erziehende Mutter vor. Sie führt aus, dass diese Mutter mit ihren zwei Kindern seit Jahren in un-

zumutbaren Wohnverhältnissen leben muss. Nachdem ihr endlich eine andere Wohnung zugesprochen worden ist, kann sie diese aber nicht beziehen, weil sie gar nicht frei ist. Das Problem besteht fort.

In einem anderen Fall wird nach Jahren festgestellt, dass der ursprüngliche Wohnungsantrag spurlos verschwunden ist. Ein neuer wird gestellt. Das bedeutet aber, sich wieder auf einer Liste hinten anzustellen.

Ein Bürger berichtet, dass er seit siebzehn Jahren bei der Wohnungsvergabe nicht berücksichtigt wird.

Eine andere Familie mit zwei Kindern kommt zu einer annehmbaren Wohnung, als eines von den zwei Kindern schon aus dem Haus ist.

Wohnungsleerstand und -besetzung

Zusammengefasste Beispiele

Wohnungsleerstand ist von Interesse. Verbindet sich mit einer entdeckten leer stehenden Wohnung doch die Hoffnung, diese zugesprochen zu bekommen.

So manch einer will aber nicht den beinahe aussichtslosen Kampf um die Wohnung mit den Instanzen aufnehmen und bezieht auf eigene Faust eine Wohnung, ein Haus. Manch einer scheut nicht davor zurück, die Wohnung aufbrechen zu müssen.

Auch solche Fälle werden dem Bürgerbüro vorgetragen, da drängeln sich Leute vor. Das will man nicht hinnehmen.

Telefonanschluss

Den herausragenden Stellenwert eines eigenen Telefonanschlusses vermag wahrscheinlich nur der zu kennen, der über keinen verfügt. Inhaber eines solchen werden beneidet oder beargwöhnt. Aus heutiger Sicht ist das kaum vorstellbar. Nicht vergessen sei aber, dass das Zeitalter des Funktelefons deutschlandweit erst in den 90er Jahren begann. In der DDR ist ein Telefonanschluss bei der Post zu beantragen. Gibt es keinen staatlich anerkannten Grund, berücksichtigt zu werden, ist die Wartezeit lang. Viele haben nie einen Anschluss erhalten.

Beispiele

Neben den Beschwerden, noch immer kein Telefon zu besitzen, mehren sich die Klagen über Telefonanschlüsse in Kleingartenanlagen, die MfS-, NVA-Angehörigen und SED-Funktionären zuteil werden. Alle MfS-Mitarbeiter haben natürlich auch zu Hause einen Telefonanschluss. Eine Bürgerbewegung schlägt deshalb die Bildung einer Kommission aus Ärzten vor, die diese Anschlüsse an Behinderte verteilt. Es wird auch gefordert, die Anschlüsse von MfS-Mitarbeitern zu kappen.

Ein Bürger meldet, dass sein Telefon defekt sei; er vermutet, abgehört zu werden und bittet um Überprüfung.

Einige schlagen vor, eine Auflistung aller SED- und MfS-Anschlüsse vorzunehmen, um sie dann an die Bürger neu verteilen zu können.

Ganz anderer Art ist die Bitte eines Bürgers. Als ehemaliger Funktionär bittet er um Unterstützung bei der Aufhebung von Dienstanschlüssen in Wohnungen.

Vertreter der »Volkssolidarität« tragen ihre Bitte um einen Telefonanschluss vor, den sie dringend für ihre Arbeit benötigen.

Vermisste Personen

Beispiele

Eine Tochter mit ihrem Ehemann und zwei Kindern wird als vermisst gemeldet. Sie seien seit zwei Tagen spurlos verschwunden.

Eine Angehörige der Volkspolizei vermisst ihren Ehemann.

Eine Frau begehrt Aufklärung über die Gründe und Umstände des Todes ihres Ehemannes im Jahr 1985.

Der Verbleib eines hohen Funktionäresehepaares wird erfragt. Nach der erfolgreichen Prüfung lautet die Antwort, dass das Funktionäresehepaar in Babelsberg wohne und über die PDS Wohngeld beziehe.

Beschwerde gegen Personen

Zusammengefasste Beispiele

Derartige Anliegen werden ebenfalls vorgebracht. So zum Beispiel eine Beschwerde über einen Major der Grenztruppen, mehrere Beschwerden gegen Funktionäre, eine Beschwerde über die vermeintliche Tätigkeit in der Bürgerbewegung.

Autobestellung

Einzigster Fall

Nur eine Person spricht wegen der noch nicht erfolgten Pkw-Zuteilung vor.

Dieser Bürger benötigt ein Fahrzeug zur Patientenbetreuung. Vor siebzehn Jahren hatte er den Antrag gestellt.

Reine Kriminalität, Verstoß gegen Vorschriften

Besonderes Vertrauen genießt die Polizei in großen Teilen der Bevölkerung nicht. Schließlich ist sie ein Teil des Machtapparates der Diktatur.

Obwohl für Fälle normaler Kriminalität auch in der DDR die Polizei der richtige Ansprechpartner ist, kommen einige Bürger jetzt damit lieber zum Bürgerbüro. Derartige Anzeigen – Einbruch, Diebstahl – werden dann an die Kriminalpolizei weitergeleitet und die Bürger dorthin verwiesen.

Beispiele

Es gehen aber auch andere Informationen ein, z. B. zu Preisverstößen in kurz vor der Auflösung stehender Läden, die Forderung nach Kontrolle des Finanzgeschehens bei der städtischen Institution für Denkmalpflege, der Verdacht auf Falschbehandlung in einem Krankenhaus mit schweren gesundheitlichen Folgen, der private Gebrauch von betrieblichen Materialien. Der Bezirksvorstand der SED-PDS zeigt an, dass sich jemand die Einnahmen aus einem Schulgarten – immerhin 30 000 Mark – widerrechtlich angeeignet habe.

Eine Beschwerde betrifft einen ABV (Abschnittsbevollmächtigter der Polizei). Dessen Sohn habe einen anderen zusammengeschlagen; so ein Mensch – der Vater – dürfe doch unter den neuen Verhältnissen nicht mehr der Polizei angehören.

Sonstiges

Unter »Sonstiges« sind Anliegen zusammengefasst, die sich nicht zu den aufgeführten Themenfeldern zuordnen lassen. Zwar fallen derartige Fragestellungen nicht in das Arbeitsprofil des Bürgerbüros, sie vermitteln aber eine Vorstellung davon, welch tiefes Misstrauen sich gegenüber den DDR-Institutionen im Allgemeinen aufgebaut hat und welch großes Vertrauen das Bürgerbüro, der Rat der Volkskontrolle genießen.

Auch dieser Nöte nimmt sich das Bürgerbüro an: Die Kohlen/der Koks werden geliefert, die Heizung im Wohnblock repariert, die Ordnungsstrafe war tatsächlich zu Unrecht verhängt worden, die Polizei nimmt sie zurück.

Beispiele

Seit Tagen sitzt eine Familie in ihrer kalten Wohnung, weil die Kohlelieferung nicht erfolgt.

Ein ganzer Aufgang in einem Wohnblock ist seit Tagen von der Wärmeversorgung abgeschnitten, trotz mehrfacher Bemühungen um die Reparatur erscheint kein Handwerker.

Die zugesagte Kokslieferung (Mangelware) ist längst überfällig, die Wohnungsheizung kann aber nur mit Koks betrieben werden.

Eine Ordnungsstrafe in Höhe von 50 Mark ist zu Unrecht ausgesprochen worden.

Verschiedene Anliegen macht sich das Bürgerbüro nicht zu eigen und kann das auch nicht. Dazu zählen beispielsweise die Beschwerde eines Bürgers, der sich durch seinen Chef zurückgesetzt fühlt, eine Bitte um Rechtsberatung, die Frage nach der Wiedereröffnung einer Straße, eine Beschwerde gegen den Nachbarn wegen Grenzbebauung, die Bitte um Suche nach Ersatzräumen für einen Kindergarten, der Protest gegen überfüllte Busse oder nicht gelieferte Zeitungen.

Einige Personen kommen wiederholt ins Bürgerbüro. Sie haben noch keine Antwort erhalten oder sie wollen sich nach dem Stand der Prüfung ihres Anliegens erkundigen.

6.6 Arbeitsschwerpunkte in den Sitzungen des Rates der Volkskontrolle

Bevor in diesem Abschnitt die Schwerpunkte in den Sitzungen beschrieben werden, seien zwei Ereignisse vorangestellt, die die Mitglieder des Rates der Volkskontrolle aus aktuellem Anlass beschäftigt haben.



Der Grenzübergang Drewitz/Dreilinden im Dezember 1992.
Foto: Michael Lüder

Gleich in der ersten regulären Sitzung des Rates der Volkskontrolle am 8. Dezember 1989 geht es turbulent zu. Eine auch im Bürgerbüro eingegangene Nachricht sorgt bei den Anwesenden für Aufregung. Passkontrolleure – alles Mitarbeiter der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung – behindern den Grenzverkehr am Übergang Drewitz/Dreilinden zu West-Berlin. Sie drohen mit der Schließung. An die Reisenden wird ein Flugblatt verteilt. Das Neue Forum sei für die Situation an der Grenzstelle verantwortlich, denn durch die Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung am 5. Dezember und die erfolgte Versiegelung der

Räume stünden die benötigten technischen Kontrollmittel nicht mehr zur Verfügung. Darum sei eine Abfertigung des Grenzverkehrs nicht möglich. Detlef Kaminski vom Neuen Forum berichtet, dass ihn am Vorabend Peter Wiedenhöft von der Initiative »Vereinigte Linke« über die Probleme an der Grenze informiert habe. Mit dem Fahrrad fährt er sofort zur Bezirksverwaltung in die Hegelallee und stellt dessen Leiter, Generalmajor Schickart, in seinem Zimmer zur Rede. Schickart solle sofort dafür sorgen, dass die Grenze wieder geöffnet werde. Kaminski diktiert ihm eine Pressemitteilung.¹⁶

Auch an der Grenzstelle Stolpe gibt es Probleme, so dass der Regierungsbeauftragte Splett selbst an die Grenze fährt und nun mitteilen kann, dass die Abfertigung wieder läuft.

Der Rat der Volkskontrolle beschäftigt sich in seinen Sitzungen im Wesentlichen nicht mit Ereignissen, die nichts mit dem Geschehen vor Ort zu tun haben und von denen auch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Stadt Potsdam zu erwarten sind. Einmal aber doch. Die Initiative geht vom Mitglied des Neuen Forum Manfred Kruczek aus. Am 15. Dezember 1989 legt der Rat der Volkskontrolle eine Gedenkminute für den gerade verstorbenen Andrej Sacharow ein. Sacharow war einer der bekanntesten und wichtigsten Dissidenten in der Sowjetunion und maßgeblich an der Gründung der Menschenrechtsorganisation »Memorial« beteiligt. Auch die Mitglieder des Rates der Volkskontrolle, deren Parteien und Organisationen, wie z. B. der SED, die die Anhänger der Ideen des Bürgerrechtlers Sacharow bislang verfolgt haben, erheben sich von den Stühlen.

6.6.1 Stadtverwaltung

Der Rat der Volkskontrolle lässt sich immer wieder über Entscheidungen und Vorhaben der Stadtverwaltung informieren. Dazu werden einzelne Stadträte zur Berichterstattung vorgeladen.

Zum 24. Dezember 1989 entfällt für die Bürger der Bundesrepublik die Visumpflicht bei Einreisen in die DDR. Darum wird mit einem Ansturm von Besuchern vor allem aus West-Berlin in der Stadt Potsdam gerechnet. Der Stadtrat für Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Peter Schütze, informiert den Rat der Volkskontrolle über die vorgesehenen organisatorischen Maßnahmen. So sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Geplant sei auch eine Busverbindung vom Hauptbahnhof Potsdam nach Berlin-Wannsee einzurichten.

Alle DDR-Bürger benötigen bis zur Öffnung der Grenze am 9. November 1989 eine Genehmigung, um in die Bundesrepublik oder andere westliche Länder ziehen zu können. Anträge dürfen bei Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen gestellt werden. Wer aber einen Antrag einreicht, wird vom Staat als

Feind betrachtet. Regelmäßig werden die Antragsteller von den Behörden schikaniert, kontrolliert und selbst Verhaftungen sind nicht ausgeschlossen. Deshalb interessiert sich der Rat der Volkskontrolle für die entsprechenden Akten, die im Stadtarchiv liegen. Zuständig für die Prüfung der Potsdamer Anträge auf Ausreise ist der Stadtrat für Inneres, Heinz Müller, gewesen, der trotz der im Land vollzogenen politischen Veränderungen – schließlich war seine Zusammenarbeit mit dem MfS sehr eng – noch im Dezember 1989 den Posten des Stadtrates inne hat. Für die Genehmigung eines Ausreiseantrags holte sich sein Referat »Genehmigungswesen« die Zustimmung des MfS, zog von den Betrieben und Einrichtungen, in denen der Antragsteller beschäftigt war, Erkundigungen ein und beteiligte die Pass- und Meldeämter der Volkspolizei. Zwei Mitglieder des Rates der Volkskontrolle besichtigen deshalb im Stadtarchiv die 14 laufende Meter umfassenden Akten, die nach geltender Archivordnung dauerhaft aufzubewahren sind. Die Akten enthalten Anträge der Bürger, Gesprächsnotizen, Protokolle und den Schriftverkehr mit verschiedenen Institutionen, die im Zusammenhang mit ihren Ausreiseanträgen stehen. Der Rat der Volkskontrolle setzt sich dafür ein, dass diese Unterlagen nicht vernichtet werden.

Der Stadtrat für Inneres, Heinz Müller, gibt auf Bitte des Rates der Volkskontrolle in den Sitzungen selbst auch Auskunft, wie mit amnestierten Strafgefangenen umgegangen wird. Er berichtet über die Eingliederung von ca. 130 Personen. Allen werde Wohnraum vermittelt und eine Arbeitsstelle angeboten. Neu sei, dass entlassene Strafgefangene nicht mehr verpflichtet sind, sich bei der Stadtverwaltung zu melden. Auch die Eintragung in die bisher vorgeschriebene Überwachungsliste »kriminell gefährdeter Bürger« entfalle. Grundlage für diese Amnestie und die weiteren Regelungen sei der Ministerratsbeschluss vom 6. Dezember 1989. Ein zweiter Bericht vom Stadtrat für Inneres zu den im Laufe der politischen Umwälzung Amnestierten wird in der 7. Beratung entgegengenommen. Der Rat der Volkskontrolle sieht keine weitere Veranlassung, sich des Themas anzunehmen.

In der Umbruchsituation und der damit vorhandenen unsicheren Lage kommt es Ende 1989 und zu Beginn des Jahres 1990 zu einem wahren Ansturm von Kaufbegehren von Ein- und Zweifamilienhäusern durch ihre Bewohner. Grundlagen sind ein Gesetz der DDR (GBL Teil 1 Nr. 58 vom 21. 12. 1973) zum Kauf von Häusern aus Volkseigentum durch die Mieter und eine neue Regelung vom 8. Januar 1990, wonach für den Kauf von Zweifamilienhäusern die Zustimmung des zweiten Mieters nicht mehr erforderlich ist. Die Bearbeitung der Kaufanträge durch die zuständigen Ämter geht nur schleppend voran, so dass Beschwerden der Bürger eingehen. Das Thema beschäftigt den Rat der Volkskontrolle in vier Sitzungen im Februar und März. Ausführlich wird beraten und nach Ursachen gesucht. Vertreter der Stadtverwaltung und des VEB Ge-

bäudewirtschaft, der die volkseigenen Wohnungen verwaltet, werden um Stellungnahmen gebeten, Berichte werden angefordert und statistische Erhebungen verlangt. Es wird festgestellt, dass die Bearbeitung der Anträge weiterhin unbefriedigend ist. Immer wieder dringt der Rat der Volkskontrolle darauf, dass die Stadt die vorliegenden Kaufanträge zügig bearbeitet. Gleichzeitig aber mahnt er an, dass nicht Bürger kaufberechtigt sein sollen, die durch Amtsmissbrauch o. ä. belastet sind. Die Frage, ob einzelne Häuser, die die Stadt in der Vergangenheit durch Enteignung der ursprünglichen Besitzer erworben hat, auch von den jetzigen Bewohnern gekauft werden können, spielt im Rat der Volkskontrolle keine Rolle. Die Sorge geht eher in eine andere Richtung. So wird von den Mitgliedern der Gruppe »Arche« und der SPD die Frage aufgeworfen, ob der VEB Gebäudewirtschaft etwa Grundstücke und Häuser für Bürger der Bundesrepublik zum Kauf zurückhält. Darin schwingt die Furcht vor einem Ausverkauf der DDR mit, die in Teilen der Bürgerbewegung und der Bevölkerung aufkommt. Der Rat der Volkskontrolle fordert die Stadt auf, zu allen neuen Beschlüssen sofort Pressemitteilungen herauszugeben.

Gegenstand mehrerer Aussprachen ist auch das Thema »Wohnungspolitik« der Stadtverwaltung. Allein 817 Hinweise auf freie Wohnungen liegen Mitte Februar 1990 beim Wohnungsamt der Stadt vor. Zahlreiche Beschwerden gehen im Bürgerbüro ein. In der Presse werden täglich neue Fälle veröffentlicht. Da es mit der schnellen Vergabe der Wohnungen hapert, wird der Stadtrat für Wohnungswesen, Lothar Hölzer, in den Rat der Volkskontrolle geladen. Seine Ausführungen überzeugen laut Sitzungsprotokoll die Mitglieder nicht und werden als zu oberflächlich zurück gewiesen. Mitte Februar 1990 muss er wieder erscheinen. Kritikpunkt ist die schleppende Bearbeitung von Anfragen der Bürger.

Inwieweit die Stadtverwaltung und der VEB Gebäudewirtschaft für den Verfall fast aller historischer Gebäude in der Innenstadt verantwortlich sind und vor allem wie eine Sicherung der Bausubstanz erreicht werden kann, wird mehrfach erörtert, ohne aber eine zufrieden stellende Lösung zu finden.

Anfang Januar 1990 werden Erleichterungen bei der Gründung und Führung eines Gewerbes eingeführt. Deshalb informiert Mitte Februar der Stellvertreter des Oberbürgermeisters Bodo Schulz über neue Beschlüsse der Stadtverwaltung zur Förderung von Handwerk und Gewerbe. So sei ein Gewerbeförderungsbüro beim Stadtrat für Örtliche Versorgungswirtschaft eingerichtet und eine Gewerberaumkommission beim Stadtbaudirektor gebildet worden. Ein Gewerbe könne ab sofort auch ohne den Nachweis von Gewerberaum beantragt werden. Auch die Voraussetzungen für Gründungen einer GmbH seien bei den Vertragsgerichten geschaffen worden und nun wieder möglich.

Ende März 1990 stellt die Stadtverwaltung beim Rat der Volkskontrolle den Antrag, die Aufstellung des »gesellschaftlichen Arbeitsvermögens (GAV)« ver-

nichten zu dürfen. Dabei handelt es sich um ständig aktuell gehaltene Listen mit allen Beschäftigten aller Einrichtungen und Betriebe in Potsdam. Von jedem Berufstätigen sind die Namen, weitere Personendaten, die erlernten Berufe, die jetzige Arbeitsstelle und die ausgeübte Tätigkeit erfasst. Die Erfassung dieser Daten diene auch der Überwachung der Bürger. Der Vernichtung wird zugestimmt.

In einer Sitzung im März 1990 gibt es im Rat der Volkskontrolle einen Disput mit dem Stadtrat für Verkehrs- und Nachrichtenwesen Peter Schütze. Es geht um einen Vertragsabschluss der Stadt mit einer Kölner Werbefirma über die Nutzung von städtischen Flächen für Werbezwecke. Mitglieder des Rates der Volkskontrolle sind entsetzt, wie dieser Vertrag zustande kommen konnte. Es stellen sich grundsätzliche Fragen: Darf die Stadt mit einer Westfirma Werbeverträge abschließen? Ist Bestechung im Spiel? Muss die Stadt nicht erst eine Werbeverordnung beschließen, damit das Stadtbild nicht verschandelt wird? Der Vertreter der PDS (ehemalige SED) stellt den schriftlichen Antrag, den Oberbürgermeister aufzufordern, die Unterzeichner des Vertrages zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem solle der Oberbürgermeister alles daran setzen, dass der Vertrag für nichtig erklärt werde. Dem Antrag wird zugestimmt. Der Vertrag wird aufgelöst.

6.6.2 Wirtschaft

Der Rat der Volkskontrolle beschäftigt sich mit Fragen aus der Wirtschaft, wenn sie an ihn herangetragen werden. Ein Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion (Kontrollorgan der DDR) berichtet von katastrophalen Arbeitsbedingungen im Konservenlager des Betriebes »Kombinat Großhandel Waren täglicher Bedarf« in Babelsberg. Auch kann durch den Betrieb der Bedarf an Konserven nicht gedeckt werden. In den letzten Jahren ist der Import von so genannten Edelkonserven – gemeint sind z. B. Büchsen mit Ananasstückchen, Mandarinscheiben oder Orangensaft – rückläufig. Die einheimische Konservenindustrie kann auf Grund des schlechten Zustandes der Produktionsanlagen nicht genug herstellen. Eine Lösung des Problems wird nicht gefunden.

Mitte Februar 1990 stimmt der Rat der Volkskontrolle dem Antrag der Gruppe »Arche« zu, dass der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin eine Entscheidung herbeiführen soll, um den Verkauf von Genussmitteln, wie z. B. Südfrüchten, für Deutsche Mark (DM, Währung der Bundesrepublik) in der DDR zu regeln. Mehr und mehr werden bestimmte Waren nur gegen DM und nicht in der DDR-Währung angeboten. In dem Schreiben an den Zentralen Runden Tisch heißt es: »Da nur ein geringer Teil der Bevölkerung sich das Privileg aneignen konnte, DM zu erwirtschaften oder anderweitig anzueignen, bildet sich

wieder eine Zweiklassengesellschaft heraus. Heute sind es nur die Genussmittel, morgen werden es die Nahrungsmittel sein, die für eine Währung verkauft werden, die nicht jedem Bürger zur Verfügung steht.«

Ein anderes Thema im Rat der Volkskontrolle in den Märzsitzen ist das – wie es heißt – selbtherrliche Verhalten von Betriebsdirektoren bei Verkäufen und Umstrukturierungen der Betriebe. Der Direktor des Volkseigenen Backwarenkombinates – ihm wird ein solches Verhalten vorgeworfen – wird vor den Rat der Volkskontrolle geladen. Er erscheint nicht. Dafür erläutert eine Mitarbeiterin der Arbeiter- und Bauerninspektion, dass inzwischen auf Grund neuer Regelungen ein Verkauf von Betrieben oder Betriebsteilen nicht durch den Direktor erfolgen darf, denn der sei nicht Eigentümer, sondern habe bestenfalls den Status eines Verwalters. Die letzte Entscheidung bei Verkäufen habe das Wirtschaftskomitee des Bezirkes bzw. des Ministerrates.

Anfang 1990 erhält der Rat der Volkskontrolle Hinweise darauf, dass auffallend viele Akademiker aus Betrieben entlassen werden. Mit diesem Problem beschäftigt sich der Rat der Volkskontrolle nicht. Das würde seine Möglichkeiten bei weitem überfordern.

6.6.3 Wehrbezirkskommando und Grenztruppen

In medizinischen Einrichtungen und in vielen anderen Bereichen werden dringend Arbeitskräfte benötigt. Der Leiter des Wehrbezirkskommandos, Generalmajor Waldemar Seifert, gibt den Einsatz von Militärangehörigen in der Volkswirtschaft bekannt, z. B. sollen 160 Soldaten im öffentlichen Gesundheitswesen eingesetzt werden. Dazu werde neuerdings auch mit der evangelischen Kirche zusammengearbeitet. In der 6. Sitzung am 9. Januar berichtet Oberst Horst Lange vom Grenzregiment 44, das in Potsdam stationiert ist und für die Bewachung der Grenze zwischen Potsdam und West-Berlin zuständig ist. Seit dem 9. November 1989 ist die Grenze für DDR-Bürger offen und die Anforderungen zur Sicherung der Grenze sind geringer geworden. Er teilt mit, dass von der ursprünglichen Grenzsicherung zur Absicherung des grenzüberschreitenden Verkehrs übergegangen und mit dem Abbau der Anlagen besonders an den »publikumswirksamen« Stellen wie im Park Babelsberg, der Glienicker Brücke oder im Neuen Garten, begonnen werde. Bislang seien 850 m Mauer und 50 Hundelauflinien beseitigt. (Eine solche Hundelauflinie existierte z. B. auch zwischen dem Schloss Cecilienhof und dem Uferbereich des Jungferensees. An Ketten gebundene Hunde bewachten dort ein Stück Grenze, meist ohne jemals losgebunden zu werden.) Er berichtet auch, dass der sich erst im Bau befindliche Hundezwinger in der Bertinistraße fertig gestellt werden solle. Dort sollen Hunde für die Zollabfertigung des Schiffsverkehrs von und nach West-Berlin an der Wasser-

Grenzstelle Nedlitz untergebracht werden. Selbst noch Ende März 1990 wird an dem Bau festgehalten. Rechtsträger und Bauherr des Objektes ist das Wasserstraßenbauamt der DDR, das zu dem Zeitpunkt mit dem Innenausbau beschäftigt ist. Ursprünglich sind die Zwinger für 14 Hunde ausgelegt, jetzt ist der Bau noch für sechs bis acht Hunde vorgesehen.



Flugbild auf die Wassergrenzstelle Nedlitz. In der Mitte, links zwischen den Bäumen versteckt, entstehen die Gebäude zur Unterbringung von Zollhunden.
Foto: BStU, MfS, BV Pdm, AKG 2086, Aufnahme von 1984

6.6.4 Postzollamt

Es ist allgemein bekannt, dass in der DDR Brief- und Paketsendungen vom MfS kontrolliert werden. Deshalb ist es dem Rat der Volkskontrolle wichtig, sich davon zu überzeugen, dass diese Überwachung eingestellt worden ist. Dazu werden Anfang Februar 1990 Verantwortliche des Zolls und der Leiter der Bezirksverwaltung der Deutschen Post vor das Gremium geladen. Sie berichten, dass bis zum November 1989 direkt in der Dienststelle des Postzollamtes eine

Einheit der MfS-Bezirksverwaltung angesiedelt war. Sie kontrollierte alle Paket-sendungen, die in die Bundesrepublik Deutschland oder ins Ausland gingen und auch bei bestimmten Anlässen solche, die ihren Bestimmungsort innerhalb der DDR hatten. Sie sei inzwischen aufgelöst worden. Heute arbeite man nach international üblichen Regeln. Die zuständige MfS-Abteilung M (Postkontrolle) hat gemäß eines Befehls vom November 1989 ihre Arbeit eingestellt.

6.6.5 Einkünfte der Parteien

Der Rat der Volkskontrolle fordert alle Parteien auf, über ihre Einkünfte und ihr Eigentum Rechenschaft abzulegen. Ausgelöst werden die geforderten Bericht-erstattungen durch die Frage eines Vertreters von Argus an den Kreisstaats-anwalt, ob die Eigentumsverhältnisse der SED-PDS (Nachfolger der SED) in Ordnung seien. Der wehrt die Frage ab, er könne nur ermitteln, wenn straf-rechtlich relevante Fakten vorlägen. Als erste Partei informiert der Kreisverband Potsdam der LDPD, dass er 1989 53 300 Mark aus Mitgliedsbeiträgen einge-nommen, 12 000 Mark für die politische Arbeit und 6 700 Mark für Verwal-tungskosten ausgegeben sowie 34 600 Mark an den Bezirksvorstand abgeführt habe. In der Geschäftsstelle arbeiten vier Mitarbeiter.

Heinz Vietze, Vorsitzender des SED-PDS-Bezirksarbeitsausschusses (Nach-folgeeinrichtung der SED-Bezirksleitung), berichtet auf Nachfrage des Rates der Volkskontrolle, dass die zwei Bungalows vom Typ B 55 in Sacrow bei Potsdam von seinem Vorgänger im Parteiamt, Günther Jahn, privat genutzt worden wa-ren. Sie waren 1970/72 mit Eigenwasserversorgung, Einfriedung und Außen-anlagen auf Veranlassung der SED-Bezirksleitung errichtet worden. Entspre-chende Hinweise kommen auch aus dem Bürgerbüro. Weiter teilt Vietze mit, dass der Finanzhaushalt der SED im Bezirk Potsdam 1989 13,2 Mio. Mark um-fasste, davon stammten 8,2 Mio. Mark aus Mitgliedsbeiträgen. 4,8 Mio. Mark habe die Partei von der Parteizentrale in Ost-Berlin vor allem für den Ausbau des Bayerischen Hauses im Waldgebiet »Wildpark« bei Potsdam zum Gäste-haus der SED erhalten. Außerdem verfüge die Partei über viele Immobilien. Auch der Kreisvorstand der CDU gibt einen Bericht über seine Finanzlage, ebenso die Parteien NDPD und DBD.

Die Einkünfte von Massenorganisationen wie dem FDGB hat der Rat der Volkskontrolle bei seinen Nachforschungen nicht im Blick.

6.6.6 Auflösung der MfS-Bezirksverwaltung

Besonders wichtig ist das Thema der Auflösung der Staatssicherheit. Was soll mit den Akten geschehen? Was wird mit den entlassenen Mitarbeitern? Wer erhält die Gegenstände, Gelder, Gebäude und andere Werte? Wie können die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?

MfS-Akten

Auch nach den Besetzungen der MfS-Bezirksverwaltungen durch Bürger gibt es von Seiten der DDR-Regierung Bestrebungen, fortgesetzt Akten zu vernichten. Das belegt ein am 7. Dezember 1989 vom Ministerpräsidenten Hans Modrow an die Regierungsbeauftragten geschicktes geheimes Telegramm mit der Aufforderung an das MfS, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Vertretern der Öffentlichkeit »die unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten«. Das hätte die Akten über die meisten erfassten Bürger betroffen. Aber die politischen Ereignisse überstürzen sich und die Zeit geht über diese Weisung schneller hinweg, als es sich die Regierenden vorgestellt hatten.

Gleich in seiner ersten Sitzung am 7. Dezember 1989 fordert der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin die kontrollierte Auflösung des MfS. Ministerpräsident Modrow reagiert und verkündet nun, dass ab jetzt »das Prinzip, das



Aus der MfS-Bezirksverwaltung in einen Bunker Am Windmühlenberg im Potsdamer Ortsteil Bornim umgelagerte MfS-Unterlagen.
Foto: Gisela Rüdiger, Dezember 1990

Material sicherzustellen und bei Notwendigkeit zu archivieren« gelte. Er gibt allerdings nicht auf und versucht bereits am 12. Dezember seine alte Forderung wieder auf die Tagesordnung zu setzen, indem er anweist: »Vernichten desjenigen Schriftgutes, das im Ergebnis des unberechtigten Sammelns von Informationen über Bürger angelegt war. Vollzug dieser Maßnahme im Konsens mit den Vertretern der Bürgerinitiativen«. Jetzt sollen die Bürgervertreter tatsächlich mit einbezogen werden.

Der Regierungsbeauftragte Splett bittet daraufhin alle Gruppierungen, Kirchen und Parteien, sich mit eigenen Vertretern an der Bildung einer so genannten Schriftgutkommission zu beteiligen. Am 12. Dezember 1989 gründet er in der MfS-Bezirksverwaltung ein solches Gremium. Es nennt sich »Kommission über die öffentliche Kontrolle zur weiteren Sicherung, Sichtung und eventuell teilweisen Vernichtung von Schriftgut des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Potsdam«, kurz Schriftgutkommission. Es ist neben dem Rat der Volkskontrolle ein weiteres Gremium mit Bürgervertretern, das jedoch durch den Regierungsbeauftragten geleitet wird. Dieser vereinbart alle Termine, entwirft den Zwischenbericht und den Schlussbericht, hält die Verbindung zur Leitung der MfS-Bezirksverwaltung und zu Verantwortlichen von anderen Institutionen und Gremien. Auch das Staatsarchiv Potsdam ist einbezogen. Sein langjähriger Leiter, Dr. Friedrich Beck, fordert den vollständigen Erhalt der Unterlagen. In einer in der Presse veröffentlichten Erklärung teilt er mit: »Wollen wir unsere Geschichte wahrheitsgetreu, exakt, differenziert, interessant darstellen, wollen wir aus der Geschichte lernen, dann benötigen wir dazu die entsprechenden Quellen.«

Die Auflösung des MfS in allen seinen Aktionsfeldern bleibt weiter ein Schwerpunktthema im Rat der Volkskontrolle.

Die Schriftgutkommission sichtet die Papierberge vor Ort in den Gebäuden des MfS in Potsdam. In ihrem am 22. Dezember 1989 veröffentlichten Zwischenbericht empfiehlt sie, die Betroffenenakten, die Spitzelakten und die Kaderakten der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter sobald als möglich zu vernichten, allerdings sollten vorher die Volkskammer und der Zentrale Runde Tisch eine für die ganze DDR erarbeitete Empfehlung abgeben. Daraufhin erscheint Anfang Januar 1990 in der Lokalpresse ein Aufruf von zwei Mitgliedern der Schriftgutkommission – Ralph Würfel vom Neuen Forum und Volker Wiedersberg von der neuen Gruppierung »Potsdam Initiative«. Die meisten Mitglieder der Schriftgutkommission würden die Vernichtung von MfS-Schriftgut anstreben. Das müsse unbedingt verhindert werden. Innerhalb der Kommission kommt es zu Auseinandersetzungen. Im Ergebnis antworten zwei andere Mitglieder im Namen der Kommission mit einer öffentlichen Stellungnahme, in der sie behaupten, dass keine Materialien vernichtet wurden und werden. Sie werfen den beiden Falschdarstellung und Polemisierung vor. Im Rat der Volkskontrolle, der dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, wird vom Regierungsbe-

auftragten Splett Aufklärung über die Vernichtungsabsichten verlangt. Der teilt mit, dass grundsätzlich keine Vernichtung von Aktenmaterial vorgesehen sei. Diese Information ist falsch.

Mitte Januar bis Anfang März 1990 werden alle Unterlagen des MfS aus dem Bezirk Potsdam in eine Fahrzeughalle und in Bunker nach Potsdam/Bornim gebracht und dem Staatsarchiv Potsdam übergeben. Zur Vernichtung aussortierte Akten erhält die Papiermühle in Schwedt. Immerhin geht es um 105 Tonnen, die zu gleichen Teilen aus dem Aktenbestand der MfS-Bezirksverwaltung und der Hochschule des MfS in Golm bei Potsdam kommen. Nach Aussage des Regierungsbeauftragten seien es »unbedenkliche Materialien, wie doppelte Ausfertigungen von Dienstvorschriften, Befehlen und Weisungen, Schulungsmaterial und diverse Formulare«¹⁷. Dagegen stellt die Potsdamer Stabstelle des von der Regierung zur weiteren Auflösung des MfS im Februar 1990 eingesetzten staatlichen Komitees fest, dass auch »Duplikate operativen Schriftgutes sowie persönliche Aufzeichnungen der Mitarbeiter« in die Papiermühle kamen. Den Protokollen der Schriftgutkommission lassen sich weitere Hinweise auf ausgesonderte Unterlagen entnehmen. So sind mit Zustimmung von Kommissionsmitgliedern EDV-Schlüssel, Postein- und -ausgangsbücher, Rechtsvorschriften, Kartenmaterial, Maßnahmepläne, Filmmaterial, Verschlusssachenkarteien, der Index zu Sicherungsvorgängen, Kaderunterlagen, Parteiunterlagen, Papiere des Offiziers für Öffentlichkeitsarbeit oder Dokumente aus dem Neuererwesen (Erfindungen und Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern für den eigenen Arbeitsbereich) und – nach Aussage eines Mitgliedes – bereits zerrissene Schriftstücke in die Papiermühle gebracht worden. Auch mit der Vernichtung der Akten aus den Gebäuden der Potsdamer MfS-Untersuchungsabteilung und der Haftanstalt sind Mitglieder der Schriftgutkommission einverstanden, da es sich angeblich um doppelte Ausfertigungen handele. Trotz einer Gegenstimme wird die Vernichtung in einem MfS-Dienstobjekt in der Geschwister-Scholl-Straße sofort vollzogen. Einiges wird im Dezember 1989 den nach einem DDR-Ministerratsbeschluss (siehe unten) geplanten und im Aufbau befindlichen Nachfolgeeinrichtungen wie dem Verfassungsschutz und dem Nachrichtendienst übergeben, anderes der Staatsanwaltschaft, dem Regierungsbeauftragten oder der Polizei. So übernimmt die Bezirksdirektion der Polizei zwei Kartekästen mit einer »Skin- und einer Spitznamenkartei« aus der ehemaligen Potsdamer MfS-Kreisdienststelle.

Bei besonders brisant erscheinenden Hinweisen aus dem Bürgerbüro auf mögliche Lagerungen von Akten ist der Rat der Volkskontrolle bemüht, Ortbesichtigungen vorzunehmen. Eine solche Bunkerbesichtigung wird am 25. Januar 1990 im Rat der Volkskontrolle behandelt. Der Bunker in Wildpark-West war durch zwei Vertreter des Rates der Volkskontrolle, einem Vertreter des Bundes der Berufssoldaten und einem Offizier der NVA-Dienststelle, in dem

sich der Bunker befindet, kontrolliert worden. Die Begehung musste zuvor angemeldet werden. Nur die oberirdischen Bunker konnten in Augenschein genommen werden, so genannte Zuckerhüte aus der Zeit des Nationalsozialismus. Dort war keine Einlagerung von Akten, Dokumenten, Ausrüstungen festgestellt worden. Der Zugang zu den unterirdischen Teilen war den Kontrollleuten nicht möglich. Die Besucher erhielten allerdings die Auskunft, dass sich im NVA-Objekt eine MfS-Dienststelle befand, wie in jedem NVA-Objekt. Sie sei aber inzwischen vom Militärstaatsanwalt versiegelt worden.

Vermittlung der MfS-Mitarbeiter

Am 15. Dezember 1989 erfahren die Mitglieder des Rates der Volkskontrolle vom Regierungsbeauftragten, dass das MfS mit sofortiger Wirkung aufgelöst wird. Dazu gibt es einen entsprechenden Ministerratsbeschluss vom 14. Dezember 1989. Sie erfahren aber nicht, dass für den auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geplanten Verfassungsschutz und Nachrichtendienst 10 000 bzw. 4 000 ehemalige Mitarbeiter des MfS vorgesehen sind. Von nun an befinden sich im Gebäudekomplex der Hegelallee das »Amt für Nationale Sicherheit in Auflösung« – wie die MfS-Bezirksverwaltung sich jetzt nennt –, die Kontrollgruppen der Schriftgutkommission und ein sich im Aufbau befindender Verfassungsschutz, für den in Potsdam mit den Bereichen Koordinierung, Verfassungsschutz und Sicherstellung 397 Mitarbeiter vorgesehen sind.¹⁸

Ein weiterer auch am 14. Dezember gefasster, jedoch nicht öffentlich bekannt gemachter DDR-Ministerratsbeschluss sorgt im Rat der Volkskontrolle für heftige Empörung. Er sichert entlassenen MfS-Mitarbeitern drei Jahre lang Übergangsgelder von bis zu 80 Prozent ihres bisherigen Nettoverdienstes zu, wenn das Gehalt an der neuen Arbeitsstelle niedriger sein sollte. Da im MfS überdurchschnittlich hohe Gehälter gezahlt werden, betrifft das viele MfS-Mitarbeiter. Zusätzlich wird ihnen eine Abfindung von bis zu mehreren tausend Mark gewährt, gestaffelt nach Dienstalter und -stellung. Mitarbeiter, die in Einfamilienhäusern wohnen, die Eigentum des MfS sind, dürfen diese kaufen. Außerdem können Männer mit 60 und Frauen mit 55 Jahren in den Ruhestand versetzt werden, sollten sie nicht mehr vermittelbar sein.

Der Rat der Volkskontrolle richtet sofort ein Protestschreiben an die Regierung. Allerdings wendet er sich dabei ausschließlich nur gegen die Zahlung von Übergangsgeldern. Grund ist, dass der Regierungsbeauftragte die anderen Regelungen in seinem Bericht vor dem Rat der Volkskontrolle laut Sitzungsprotokoll nicht erwähnt hat, das Gremium zu diesem Zeitpunkt davon nichts weiß. Der Rat der Volkskontrolle beschließt, wegen der großen politischen Tragweite des Ministerratsbeschlusses die Öffentlichkeit zu informieren. Nach Diskussionen – wobei sich der Vertreter der SED als einziger grundsätzlich gegen eine Veröffentlichung ausspricht – wird eine Pressemitteilung verfasst und den Me-

dien übergeben. Aber weder die SED-Bezirkszeitung *Märkische Volksstimme* noch der Rundfunk *Sender Potsdam* bringen die Nachricht. Nur die *BNN (Brandenburgische Neueste Nachrichten, Potsdamer Tageszeitung der NDPD)* druckt die Pressemitteilung. Potsdamer sind empört, wie auch die im Bürgerbüro eingehenden Proteste zeigen. Wirklich informiert wird die Öffentlichkeit erst am 2. Januar 1990 durch Medien der Bundesrepublik. Der *SFB* berichtet in seiner Sendung »Kontraste« über die Zuzahlungen an ehemalige MfS-Mitarbeiter. Trotzdem werden die Zahlungen erst am 17. Januar 1990 eingestellt. Bis dahin sind im Bezirk Potsdam bereits 8,9 Mio. Mark an die Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung geflossen, d. h. durchschnittlich 4 000 Mark pro Mitarbeiter. Der Regierungsbeauftragte Splett weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Kontrollorgan für den Zahlungsverkehr die Zentrale Finanzrevision der DDR ist und dass für die Konten der ehemaligen Mitarbeiter des MfS ebenso wie für jeden anderen Bürger auch das Bankgeheimnis gelte. Dazu sei angemerkt, dass die MfS-Mitarbeiter bei ihrer operativen Tätigkeit jederzeit Zugriff auf die Kontostände und -bewegungen aller Bürger hatten. Für sie gab es kein Bankgeheimnis. Auf die Frage, ob ausgezahlte Gelder zurückgefordert werden können, gibt der MfS-Mitarbeiter Uwe Fremde von der Regierungskommission die Antwort, dass dies nach geltendem DDR-Arbeitsrecht nicht möglich sei.

Der Rat der Volkskontrolle erwähnt das Thema der Übergangszahlungen und deren Einstellung im Laufe des Januar 1990 in seinem Abschlussbericht.

Die MfS-Bezirksverwaltung beschäftigt im Bezirk Potsdam zu Beginn seiner Auflösung ca. 4 000 Mitarbeiter, davon rund 700 in den Kreisdienststellen. Sie ist die personalstärkste Bezirkverwaltung der DDR. Die Zahl der Mitarbeiter, die zu entlassen ist, wird vom Regierungsbeauftragten aber stets – selbst noch in seinem Abschlussbericht – mit 2 500 angegeben. Offensichtlich fehlen hier die etwa 1 000 Mitarbeiter der Passkontrollseinheiten, die vom Zoll und den Grenztruppen übernommen werden und diejenigen, die berentet werden. DDR-weit wird von den staatlichen Verantwortlichen versucht, die wirkliche Zahl der Mitarbeiter des MfS geheim zu halten, um das Ausmaß der Überwachung allein schon durch das MfS zu vertuschen.

Da neben der begonnenen Auflösung des MfS der Ministerrat auf massiven Druck der Blockparteien in der Volkskammer und wegen der Forderungen des Zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin Mitte Januar 1990 den vorgesehenen Aufbau eines Verfassungsschutzes bis zu den Volkskammerwahlen aussetzt, sollen nun alle Mitarbeiter entlassen werden.

Eine unter der Leitung von Max Volker Dähne – Mitarbeiter des Rates des Bezirkes und verantwortlich für »Arbeit und Löhne« – gegründete Arbeitsgruppe vermittelt MfS-Mitarbeiter in neue Arbeitsstellen. In mehreren Sitzungen des Rates der Volkskontrolle berichtet der Regierungsbeauftragte Splett über den Fortgang. Natürlich gebe es auch Schwierigkeiten. Z. B. weigere sich die Spitze

der Nationalen Volksarmee, 500 Personen in die Grenztruppen einzugliedern. Um eine Ballung von ehemaligen MfS-Mitarbeitern zu vermeiden, fordert der Rat der Volkskontrolle vom Rat der Stadt und dem Rat des Kreises Potsdam eine Übersicht über vorgenommene Einstellungen, aufgeschlüsselt nach Betrieben und Institutionen. Er erhält sie nicht. In einer der späteren Sitzungen teilt der Vertreter des FDGB mit, dass nach seinen eigenen Recherchen die Verwaltungen derartige Listen nicht mehr erstellen können, da die bisherigen Meldungen an die Stadtverwaltung über den Personalbestand in den Betrieben nicht mehr erfolgen würden.

Die Mitglieder des Rates der Volkskontrolle besprechen den Abbau des MfS-Personals unter anderem in der Sitzung am 13. Januar 1990. Der Regierungsbeauftragte legt einen Zwischenbericht vor, in dem es zur Auflösung des MfS heißt:

»Mitarbeiter des AfNS in der BV
per 9.1.90 sind noch 725 MA in der BV
davon 175 Mitarbeiter sind in der Vermittlung zur NVA, VP, Zoll,
Grenztruppen
250 MA sind disponiert für den Einsatz in der Volkswirtschaft
100 MA Einsatz in anderen Bereichen
100 MA verbleiben bis März im Objekt (med. und techn. Pers.)
100 MA sind Problemkader«.

Auf einer Sondersitzung des Rates der Volkskontrolle Mitte März 1990 teilt der Regierungsbeauftragte abschließend mit, dass 65 Prozent der 2 500 entlassenen MfS-Mitarbeiter in Betrieben und Einrichtungen untergekommen seien, 14 Prozent beim Zoll, der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei, 6 Prozent im Gesundheitswesen und 9 Prozent im Handel und in »Versorgungseinrichtungen« sowie einige in »örtlichen Organen« (laut Abschlußbericht des Regierungsbeauftragten 6 Prozent und zusätzlich 30 »Spezialisten« beim Ministerium des Innern, insbesondere der Volkspolizei, wo sie aber keine Leitungsfunktionen übernehmen werden). Ein Vertreter von Argus bemängelt eine unverhältnismäßig hohe Konzentration von ehemaligen Mitarbeitern in einzelnen Einrichtungen, wie z. B. 11 im Bezirkshygieneinstitut oder 6 im Laden »Sporthaus Olympia«, dagegen seien 140 neue Arbeitskräfte beim Volkseigenen Betrieb IFA Ludwigsfelde (Autowerk) wenig.

MfS-Immobilien und Ausrüstungen

Im Rat des Bezirkes werden von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Manfred Selinger, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres, die Objekte und Ausrüstungen des MfS verwaltet. Der Rat der Volkskontrolle bittet den Regierungsbeauftragten Splett, eine Liste von allen Gebäuden des ehemaligen MfS im Bezirk Potsdam zu übergeben. Sie soll mit eingegange-

nen Anzeigen von Bürgern verglichen werden und man will über die weitere Nutzung beraten. In der darauf folgenden Sitzung legt Splett auch eine vorläufige Liste vor und verspricht Ergänzungslieferungen. Wochen später bringt er eine Gesamtübersicht mit, verweigert aber deren Übergabe an den Rat der Volkskontrolle. Der Staatssekretär beim DDR-Ministerpräsidenten Modrow, Werner Halbritter, habe angeordnet, die Liste der Öffentlichkeit nicht zu übergeben und der Rat der Volkskontrolle zähle nun mal zur Öffentlichkeit. Erst im März 1990 erhält das Mitglied des Rates der Volkskontrolle Manfred Kruczek die Liste heimlich vom Militärstaatsanwalt zugesteckt. Manfred Kruczek hatte sich ständig für die Übergabe der vollständigen Objektliste eingesetzt.

Der Rat der Volkskontrolle lässt sich in seiner Sitzung am 13. Januar vom Regierungsbeauftragten Splett einen schriftlichen Zwischenbericht geben. Darin geht es um die Vorbereitung der Übernahme der Objekte des AfNS:

- »- 31 Objekte des AfNS sind an örtl. Organe übergeben
(darunter befinden sich alle KD)
- Konkrete Nutzungskonzeptionen für diese Objekte müssen von den örtl. Räten erarbeitet werden und vor der AG des Rates des Bezirkes verteidigt werden
- 10. 1. 90 Besichtigung der BV des AfNS durch die AG des Rates des Bezirkes und Bürgervertretern
- Vergabe der Objekte unter dem Aspekt: 1. altersgerechter Wohnraum und 2. Feierabend- und Pflegeheim
- Telefonzentrale und Nachrichtenkomplex wurden von der NVA übernommen«

In seiner Sitzung am 25. Januar 1990 erfährt der Rat der Volkskontrolle, dass die Objektliste des MfS für den Bezirk Potsdam nach aktuellem Stand 155 Dienstobjekte und 41 Dienstwohnungen erfasse. Für den zentralen Hauptgebäudekomplex in der Hegelallee liege ein Vorschlag zur Nutzung als Pflegeheim und für altersgerechte Wohnungen vor. Er solle an das Gesundheitswesen übergeben werden. Auf Vorschlag des Potsdamer Rudolf-Virchow-Ärztbundes seien 200 MfS-Mitarbeiter zur Durchführung von Umbauarbeiten vorgesehen. In Potsdam herrscht Pflegenotstand. Selbst dringenden Anträgen auf einen Pflegeheimplatz kann nicht entsprochen werden. So müssen viele Menschen wegen Pflegebedürftigkeit im Bezirkskrankenhaus untergebracht werden, wo sie teilweise länger als ein Jahr versorgt werden. Des weiteren wird mitgeteilt, dass das MfS-Objekt in der Puschkinallee zukünftig als Gehörlosenschule genutzt und die Hochschule des MfS in Golm bei Potsdam von der Pädagogischen Hochschule Potsdam übernommen werde.

Mitte Februar 1990 informiert der Leiter der Arbeitsgruppe zur Objektvergabe vom Rat des Bezirkes dann selbst im Rat der Volkskontrolle. In Potsdam habe man 19 Wohneinheiten, 22 Dienstobjekte, 2 Sportobjekte und 12 sons-

tige Objekte vom MfS übernommen. Die endgültige Entscheidung zur Vergabe treffe der Rat der Stadt. Da es für die Übergabe keinen Ministerratsbeschluss gebe, fallen die Objekte, die ohne neuen Rechtsträger bleiben, an die Stadtverwaltung. Der Vertreter der LDP im Rat der Volkskontrolle kritisiert hingegen die eigenmächtige Vergabe von Objekten durch die Stadt und führt als Beispiel die ehemaligen MfS-Dienstgebäude der MfS-Passkontrolleure in der Berliner Straße 74/75 und das Dienstgebäude in der Jägerstraße an.

Auch über die Weiternutzung von Ausrüstungen, Autos und Telefonen lässt sich der Rat der Volkskontrolle informieren. Er erfährt, dass die Telefonzentrale und der Nachrichtenkomplex aus der MfS-Bezirksverwaltung in der Hegelallee an die Volkspolizei übergeben werden. Wie die Versorgung der Haushalte mit Telefonen aussieht, zeigen die Zahlen von März 1990. Für Potsdam liegen mehr als 23 500 Anträge auf einen Telefonanschluss vor – einige noch aus dem Jahr 1973. Selbst Schwerstbehinderte sind unter den Antragstellern. Dagegen sind die Mitarbeiter der Staatssicherheit immer bevorzugt mit Telefonanschlüssen versorgt worden, teilweise sogar in ihren Gartenlauben. Eine komplette Übersicht zu den gesamten Ausrüstungen wird den Mitgliedern nicht vorgelegt. Auch die Öffentlichkeit erhält vom Rat des Bezirkes, bei dem eine Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Vergabe eingerichtet ist, kaum Informationen. Der Regierungsbeauftragte Splett berichtet Anfang 1990, dass 109 Pkw (Trabant, Wartburg, 63 sowjetische Pkw Lada, 16 Busse, 17 Transporter vom Typ Barkas sowie einige LKW und Multicar) übergeben und 441 Telefonanschlüsse freigegeben werden.

Ab Januar 1990 gibt es Fortschritte in der Herstellung von Transparenz bei der Vergabe von Telefonanschlüssen. Es werden 300 Wohnungsanschlüsse des MfS und der SED sowie Zweitanschlüsse in Gartenlauben zurückgegeben. Der Rat der Volkskontrolle ist davon überzeugt, dass dies ohne die nach seiner Einschätzung gute Zusammenarbeit mit dem Komitee für Volkskontrolle (ehemalige Arbeiter- und Bauerninspektion, ABI) nicht gelungen wäre.

Entwaffnung der MfS-Bezirksverwaltung

Man weiß, dass der Staatssicherheitsdienst Waffen in seinem Besitz hat. Unklar ist jedoch wie viele und welche. Niemand kann sicher sein, ob nicht Angehörige des MfS Waffen mit nach Hause nehmen. Da die Tätigkeit der Staatssicherheit immer streng geheim ist, wird nicht ausgeschlossen, dass es sogar einen Schießbefehl geben könnte, von dem kein Außenstehender weiß. Deshalb ist die Entwaffnung des MfS, die bereits in der zweiten Sitzung gefordert wird, ein wichtiges Thema.

Trotz Ankündigung des Regierungsbeauftragten Splett, dass die Waffen und die Munition vom 20.–23. Dezember 1989 von der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee übernommen werden, hat sich die Übergabe laut Protokoll

der Sitzung vom 13. Januar noch bis zum 29. Dezember hingezogen. Faustwaffen befinden sich aber auch dann noch in den Wachschutzeinheiten der MfS-Bezirksverwaltung in der Hegelallee und der MfS-Hochschule.

Dem Abschlussbericht des Potsdamer Arbeitsstabes des staatlichen Komitees (im März 1990 von der Regierung eingesetzte Institution zur weiteren Auflösung des MfS) vom 14. März 1990 ist dagegen zu entnehmen, dass die Überführung der Waffen in drei Etappen erfolgte: Abschluss der Übergabe an die Armee am 15. Dezember, an die BDVP am 22. Dezember und an die Grenztruppen am 11. Januar 1990. Die Übergabe der chemischen Ausrüstungsgegenstände an Militär, Polizei und Einrichtungen des Zivilschutzes wurde erst am 7. Februar 1990 abgeschlossen. Ihr Wert wird mit 3 Mio. Mark angegeben.¹⁹ Insgesamt sind laut Auskunft aus den Beständen der MfS-Bezirksverwaltung und der Kreisdienststellen 6 817 Pistolen, 2 911 Maschinenpistolen und 211 sonstige Schützenwaffen übergeben worden.

Vom Regierungsbeauftragten Splett wird die Einsicht in die Übergabelisten der Waffen mit der Begründung abgelehnt, dass er die Notwendigkeit nicht sehe. Die Potsdamer Polizei misstraut den Angaben auch und fordert von ihm eine schriftliche Bestätigung dafür, dass alle Waffen des MfS aus dem Bezirk Potsdam übergeben worden seien. Ein Vertreter der Regierungskommission erklärt Mitte Februar 1990, dass Solllisten über Waffen des MfS nicht vorliegen. Deshalb könne nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob alle Waffen wirklich abgegeben worden seien. Die wiederholte Frage eines Mitglieds des Rates der Volkskontrolle nach Reizkampfstoffen bleibt ebenfalls unbeantwortet.

Ein Jahre später aufgefundenes Dokument der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung gibt Auskunft über die Zahl der von den Kreisämtern in die Bezirksverwaltung des MfS transportierten Waffen, Munition, Geräte und Mittel des chemischen Dienstes: 640 Pistolen, 468 Maschinenpistolen, 30 Panzerbüchsen, 428 Schlagstöcke, 87 Handfesseln, 48 Führungsketten, 73 Ferngläser, 7 260 Patronen 9,02, je Kreisamt 40 000 Patronen M 43 StK und 15 000 Patronen M 43 LS, 90 Granaten PG7, 300 Handgranaten, 854 Schutzbekleidungen komplett, 1 078 Einsatzfilter, 18 Dosimeterauswertgeräte, 2 930 Dosimeter, 15 Wasserfilterstationen I, 30 Objektwarngeräte/Messgeräte, 30 Kampfstoffanzeiger, 30 Tornisterentgiftungsgeräte, 60 Markierungssätze, 60 Beleuchtungssätze und 255 kg Chemikalien.²⁰

Der Vertreter der SPD fragt nach der »Verwaltung 2000«, die unter diesem Namen in den NVA-Objekten ansässig war. Er erfährt von Splett, dass es sich dabei um die Dienststellen der Militärabwehr des MfS gehandelt habe. Auch diese seien aufgelöst und entwaffnet worden.

Weitergehende Informationen über die Auflösung des MfS

Mitte Januar 1990 übergibt der Vertreter von Argus, Hartmut Schiemann, dem Regierungsbeauftragten Splett eine Reihe von Fragen zum MfS und seiner Auflösung, die er ihm nach zwei Wochen nochmals zuschickt. Da der Regierungsbeauftragte die Fragen nur unvollständig beantwortet, überreicht er ihm weitere 25 Fragen. Am 1. Februar gehen Splett und der Vertreter der Regierungskommission, Fremde, im Rat der Volkskontrolle darauf ein. Dem Sitzungsprotokoll können einige Antworten entnommen werden:

Die Schweigepflicht der ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit könne nur durch Gerichte bzw. durch die Militärstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit laufenden Ermittlungsverfahren aufgehoben werden. Alternativ wäre ein Beschluss der Volkskammer notwendig. Die Dienstausschüsse der Entlassenen würden ungültig gemacht und andere Personaldokumente würden wie Dienstausschüsse behandelt werden. Tarnunterlagen wie Doppelausschüsse und Scheinarbeitsverhältnisse hätte es nicht gegeben (Anmerkung der Autorinnen: Das stimmt nicht, dies gab es alles). Jede konspirative Tätigkeit sei seit dem 15. Januar 1990 verboten. Eine Entpflichtung der Inoffiziellen Mitarbeiter könne nicht erfolgen, da die früheren hauptamtlichen »Kontaktpersonen« entlassen seien. Eine Namensliste von allen Spitzeln liege vor, könne aber nicht eingesehen werden, da sie dem Datenschutz unterliege. Die Frage, ob in den Unterlagen des MfS Schriftstücke über »beabsichtigte Freiheitsberaubung und Deportation von Personengruppen« gesichert wurden, z. B. über Nichtwähler, Kirchgänger, Ausreiseantragsteller oder »Rosa Listen« von Homosexuellen, wird mit »nicht vorhanden« beantwortet. Das wird bezweifelt, kann aber nicht nachgewiesen werden.

Auf Nachfragen eines Mitglieds des Rates der Volkskontrolle erläutert ein Vertreter der Regierungskommission Anfang Februar 1990 die Aufgaben von Oberstleutnant Fremde in der Regierungskommission. Dieser habe Sachauskünfte in MfS-Angelegenheiten zu geben. Die Offenlegung der Strukturen des MfS ist jedoch nicht Aufgabe der Regierungskommission. Daher sei Fremde damit auch nicht befasst. Ebenso wenig seien die Verbindungsstrukturen zwischen dem MfS und der SED sowie den Kreis- und Bezirkseinsatzleitungen (siehe dazu Punkt 6.6.8 »Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften«) offen zu legen. Fremde besitze den Dienstausschuss des MfS und stehe in dessen Dienstverhältnis. Von der Schweigepflicht sei er nicht entbunden, diese beziehe sich aber nur auf den Personen- und Datenschutz.

6.6.7 Gefälschte Ergebnisse der Kommunalwahl 1989

Gleich zu Beginn der Tätigkeit des Bürgerbüros ist von Heizern der Stadtverwaltung Potsdam eine Meldung eingegangen, die die Mitglieder des Rates der

Volkskontrolle hellhörig werden lässt. Sie haben im Keller verkohlte Wahlunterlagen entdeckt. Der Rat der Volkskontrolle wendet sich sofort an den Oberbürgermeister, der daraufhin in der nächsten Sitzung mitteilt, dass die Räume versiegelt wurden und durch die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung stattfindet.

In einer der nächsten Sitzungen berichtet der Kreisstaatsanwalt, dass eine Arbeitsgruppe aus Stadtverordneten zum 2. Januar eine Anzeige wegen des Verdachts der Wahlfälschung der letzten Kommunalwahl angekündigt habe. Der Kreisstaatsanwalt informiert wiederholt über den Stand der Ermittlungen. Mitte Februar sei mit der Klageerhebung zu rechnen und am 11. April 1990 ist der Verhandlungstermin beim Kreisgericht Potsdam angesetzt. Angeklagt seien der ehemalige Oberbürgermeister Wilfried Seidel und andere. Ein weiterer habe sich das Leben genommen. Es ist Harry Klapproth, verantwortlicher Mitarbeiter für »Staatsfragen« bei der SED-Bezirksleitung.

Rückblick: Jugendliche eines autonomen Hauskreises, Mitglieder der Gruppe »Kontakte« und weitere Personen verfolgen am 7. Mai 1989 in 28 Wahllokalen Potsdams die Auszählung der abgegebenen Stimmen und vergleichen sie danach mit den veröffentlichten Ergebnissen. Da die Zahl der von ihnen festgestellten Nein-Stimmen größer ist, als die veröffentlichten, wenden sie sich – unter ihnen Detlef Kaminski und Pfarrer Hans Schalinski – an den Oberbürgermeister Wilfried Seidel. Der öffnet unter ihren Augen einen verschlossenen Umschlag mit den Ergebnissen aus einem von den Bürgern kontrollierten Wahllokal und stellt fest, dass die von den Bürgern vorgelegten Zahlen zutreffen. Damit liegt ein eindeutiger Beweis für eine nachträgliche Veränderung des Wahlergebnisses vor. Kurz darauf wird der Oberbürgermeister – ganz offensichtlich wegen dieser Handlung – von seiner Funktion als Oberbürgermeister entbunden. Die Bürger übergeben auch dem zuständigen Wahlausschuss bei der Stadtverwaltung die ermittelten Zahlen zum Nachweis der Unstimmigkeiten. Detlef Kaminski und Hartmut Mechtel bringen die Sache beim Generalstaatsanwalt zur Anzeige. Die verantwortlichen Mitglieder des Wahlausschusses erheben dennoch keinen Einspruch gegen die gefälschten Wahlergebnisse. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft teilt im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft nach etwa einem Monat mit, dass es zu keiner Wahlfälschung gekommen sei.

Am 1. November 1989, als in der Stadtverordnetenversammlung über die Wahlfälschung gesprochen wird, versucht der SED-Funktionär und Abgeordnete Heinz Vietze die Prüfung auf Wahlfälschung zu verhindern: »Ich muss sagen, dass ich es für eine Anstandspflicht als Kommunist halte, dass, wenn Mitglieder meiner Partei, der CDU, der LDPD, der NDPD, der DBD, des FDGB, der FDJ und parteilose Bürger in dieser Stadt das Wahlergebnis aller Wahllokale, aller Wahlkreise geprüft hat, jedes dieser Protokolle, die Unterschrift jedes einzelnen Mitgliedes dieser Wahlkommission trägt, ich es nicht in Anspruch nehmen will, diesen Bürgern das Misstrauen auszusprechen. Ich muss ehrlich sagen,

ich sehe mich nicht imstande, als Partei zu sagen, hier haben Bürger die Bürger dieser Stadt betrogen. [...] Ich weiß nicht, ob ausgerechnet Herr Schalinski, [...] der Gemeindepfarrer vom Schlaatz die wirklichen Zahlen hat. Ich muss sagen, ich stehe zur Arbeit der vielen tausend Bürger aller Parteien und vieler Parteilooser, die diesen Kommunalwahlen in der Aufgabenstellung in Wahlvorständen und Wahlkommissionen entsprochen haben. [...] Ich halte es für richtig, dass man solch bewegte Zeit, wie die gegenwärtige [...] nicht dazu nutzen [kann], auf jedem Gebiet einen Stand der Gesetzlosigkeit herbeizuführen. Wir sind in der DDR ein Rechtsstaat, wir haben eine Rechtsordnung und wir haben Gesetze, nach denen wir Bürger unsere Verpflichtung haben, unsere Aufgabe haben und unsere Rechte haben.«²¹ Als Detlef Kaminski das im Radio hört – die Tagung wird live übertragen – eilt er zur Versammlung, ergreift unerlaubt das Mikrofon und erklärt, dass es eine Lüge sei zu behaupten, die Ergebnisse der durch die Bürger zusammengetragenen Zahlen würden nicht stimmen. Es kommt vermutlich dennoch nicht zu einer offiziellen Untersuchung des Verdachts der Wahlfälschung. Kaminski startet deshalb am 1. Dezember einen neuen Anlauf und erstattet erneut Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Der Oberbürgermeister Seidel wird später doch noch zur Verantwortung gezogen.



»Willenskundgebung« der SED zu ihrem Fortbestand am 11. November 1989 am Jugendclubhaus »Drushba« in der Heinrich-Mann-Allee. Am Mikrofon der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam Heinz Vietze.

Foto: MAZ-Archiv/Michael Hübner

6.6.8 Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften

Zu regelmäßigen Berichterstattungen werden der Kreisstaatsanwalt Potsdam Horst Grünwald und der Militärstaatsanwalt Oberstleutnant Lamster eingeladen. Beide nehmen zu laufenden Verfahren wie Wahlfälschung, Amtsmissbrauch und Korruption Stellung. Außerdem werden sie aufgefordert, im Bürgerbüro eingegangene Bürgerhinweise zu bearbeiten sowie zu verschiedenen Fragestellungen Prüfungen vorzunehmen bzw. Ermittlungen einzuleiten.

Ein anderes Thema ist die Frage der Ahndung von Straftaten durch DDR-Institutionen bzw. einzelne Personen in deren Auftrag, die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 stehen. Dazu wird der Kreisstaatsanwalt um Auskunft gebeten. Er übermittelt wenig später die Antwort der durch ihn befragten Potsdamer Bezirksstaatsanwaltschaft. Sie lautet, es lägen ihr dazu keine Erkenntnisse vor.

Zusammenfassend stellt der Rat der Volkskontrolle in seinem Abschlussbericht fest, dass alle Fälle, die der Militärstaatsanwaltschaft übergeben worden sind (geheime Bunker, Aktenvernichtung und anderes), während der Zeit seiner Tätigkeit nicht aufgearbeitet worden sind und das auch nicht erwartet werden konnte. Er kommt zu dem Schluss, dass eine Prüfung dieser Fälle durch unabhängige Juristen unbedingt notwendig erscheint. Deshalb ist eine Vernichtung von MfS-Unterlagen zu verhindern.

Für Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Staatssicherheit ist ausschließlich der Militärstaatsanwalt zuständig. Da das Vertrauen in die Militärstaatsanwaltschaft noch geringer ist als in die Bezirks- und Kreisstaatsanwaltschaften, fordern die Mitglieder des Neuen Forum Anfang Januar 1990 diese Zuordnung aufzuheben. Der Rat der Volkskontrolle stimmt dem Antrag zu und übermittelt das Anliegen schriftlich dem Generalstaatsanwalt der DDR.

Kreisstaatsanwalt Grünwald berichtet am 31. Januar 1990 in der Stadtverordnetenversammlung über seine Tätigkeit im Rat der Volkskontrolle. Er ist »Berufener Bürger« in der ständigen Kommission »Ordnung und Sicherheit« der Stadtverordnetenversammlung.

Die Staatsanwälte bieten den Mitgliedern des Rates der Volkskontrolle in ihren Büros Einsicht in die von ihnen bearbeiteten Vorgänge an. Dieses Angebot wird von einigen Mitgliedern angenommen. Vom Kreisstaatsanwalt erfahren sie, dass es bei der Bezirksstaatsanwaltschaft eine besondere Abteilung für Ermittlungen gegen Inhaftierte in der MfS-Untersuchungshaftanstalt gab. Er erklärt, dass es auf der Ebene der Kreisstaatsanwälte keine Verbindungen gegeben habe.

Mitte Februar bittet der Kreisstaatsanwalt darum, dass die Bürger, die im Bürgerbüro ihre Anliegen vorbringen, ausführlich befragt werden. Er warnt in diesem Zusammenhang vor möglichen Verleumdungsklagen, die auf die Bürger zukommen könnten.

In Potsdam gab es eine geheim agierende »Kreiseinsatzleitung« und »Bezirkseinsatzleitung«. Sie wurden von den auf der jeweiligen Ebene zuständigen Leitern der MfS-Dienststellen, der Volkspolizei, des Rates des Kreises bzw. des Bezirkes, des Wehrkreiskommandos sowie den 1. Sekretären der SED-Kreisleitung bzw. Bezirksleitung gebildet. Die entsprechenden Akten befinden sich nach Aussage des Regierungsbeauftragten Splett beim Wehrkreiskommando, da es sich um Dokumente des ehemaligen Verteidigungsrates der DDR handele. Weil der Staatssekretär des Ministeriums des Innern festgelegt habe, dass die Regierungskommission nicht für die Auflösung der Einsatzleitungen zuständig sei, sei er auch nicht verantwortlich für diese Dokumente. Die Akten seien durch den Kreis- und Militärstaatsanwalt im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den letzten SED-Partei- und Regierungschef der DDR Erich Honecker und den ehemaligen Minister für Staatssicherheit Erich Mielke beschlagnahmt worden.

Die für den Bereich Potsdam-Land zuständige Kreisstaatsanwältin Krause bittet, vor dem Rat der Volkskontrolle berichten zu können. Anfang Februar 1990 gibt sie Auskunft über den Stand der Erledigung der Fälle aufgrund von Bürgerhinweisen. Sie teilt mit, dass sich die Staatsanwaltschaft vor allem mit der Rechtmäßigkeit von Grundstückszuweisungen und der Erteilung von Baugenehmigungen für Haus- und Bungalowbauten beschäftigt.

Am 1. Februar erscheint der 1. Stellvertreter des Kreisgerichtsdirektors. Der Rat der Volkskontrolle hat ihn eingeladen, weil die Rechtsberatungsstelle und die Rechtsantragsstelle des Gerichts ihre Arbeit eingestellt haben. Das geht von den dortigen Mitarbeitern aus. Sie wollen damit gegen die ihrer Meinung nach unzumutbaren räumlichen Bedingungen protestieren. Der Rat der Volkskontrolle setzt sich für eine schnelle Lösung des Problems ein. Als der Kreisgerichtsdirektor ankündigt, dass das Gericht in das ehemalige Amtsgericht einziehen soll, das bislang vom Staatssicherheitsdienst genutzt wurde, unterstützt der Rat der Volkskontrolle den Umzug ausdrücklich.

6.6.9 Verantwortlichkeit von SED und MfS

Hartmut Schiemann, als Vertreter der Gruppe Argus im Rat der Volkskontrolle, möchte erreichen, dass sich der Rat der Volkskontrolle intensiv mit der Verantwortung von SED und MfS für das begangene Unrecht in der DDR auseinandersetzt und dazu Beschlüsse fasst. In der Sitzung Mitte Januar 1990 legt er deshalb einen Briefentwurf vor, der an den Generalstaatsanwalt der DDR gesandt werden soll. Der Generalstaatsanwalt wird darin aufgefordert zu prüfen, ob das MfS als »kriminelle Vereinigung« eingestuft werden kann. Außerdem soll der Generalstaatsanwalt Entscheidungen treffen, die den fortbestehenden Einfluss der ehemaligen MfS-Mitarbeiter begrenzt. Nur drei Mitglieder des Ra-

tes der Volkskontrolle stimmen dem Entwurf zu, neun stimmen dagegen und vier enthalten sich der Stimme. Es wird die Überarbeitung des Schreibens durch ein »Redaktionskollektiv« beschlossen, für das sich Vertreter der SED-PDS, des DDR-Einheitsgewerkschaftsbundes FDGB, der Bauernvereinigung VdGB und ein Pfarrer aus der evangelischen Kirche melden. Außerdem soll der Kreisstaatsanwalt hinzugezogen werden. Die neuen politischen Bewegungen sind an dieser Gruppe nicht beteiligt. Ergebnis der Überarbeitung ist ein Brief an den Generalstaatsanwalt lediglich mit der Bitte, Ermittlungsverfahren bei Verdacht auf verfassungswidrige Tätigkeit gegen einzelne MfS-Mitarbeiter einzuleiten. Damit ist die Prüfung der Frage vom Tisch.

Der Generalstaatsanwalt teilt in seinem Antwortbrief vom 5. Februar mit, dass gegen den ehemaligen DDR-Minister für Staatssicherheit Erich Mielke und Partei- und Regierungschef Erich Honecker wegen Hochverrats ermittelt werde und dabei auch das flächendeckende Überwachungssystem des MfS einbezogen werde. Seit einigen Wochen seien auch gegen alle Leiter der MfS-Bezirksverwaltungen und gegen die Leiter der Überwachung des Brief- und Postverkehrs Ermittlungen wegen »Anmaßung staatlicher Befugnisse« bzw. wegen Verletzung des Briefgeheimnisses eingeleitet worden.

Über den Stand dieser Verfahren informiert der Militärstaatsanwalt den Rat der Volkskontrolle bei seinem ersten Termin am 21. Dezember 1989. Er bearbeite mehrere Prüfungsverfahren, so gegen den Potsdamer Leiter der MfS-Bezirksverwaltung, Generalmajor Schickart, und den ranghohen Leiter der Abteilung M (Postkontrolle), Oberstleutnant Werner Haensch, wegen der Verletzung des Briefgeheimnisses und des »verbrecherischen Diebstahls« von Wertgegenständen aus Postsendungen sowie der unerlaubten Urkundenvernichtung. Der Kreisstaatsanwalt bestätigt Mitte Januar, dass beide vorläufig festgenommen worden sind. In seiner vorletzten Sitzung erfährt der Rat der Volkskontrolle von der Einstellung aller Verfahren gegen die ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Er nimmt die Nachricht mit Erschrecken, Empörung und Unverständnis auf. Alles was er nun noch tun kann, ist, über die Presse die Bevölkerung zu informieren. In der Pressemitteilung in der *BNN (Brandenburgische Neueste Nachrichten)* vom 10. April 1990 heißt es: »Die bei der Militärstaatsanwaltschaft anhängigen Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, später AfNS, sind eingestellt. Begründung sind § 148 (1) 1 der Strafprozessordnung und § 13 Strafgesetzbuch. Es handelt sich danach um unverschuldeten Verbotsirrtum.«

Dieses Thema ist dem Rat der Volkskontrolle so wichtig, dass er auch in seinem Abschlussbericht darauf eingeht.

Anfang Februar 1990 bemüht sich der Vertreter von Argus ein weiteres Mal, eine Entscheidung des Rates der Volkskontrolle herbeizuführen. Er schlägt vor, eine Untersuchung der Frage nach verfassungswidriger Tätigkeit der SED zu

fordern. Wieder wird entschieden, dass der von ihm vorgelegte Antrag von Vertretern der PDS und der evangelischen Kirche mit Unterstützung des Kreisstaatsanwaltes überarbeitet werden solle. Der Antragsteller nimmt an der entsprechenden Beratung teil. In der nächsten Sitzung des Rates der Volkskontrolle wird das Ergebnis mitgeteilt. Im Sitzungsprotokoll steht, dass der Antrag zurückgezogen wird, »da moralische Verurteilung mit juristischen Kategorien nicht in Einklang zu bringen ist«. Das Protokoll ist vom Vertreter der evangelischen Kirche gefertigt; er war an der Überarbeitung des Antrags beteiligt.

Ein weiterer Versuch des Argus-Vertreters, die ehemalige Führung der SED wegen Verdachts des Amtsmissbrauchs durch den Rechtsausschuss der Volkskammer untersuchen zu lassen, wird im Rat der Volkskontrolle zerredet, so dass er daraufhin sein Ansinnen zurückzieht.

6.6.10 Rechtsextremismus

Kurz vor Weihnachten 1989 debattiert der Rat der Volkskontrolle darüber, ob er sich zum Problem des Rechtsextremismus äußern solle. Ein aktueller Anlass ist dem entsprechenden Protokoll nicht zu entnehmen. Ein Beschluss wird nicht gefasst. Offiziell gab es in der DDR keinen Rechtsextremismus. Über vorhandene Erscheinungen wurde in den staatlich kontrollierten Medien nicht berichtet. Mit Spitzeln, Zersetzungsmethoden und drastischen Haftstrafen versuchte das MfS dem auf konspirative Weise beizukommen. Als in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember 1989 in Ost-Berlin das sowjetische Ehrenmal zum Gedenken an die Kriegsgefallenen der Sowjetunion mit rechtsextremistischen Symbolen beschmiert wird, ruft ein Bündnis aus SED-PDS, dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft – wobei auch die letzteren vor allem noch SED-Mitglieder in ihren Reihen haben – sofort zu einer Kampfdemonstration auf. Dem Aufruf folgen am 3. Januar eine Viertel Million Menschen. Zur Urhebererschaft der Schmiere-reien ist nicht viel bekannt geworden. Spuren führen zu rechtsextremen Gruppierungen aus westlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

Zur gleichen Zeit teilt der Vertreter der SED-PDS im Rat der Volkskontrolle mit, dass seine Partei ein Schreiben mit Morddrohungen gegen Kommunisten und Sympathisanten mit der Unterschrift »NSDAP Potsdam« erhalten habe. Die Polizei nimmt das Thema ernst. Auch richtet sie ein Bürgertelefon ein. Die Leitung des MfS hatte sich schon im November Gedanken darüber gemacht, inwieweit die Bekämpfung des offener zu Tage tretenden Rechtsextremismus zur Begründung seiner weiteren Existenz herangezogen werden könne. Auch die Regierung hat zur Legitimierung ihres im Dezember gefassten Beschlusses, nach der Auflösung des MfS sofort einen Verfassungsschutz mit ehemaligen

MfS-Mitarbeitern einzurichten, vor allem auf die Gefährlichkeit des Rechts-extremismus hingewiesen.

Darauf, dass ganz offensichtlich rechtsextreme Tendenzen zur Begründung für die Bildung eines DDR-Verfassungsschutzes missbraucht werden, weist die Initiative neuer Gruppierungen und der SPD in ihrem Aufruf zu einer für den 15. Januar geplanten Demonstration gegen die Restauration der alten Kräfte am Karl-Liebknecht-Forum in Potsdam hin.

Es gibt damals in der Bevölkerung nicht wenige Zweifler: Diese so plötzlich von der selbst umbenannten SED gewählte Argumentationslinie konnte ebenso gut eine bewusst geschaffene Legende sein, der Deckmantel, unter dem das MfS auch in rechtsstaatlichen Verhältnissen weiter tätig sein und den Umwandlungsprozess behindern könnte.

6.7 Auflösung des Rates der Volkskontrolle

Nach seiner letzten Sitzung am 26. März 1990 schließt der Rat der Volkskontrolle sein Bürgerbüro am 27. März 1990. Er beendet seine Arbeit mit dem Abschlussbericht vom 26. April 1990. Er soll der am 6. Mai 1990 demokratisch zu wählenden Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam vorgelegt werden. Am 6. Mai 1990 findet die seit Gründung der DDR 1949 erste freie und geheime Kommunalwahl in Potsdam statt.

In seinem Abschlußbericht fordert der Rat der Volkskontrolle die neuen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung hoffnungsvoll auf, die begonnene Arbeit fortzuführen. Der Bericht wird in der ersten Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

Die politischen Verhältnisse in der DDR haben neue Konturen angenommen, dennoch geht die Entwicklung turbulent weiter und niemand ahnt, dass bereits am 3. Oktober desselben Jahres der Beitritt zur Bundesrepublik erfolgt und damit das Ende der DDR besiegelt ist.



Innenhof der Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt, ehemalige MfS-Untersuchungs-
haftanstalt Potsdam.
Foto: BStU Außenstelle Potsdam

7 Resümee

7.1 20 Jahre danach

Der Rat der Volkskontrolle ist von den neuen Gruppierungen wie Neues Forum und Argus sowie der SDP gegründet und auch geprägt worden. Aus diesem Grund genossen er und sein Bürgerbüro großes Vertrauen bei den Potsdamern. Dem stand das totale Misstrauen zu den bestehenden Institutionen gegenüber. War doch alles durchzogen vom Geist der SED-Ideologie mit seinem totalen Überwachungs- und Reglementierungsanspruch, der bis in die Wohnungen, bis in die Köpfe der Menschen hineinreichte.

Menschen, die in das Bürgerbüro kamen, wirkten am Prozess der Umgestaltung aktiv mit, trugen dazu bei, dass wesentliche der so genannten Organe der Diktatur aufgelöst worden sind, hatten endlich einen Ort, wo sie bis dahin verbotene Dinge aussprechen konnten, hofften aber auch auf die Lösung elementarer täglicher Probleme ihres Lebens. Im Mittelpunkt standen nicht die Banane oder das Auto, sondern das tiefgreifende Bedürfnis nach Demokratie. Das gezeigte Vertrauen der Bürger in den Rat der Volkskontrolle förderte wiederum sein öffentliches Ansehen und half damit bei der Durchsetzung seiner Anliegen. Der Rat der Volkskontrolle konnte Menschen auch bei der Lösung von persönlichen Problemen unterstützen.

Der eine Woche später, am 13. Dezember 1989, gebildete Runde Tisch der Stadt Potsdam erlangte nicht die Bedeutung des Rates der Volkskontrolle.

Die Mitglieder des Rates der Volkskontrolle kamen, von einigen Ausnahmen abgesehen, aus der zweiten oder hinteren Reihe der entsendenden Gruppen, Parteien oder Kirchen. Nur die Initiatoren waren durch ihre aktive Rolle in der friedlichen Revolution in Potsdam bekannt gewordene Personen. Die meisten wurden mit den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 Abgeordnete des Stadtparlaments und engagierten sich über die Zeit des Bürgerkomitees hinaus weiterhin in der Politik.

Das Gremium entwickelte keine grundlegenden neuen Ideen, wie die Gesellschaft in der Zukunft aussehen könnte. Es war vielmehr ein Gremium, das den Prozess der Demokratisierung einforderte und vorantrieb. Sein Bürgerbüro war eine Anlaufstelle für die Potsdamer, den Prozess aktiv zu begleiten.

Es behandelte in seinen Sitzungen viele Themen, die für die Zeit des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie charakteristisch waren. Allein schon durch seine bloße Existenz hat er Einfluss auf die politisch Handelnden des alten Systems ausgeübt. Die alten Kräfte mussten wissen, dass sie beobachtet werden und Amtsmissbrauch und Korruption über das Bürgerbüro bekannt werden können. Seine Legitimation kann an dem Leitgedanken »Wir sind das Volk« festgemacht werden; sie war getragen vom Willen weiter Teile der Bevölkerung. An

den ersten zehn Sitzungen des Rates der Volkskontrolle im Dezember 1989 und Januar 1990 nahmen Vertreter von ca. 18 Organisationen, Parteien und der evangelischen Kirche teil. Davon kamen neun aus den neuen Gruppen, der SDP und der evangelischen Kirche, die hier zu den progressiven Kräften gezählt wird. In den letzten zehn Sitzungen im Februar und März 1990 und einer außerordentlichen Sitzung sank die Zahl der mitwirkenden Gremien auf ca. 14, davon ca. sieben aus den neuen Gruppen, der SDP und der evangelischen Kirche. Damit entstand formal eine Parität der beiden Lager aus alten und neuen Kräften. Das schloss nicht aus, dass die Haltung einiger weniger Vertreter der alten Organisationen und Parteien ihrem Verhalten nach eher dem neuen Lager zugerechnet werden können. Andererseits gab es innerhalb des neuen Lagers einige, die ehemals Inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren (siehe unten).

Das Tempo, die Themenvielfalt, die Menge der gleichzeitig zu bewältigenden Aufgaben und die Schwierigkeit der Lösung der Probleme waren enorm. Es ist bemerkenswert, was damals dennoch geleistet worden ist. Das Bürgerkomitee verfügte weder über angemessene personelle noch institutionelle Kapazitäten. Außerdem stand es dem auf vielen Gebieten noch gut funktionierenden alten Machtsystem mit seinen komplexen Verflechtungen und Ausprägungen gegenüber, die nicht immer durchschaubar waren. Dessen Vertreter konnten an einer wirklichen Zusammenarbeit kaum interessiert sein. Eine wichtige Triebfeder der bislang Herrschenden, sich den Bürgerkomitees und Runden Tischen nicht zu verweigern, war ihre Furcht vor gewaltsamen Auseinandersetzungen und Streiks. Auch sorgten sie sich um den drohenden Macht- und Einflussverlust. Da schien ihnen das punktuelle Zusammengehen richtig zu sein. So stellten die Vorsitzenden der Räte der Kreise und Bürgermeister des Bezirkes Potsdam am 22. Dezember 1989 auf einer ihrer Zusammenkünfte fest, dass sie wegen ihrer Angst vor Gewalt die Runden Tische und die neuen Gruppen einbinden wollten. Manch einer mag so auch sein persönliches Fortkommen unter der Obhut eines künftigen demokratischen Rechtsstaates vorbereitet haben.

7.2 Was der Rat der Volkskontrolle nicht wusste

Was der Rat der Volkskontrolle damals nicht wusste, war die Tatsache, dass seine Arbeit durch mangelnde Kooperation der staatlichen Stellen und Institutionen nicht nur erkennbar erschwert, sondern durch ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter des MfS unterwandert worden war. Keiner von ihnen hat sich im Rat der Volkskontrolle offenbart.

Eine Recherche in den Unterlagen der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung zwanzig Jahre später ergab, dass sechs von den insgesamt 27 Teilnehmern, die

mindestens in je sechs Sitzungen des Rates anwesend und damit für die Arbeit prägend waren, als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS erfasst sind. Drei von ihnen saßen für die alten Parteien und Organisationen mit am Tisch. Einer mit dem Decknamen »Peter Funken«, der immerhin an 16 der insgesamt 21 Sitzungen teilnahm, hatte sich schriftlich verpflichtet und bis 1983 vier Jahre lang über Personen Berichte geschrieben²². Ein anderer mit dem Decknamen »Inti« hatte nach schriftlicher Verpflichtung zwei Jahre über Personen berichtet. Seine Akte war 1981 archiviert worden²³. Der Dritte arbeitete als »Harry Söhnker« 1965 bis 1973 für das MfS – vier Akten voll mit zum Teil handschriftlichen Berichten zu Personen und Sachverhalten sind aus dieser Zeit erhalten – und von 1988 bis Ende November 1989 als IM »Willmann«²⁴. Von zwei Teilnehmern aus dem Bereich der Kirche hatte sich einer mit dem Decknamen »Thomas Meier« schriftlich verpflichtet und von 1986 bis zum Oktober 1989 detaillierte Personenberichte geliefert²⁵. Über den anderen, dem der Deckname »Robert« zugeordnet werden konnte, fehlt der Teil I der IM-Unterlagen, der normalerweise die Werbungsphase enthält – sehr wahrscheinlich vernichtet –, weshalb weder zur Art der Werbung noch darüber, ob es überhaupt zu einer Verpflichtung gekommen war, eine Feststellung getroffen werden kann. Die vorhandene IM-Berichtsakte enthält vor allem vom MfS-Mitarbeiter niedergeschriebene Informationen von »Robert« zu kirchlichen Vorhaben und deren Auswertung sowie auch zu einigen Personen. Vom MfS-Mitarbeiter war in der Akte vermerkt worden, dass den schon vor der Anlage der IM-Akten an das MfS gegebenen Informationen des Kirchenmannes ein »hoher operativer Wert« zukomme. Das letzte dokumentierte Treffen fand im Februar 1989 statt²⁶. Ein weiteres Mitglied des Rates der Volkskontrolle und des Neuen Forum schaffte es 1990 sogar bis in den Brandenburger Landtag. Er hatte seine Zusammenarbeit mit dem MfS nicht offen gelegt und sein Fall wurde erst mit der Überprüfung der Mitglieder des Brandenburger Landtages bekannt, woraufhin er sein Mandat niederlegte. Anschließend erhielt er in einem Ministerium des Landes Brandenburg eine Anstellung, musste es aber nach kurzer Zeit wieder verlassen. Sein Deckname lautete »Walter«²⁷.

Von den übrigen 50 Vertretern, die jeweils weniger als sechs Mal an den Sitzungen des Rates teilnahmen, sind zu vier Personen IM-Erfassungen vorhanden: IM »Rudolf«²⁸, IM »Claudia«²⁹, IM »Herbert Simon«³⁰ und IM »Georg Richard«³¹. Außerdem war einer von ihnen bis 1983 für einige Jahre beim MfS beschäftigt gewesen³². Alle diese Personen waren den alten Parteien und Organisationen zuzurechnen.

Wie hoch soll die moralische Messlatte gelegt werden, wenn es um die Mitwirkung eines ehemaligen IM an der Auflösung des MfS geht? Da diese Personen fast alle nach wie vor den alten DDR-Machtstrukturen zuzuordnen waren, wohl eher hoch. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass vertrauliche

Informationen aus den Sitzungen des Rates der Volkskontrolle, aus Gesprächen am Rande und aus dem Bürgerbüro über diese Personen und ihre Informationskanäle schnell weitergeleitet worden sind. Das kann manches Bestreben des Rates der Volkskontrolle erschwert haben, konnte letztendlich aber die allgemeine Entwicklung nicht verhindern. Immerhin ist ein Teil der wesentlichen und weit in die Zukunft gerichteten Anliegen des Rates der Volkskontrolle dauerhaft verwirklicht worden.

Gotha, d. 27.01.58

Verpflichtung!

BStU
 000010

Ich, [redacted], geb. [redacted] 39. wohnhaft in [redacted], bestätige mich hiermit bereit, den Verdacht für Staatssicherheit in der Durchführung seiner Aufgaben bestmöglich zu unterstützen, indem ich jede mir aus Kenntnis gelungene Tätigkeit unseres Teilszenariums ohne Ansehen der Person oder Dienstgrad bereit bin ihm mitzuteilen. Weiterhin verpflichtete ich mich zu keinem dritten Person zu sprechen.

Ich bin mir bewusst, daß ich bei Nichterhaltung dieser Verpflichtung nach dem Gesetz des LDR bestraft werden kann.

Die von mir gemachten schriftlichen Mitteilungen werde ich mit dem Namen "Karlheinz Simon" unterzeichnen.

Karlheinz Simon

Verpflichtungserklärung eines Mitglieds des Rates der Volkskontrolle zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit in Gotha, Zusammenarbeit in Potsdam fortgeführt.
 Quelle: BStU, MFS, BV Pdm, AIM 19/73

Die Frage des Rates der Volkskontrolle, ob in den Unterlagen der Staatssicherheit Schriftstücke über beabsichtigte Freiheitsberaubung und »Deportation von Personengruppen« gesichert worden waren, wurde damals mit »nicht vorhanden« beantwortet. Die spätere Prüfung der Unterlagen ergab, dass Kriterien für die Entscheidung zur Überwachung von Menschen existierten. Es gab Listen zu den im Falle eines Ausnahmezustandes einzusperrende Personengruppen und Einzelpersonen. Die für die Lager benötigten Planungen und Gebäude waren vorbereitet. Die Lager hießen Isolierungslager. Auf den Listen stand »KZ« für Kennzeichnung.

7.3 Was bleibt

Verwirklichte Anliegen durch die Schaffung gesetzlicher Regelungen

Einige Grundanliegen, die auch vom Rat der Volkskontrolle in Potsdam verfolgt wurden, fanden über den Zentralen Runden Tisch in Ost-Berlin und die erste demokratische Regierung der DDR – teilweise erst unter weiterem Druck von Bürgern – Eingang in den Einigungsvertrag. Sie wurden nach der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 gesetzlich geregelt.

Vom Deutschen Bundestag wurden mehrere Gesetze zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern politischer Gewalt der SED-Diktatur erlassen, wie das 1992 in Kraft getretene Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz oder die kurz darauf folgenden Gesetze zur verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung. Um dem wirklichen Ausmaß der Verfolgung besser gerecht werden zu können, sollten sie weiterentwickelt werden.

Mit dem 3. Oktober 1990 wurde die Behörde des Sonderbeauftragten – des späteren Bundesbeauftragten – für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR gegründet. Auf der Grundlage des Gesetzes über die Unterlagen der Staatssicherheit vom 20. Dezember 1991 sind unter anderem das Auffinden und Aufbewahren von Akten, die Herausgabe- und Auskunftspflicht für verschiedene Zwecke sowie das Recht Betroffener auf Einsicht in die über sie geführten Akten geregelt worden.

In Potsdam wurde zeitgleich eine Außenstelle der Behörde eingerichtet. Sie übernahm die noch vorhandenen 4 700 laufenden Meter Akten, darunter 1,5 Millionen Karteikarten der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam und ihrer Kreisdienststellen. Allerdings stellte sich heraus, dass viele operative Materialien vernichtet worden waren. Es fehlen beispielsweise auffällig viele Akten von Inoffiziellen Mitarbeitern aus dem Bereich der Justiz und der Staatsanwaltschaft. Außerdem sind so gut wie keine Materialien der Abteilung Postüberwachung

oder über Oppositionelle aus den Jahren 1988/1989 vorhanden und nur sehr wenige Akten aus der MfS-Kreisdienststelle Potsdam. Zu diesen Lücken haben vor allem die Vernichtungsaktionen der Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung und der MfS-Kreisdienststellen geführt. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 10 bis 20 Prozent aller Unterlagen fehlen.

Die Unterlagen zu den in der Potsdamer Stadtverwaltung geführten Ausreisearträgen liegen heute im Stadtarchiv und können von den Betroffenen eingesehen werden. Wie Jahre später erst bekannt geworden war, gab es damals mehrfach Versuche von Seiten des Referates »Genehmigungswesen« der Stadtverwaltung, diesen Aktenbestand aus dem Archiv zu entfernen. Das konnte jedes Mal durch die Leitung des Archivs und mit der Unterstützung des Rates der Volkskontrolle verhindert werden.

Amtsmissbrauch ist im Gegensatz zum DDR-Recht ein Straftatbestand.

Verwirklichte Anliegen durch den Wechsel in die Marktwirtschaft

Der Rat der Volkskontrolle hatte so manches Wohnungsproblem gelöst, die Neuverteilung einiger Telefonanschlüsse bewirkt, so manche Machenschaft in diesem Bereich aufgedeckt bzw. verhindert. Das war wichtig und richtig.

Mit dem Wechsel in die freie Marktwirtschaft regelte sich ein Teil der Probleme durch Angebot und Nachfrage. Mit der staatlich kontrollierten und kanalisierten Zuweisung ist Schluss. Das betrifft z. B. das Mieten oder Kaufen von Wohnungen und Häusern. Es muss auch niemand mehr eine Gemeinschaftstoilette auf dem Hof oder im Hausflur eines Mietshauses hinnehmen oder Schüsseln in der Wohnung aufstellen, weil es durchregnet, weil Handwerker nicht kommen und Materialkontingente längst ausgeschöpft sind. Die Marktwirtschaft sorgt dafür, dass der Wunsch nach einem Telefonanschluss oder einem Auto nicht mehr schwer oder in einem durchschnittlichen Menschenleben gar nicht erfüllbar ist. Es muss auch nicht mehr nur ein »Trabant« sein.

Dasselbe gilt für die so genannte Versorgung mit bestimmten Lebensmitteln wie Fisch, Obst und Gemüse sowie allen anderen materiellen Gütern. Es sei daran erinnert, dass bestimmte medizinische Hilfsmittel wie beispielsweise Brillengläser nicht zu bekommen waren, da half auch kein ärztliches Rezept.

Nur teilweise oder nicht verwirklichte Anliegen

Dennoch haben nicht alle Ziele des Rates der Volkskontrolle und nicht alle in seinem Bürgerbüro artikulierten Anliegen der Potsdamer Bevölkerung seinen Niederschlag in der späteren Realität gefunden. Auch zwanzig Jahre nach der

friedlichen Revolution im Herbst 1989 und der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 sind wesentliche Anliegen nur in Teilen oder nicht verwirklicht worden.

Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen sind diejenigen, die andere im Namen und zum vermeintlichen Schutz der Deutschen Demokratischen Republik umgebracht haben, ihrer Gesundheit, ihres freien Denkens und ihrer Vermögenswerte beraubten, sie überwachten und kontrollierten, ihre freie Lebensentfaltung unterdrückten, nicht zur Verantwortung gezogen worden. Zwar hat die Gesellschaft – und das auch zu Recht – viel über die IM des MfS diskutiert, ihre Spitzel und Denunzianten. Doch eher selten gerieten die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit und anderer in diesem System, also die eigentlichen Verantwortlichen, die Macher, in das Visier einer wenigstens mahnenden Öffentlichkeit. Diese Hauptamtlichen des MfS z. B. waren doch bestenfalls als Zeugen zu sehen oder zu hören, um die Richtigkeit von Angaben von vermuteten IM zu bestätigen oder zu dementieren. Das gilt ebenso für viele SED-Führungskräfte, in deren Auftrag das MfS tätig war.

Eines der grundlegenden Anliegen der Bürger war, dass ehemalige MfS-Mitarbeiter und SED-Funktionäre künftig nicht in hohen Ämtern tätig sein sollten. Damit war nicht gemeint, dass man ihnen nicht Erfolge in der freien Marktwirtschaft gegönnt hätte. Nein, sie sollten aber nicht wieder in Funktionen staatlichen oder maßgeblichen gesellschaftlichen Handelns geraten können.

Potsdamer Bürger hatten damals im Bürgerbüro vorgeschlagen, sich für eine Aussöhnung von Opfern und Tätern einzusetzen. Das Bedürfnis nach Aussöhnung ist in den 90er Jahren mehrfach und von verschiedenen Seiten laut geworden. Leider aber fast ausnahmslos von Seiten Betroffener oder ihrer Vertreter. Letztendlich kam sie nicht zustande. Die maßgeblichen Akteure der DDR-Diktatur waren dazu nicht bereit. Einem gemeinsamen gesellschaftlichen Neuanfang hätte das sicher gut getan.

Der Rat der Volkskontrolle ließ sich von Mitgliedern der DDR-Parteien über deren Einkünfte und Vermögen informieren. Man war misstrauisch gegenüber dem Besitz der Parteien.

Auf der Grundlage eines Gesetzes der Volkskammer wurde unter Ministerpräsident de Maizière eine »Unabhängige Kommission zur Ermittlung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (UKPV) eingerichtet, die bis ins Jahr 2006 arbeitete. Bis zu diesem Zeitpunkt spürte die Kommission 1,6 Milliarden Euro auf. Den größten Anteil machten Gelder der SED und des FDGB aus. Ob die entdeckte Summe einen großen oder nur geringen Teil der verschobenen Gelder darstellt, ist nicht genau bekannt. Die aufgefundenen Gelder werden zunächst unter die Verwaltung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) gestellt. In Abständen erhalten die neuen Bundesländer das Geld nach einem Verteilungsschlüssel.

BÜRGER KOMMT!

Setzen wir der
Demokratie
ein
Zeichen!
Die Freiheitslinde
möge wachsen,
so wie am Anfang
jeder Demokratie
freie Wahlen
stehen.

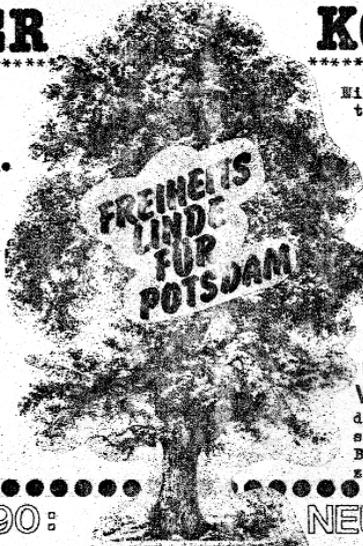
**Sa
17. März
am
Marshall
16⁰⁰**

**FREIHEITS
LINDE
FÜR
POTSJAM**

Ein Baum für Genera-
tionen! Ein Zeichen
auch für alle Nach-
geborenen. Hoffnung
auch bei der
älteren
Generation, daraus
werden bei der
Baumpflanz-Aktion
zu uns sprechen:
Christiane
Richter,
Irene Kwaschik,
Rosenarie Stappen-
beck.

**UND WENN ICH
WÜSSTE, daß morgen
die Welt unterginge,
so würde ich ein
Bäumchen heute pflan-
zen. (nach M. Luther)**

BÜNDNIS '90: NEUES FORUM



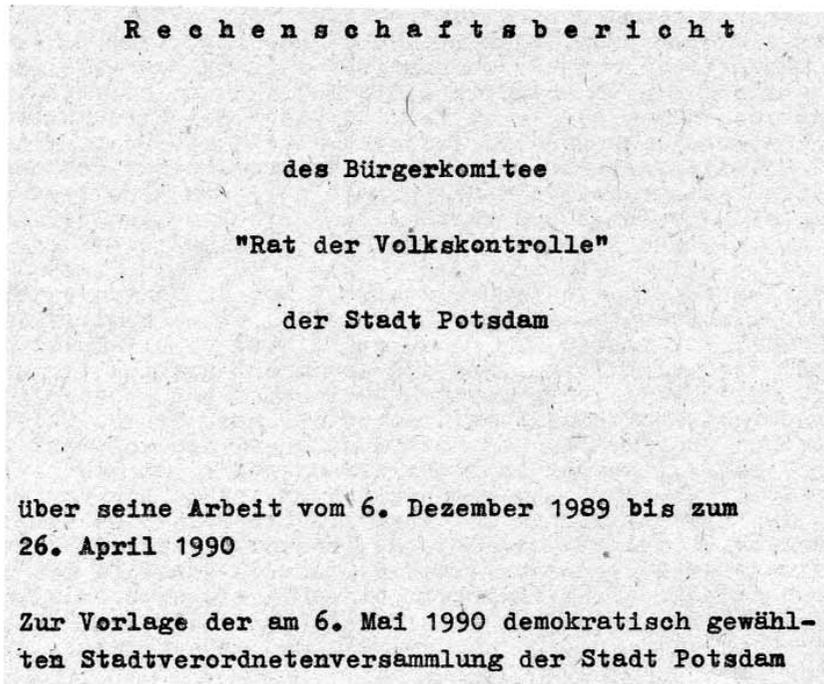
Aufruf des Neuen Forum zum Pflanzen einer Freiheitslinde.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution der Deutschen in der damaligen DDR bleibt bei aller Unvollkommenheit etwas Entscheidendes: Es bleibt die von vielen Menschen einer Zivilgesellschaft – darunter einigen sehr mutigen – errungene Freiheit und das Recht, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, eines der höchsten Güter, die der Mensch besitzt.

8 Dokumente

Dokument 1

Rechenschaftsbericht des Bürgerkomitees Rat der Volkskontrolle
der Stadt Potsdam vom 26. April 1990



Das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam entstand zu einer Zeit, als das durch die friedliche Revolution im Herbst 1989 erzeugte Macht-, Vertrauens- und Kompetenzvakuum die Handlungsfähigkeit der örtlichen Staatsorgane derart lähmte, daß die Lebensfähigkeit der Stadt Potsdam ernsthaft gefährdet war. Die nun auch für jeden Bürger Potsdams offenkundig gewordenen Fälschungen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 im Wahlkreis Potsdam durch Vertreter des Staats- und SED-Parteiparates hatten zudem dazu geführt, daß die Legitimation der Stadtverordnetenversammlung von vielen Bürgern nicht mehr anerkannt wurde.

Nach Aufforderung durch den Provisorischen Sprecherrat des NEUEN FORUM Potsdam fand am 5. Dezember 10 Uhr ein Gespräch mit Oberbürgermeister Bille statt, in dem es um den Schutz von Gebäuden, Sachwerten und Belegen des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) vor bevorstehenden möglichen Eskalationen ging. Obwohl der Oberbürgermeister nur zögernd die notwendige Einsicht zeigte, kam es ab Mittag des gleichen Tages in Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei und der Staatsanwaltschaft zu Kontrollen des Objektes Hegelallee und später zu dessen Begehung durch ca 100 Potsdamer Bürger. An diesem Nachmittag wurde auf Initiative des NEUEN FORUM (Kaminski, Kruczek) unter Teilnahme des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam, Herrn Tschoppe, Oberbürgermeister Bille, Kreisstaatsanwalt Grünwald, Stadtrat Müller, Herrn Speer (SPD) und Frau Jahnke (ABI) die Bildung des Rates der Volkskontrolle der Stadt Potsdam beschlossen.

Die Teilnehmer der konstituierenden Beratung am 6. Dezember 1989 erkannten die Notwendigkeit, die Hauptaufgabe des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" darin zu sehen, daß Maßnahmen getroffen werden, die in der aktuellen Situation geeignet sind, den Schutz von Sachwerten, Dokumenten und anderem Schriftgut zu gewährleisten, um die Durchführung krimineller Machenschaften und die Verdunkelung ebensolcher Absichten durch die Vernichtung von Schrift- und Archivgut zum Zwecke der Verfolgung solcher Handlungen zu verhindern. Eine weitere Aufgabe wurde darin gesehen, gemeinsam mit der Bevölkerung und allen gesellschaftlichen Kräften Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionen der Stadt und zur Sicherung eines normalen Alltagslebens und der Versorgung der Bürger zu treffen.

Seit dem 8. Dezember 1989 wurde ein ständiges Kontaktbüro des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" im Gebäude des Rates der Stadt Potsdam eingerichtet, welches in den ersten 14 Tagen täglich, später nur werktags durch die Mitglieder des Bürgerkomitee besetzt war. Über dieses Büro wurden Hinweise aus der Bevölkerung entgegengenommen, die dazu dienten, Verschleierungen der SED, Aktivitäten der ehemaligen Staatssicherheit, auftretende Ängste und Nöte der Bevölkerung sofort aufzudecken und zur Entscheidungsfindung und Einschätzung der Situation heranzuziehen. Insgesamt wurden 566 Hinweise bis zum 27. März 1990 registriert, wobei zivilrechtliche Fragestellungen den größten Raum einnahmen. Der überwiegende Teil der Bürger wandte sich deshalb an das Bürgerkomitee, weil ihre Anliegen bisher auf die Schranken der Bürokratie, des Formalismus und des unzureichenden Verständnisses der Verantwortlichen stießen. Leider mußten wir auch feststellen, wie entmündigend, teilweise auch krankmachend, die Zeit des Sozialismus auf die Bürger gewirkt hatte.

Im Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam wirkten folgende Parteien, Bewegungen sowie kirchliche Gruppen aus der Stadt Potsdam gleichberechtigt mit:

Aktion katholischer Christen,
Antifa-Gruppe,
ARGUS (Grüne Liga),
CDU,
DEMOKRATIE JETZT,
DBD,
DFD,
evangelische Kirche (Kreiskirchenrat Potsdam),
FDJ,
FDGB,
KONTAKTE-Gruppe,
Kulturbund,
LDFD/LDP/BFD,
NDPD,
NEUES FORUM,
Ökumenischer Kreis "Arche",
SED/PDS,
SDF/SPD,
Verband der Berufssoldaten (VBS),
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und
die Vereinigte Linke.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Mitglieder des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam sich mit großem persönlichem Engagement für die Interessen der Bürger der Stadt einsetzten. Vom Rat der Stadt wurde die Arbeit des Bürgerkomitee nur minimal unterstützt. Obwohl der Oberbürgermeister anfangs großen Wert auf eine Mitgliedschaft im Bürgerkomitee legte, nahmen er oder seine Stellvertreter ab Februar 1990 nur noch sporadisch bzw. gar nicht mehr an den Beratungen des Bürgerkomitee teil.

Die öffentliche Kontrolle der Auflösung der Dienststellen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit machte sich das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" zu seiner vordringlichsten Aufgabe. Dazu dienten neben der ständigen Rechenschaftsforderung von der durch die Regierung Modrow eingesetzten Kommission unter Leitung von Herrn Splett die Aufdeckung von konspirativen Wohnungen, etwaigen Aktivitäten ehemaliger Angehöriger des MfS und vor allem von Strukturen und Verflechtungen zwischen Staats-, Partei- und Sicherheitsapparat. Unter anderem bei einer Anhörung von Leitern der Post- und Zolldienststellen aus Potsdam wurde deutlich, wie ohnmächtig man dem Ministerium für Staatssicherheit ausgeliefert gewesen war. Es wurde aber auch deutlich, daß die ganze Tragweite dieser Verflechtungen zum jetzigen Zeitpunkt noch in keiner Weise abzusehen ist und daher eine Vernichtung etwaiger Beweismittel nicht erfolgen darf. Nur unter massivem Druck und im Ergebnis gezieltem Fragens konnten wichtige Informationen außerhalb des Zwischenberichtes vom 19.12.1989 über die Tätigkeit der Regierungskommission dem Bürgerkomitee und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So erreichte das Bürgerkomitee am 21.12.1989 das Einverständnis der Existenz eines Ministerratsteschlusses zur Gewährung von hohen Übergangs- und Überbrückungsgeldern an die ehemaligen Angehörigen des MfS. Durch die Veröffentlichung der vom

Bürgerkomitee mehrheitlich angenommenen Verurteilung dieses Ministerratsbeschlusses konnte die Bevölkerung der DDR entsprechend informiert werden, was letztlich zur Aufhebung dieses Beschlusses vom 18.12.1989 führte.

Die Zusammenarbeit mit der Militärstaatsanwaltschaft, die für die strafrechtliche Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen MfS zuständig ist, gestaltete sich schwierig. Nach anfänglichem hartem Durchgreifen des Militärstaatsanwaltes wurden alle Verfahren wegen "unverschuldetem Verbotsirrtum" fallengelassen und eingestellt. Damit ist das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" keineswegs einverstanden und fordert alle Politiker auf, sich dafür einzusetzen, daß diese Entscheidungen rückgängig gemacht werden. Wir empfehlen weiterhin der Stadtverordnetenversammlung, einen Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft zu dieser Problematik zu hören, sowie vom Komitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, Arbeitstab Potsdam, Rechenschaft über seine Tätigkeit zu fordern. Aus dem Kontaktbüro wurden insgesamt 21 Fälle an die Militärstaatsanwaltschaft, dagegen 79 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Allein 17 Anzeigen brachten das Mißtrauen gegenüber Parteifunktionären der Kreis- und Bezirksleitung der SED, Bürgermeistern in den Gemeinden, Stadträten von Potsdam und Funktionären des Rates des Bezirkes zum Ausdruck. Fast immer ging es dabei um die Aneignung von Häusern, Grundstücken und Bungalows. In keinem Falle wurde eine Anklage erhoben, denn den Strafbestand "Amtsmißbrauch" gibt es seit 1968 im Strafgesetzbuch nicht mehr. Hat zum Beispiel ein Funktionär dank seiner Stellung das von ihm bewohnte Haus von der KWV mit allem Komfort ausstatten lassen, so ist das keine Straftat, denn das Haus gehört nach wie vor der KWV. Gesellschaftlicher Schaden kann somit nicht nachgewiesen werden. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die 24 Hinweise zu Unrechtmäßigkeiten und Kompetenzüberschreitungen von Betriebsleitungen. So zeigte sich zum Beispiel am Fall der Denkmalpflege, wie Fachkompetenz sich der Macht der SED zu beugen hatte und wie schwierig es bis heute ist, vorhandene Mißstände aufzuhellen und den Schaden konkret nachzuweisen. Überprüft werden müssen Rechnungen für die keine denkmalpflegerische Leistungen erbracht wurden sowie die Berechtigung für Aufnahme von Objekten in die Denkmalpflege.

Mit der Konstituierung des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" wurde eine Sicherheitspartnerschaft mit der Deutschen Volkspolizei, vertreten durch Oberstleutnant Adam, Leiter des VPKA Potsdam, geschaffen, die sich in den 5 Monaten gut bewährt hat. Aus dem Kontaktbüro wurden 92 Hinweise an die VP weitergeleitet.

Im Nachhinein muß man feststellen, daß das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" schon zu einer Zeit wirksam arbeitete, als an Runde Tische noch nicht zu denken war. So wurden in den ersten Wochen auch Fragen der Versorgung der Bevölkerung, des Einsatzes von Bausoldaten, des Abbaues von Grenzanlagen oder der Wiedereingliederung von Amnestierten behandelt. Nach der Etablierung des Runden Tisches konzentrierte sich das Bürgerkomitee vor allem auf die Aufarbeitung der Vergangenheit. So wurden die Berichte über die Parteifinanzen der SED/PDS, LDPD, DBD, CDU und NDPD auf

Stadt- und Kreisebene entgegengenommen.
Ein wichtiger Schwerpunkt war die Kontrolle der Sicherung von Schrift- und Archivgut in der ehemaligen Bezirksleitung der SED und im Rat der Stadt.

Dem Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" wurde durch seine Tätigkeit schnell deutlich, was für eine Hilflosigkeit und Lähmung im Rat der Stadt eingetreten war. Seinen Höhepunkt erreichte die Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane im Skandal um die geplante Werbevermarktung der Stadt Potsdam durch die Kölner Firma Stroer. Gravierende Mißstände offenbarten sich im Ratsbereich Wohnungspolitik, in dessen Zuständigkeitsbereich auch die meisten der im Kontaktbüro abgegebenen Hinweise fielen. Alle diese Hinweise wurden registriert und an den Ratsbereich Wohnungspolitik weitergeleitet, sowie die Bearbeitung dieser Hinweise kontrolliert. Vor allem zu Beginn des Jahres wurden die Bearbeitungsfristen für Eingaben der Bürger in diesem Ratsbereich um Wochen überzogen. Auch im Zusammenhang mit dem nachgeordnetem Betrieb VEB Gebäudewirtschaft Potsdam traten Willkür und undemokratisches Verhalten offen zu tage. Dort wurden vor allem durch die Fachdirektoren Kompetenzanmaßung und bürgerfernes Verhalten deutlich, zum Beispiel beim Verkauf bzw. Nichtverkauf von staatlichen Ein- und Zweifamilienhäusern in der Stadt Potsdam. So wurde z. B. der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Kommission im Fall Bücklinstraße 4 von der GWP nur ein Antrag vorgelegt, obwohl zwischen zwei berechtigten Anträgen hätte entschieden werden müssen. Durch Hinweise im Kontaktbüro wurde der Fall sichtbar und die Manipulation konnte verhindert und rückgängig gemacht werden. Bis März waren ca 450 berechtigten, auf Kauf von staatlichen Ein- und Zweifamilienhäusern gerichteten Anträgen etwa 30 durch die Gebäudewirtschaft realisiert worden. Wir müssen einschätzen, daß das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" eine ehrliche und wahrheitsgemäße Offenlegung der Fakten und Sachverhalte im Rechtsverkehr dieses Betriebes nicht erreichen konnte. Wir bitten deshalb die Stadtverordnetenversammlung, für diesen kommunalen Betrieb im Interesse aller Bürger eine strikte parlamentarische Kontrolle zu organisieren. Wir ersuchen weiterhin das Stadtparlament, dafür zu sorgen, daß fähige und kompetente Stadträte im Interesse aller Bürger in Zukunft ins Rathaus ziehen.

Die ständige Gewährleistung der Öffentlichkeit war ein wichtiges Kriterium der Arbeit des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle", das vor allem zu Beginn seiner Tätigkeit auf eine gute Zusammenarbeit mit den Medien zurückblicken kann.

Ebenfalls darf die personelle und sachkompetente Unterstützung des Bürgerkomitee durch das Komitee für Volkskontrolle (ABI) nicht unerwähnt bleiben. So kam es z. B. bei der Herstellung der Transparenz und Kontrollfähigkeit der Entscheidungen zur Vergabe von Telefonanschlüssen ab Januar 1990 bzw. die Rückgabe von ca 300 Wohnungsanschlüssen des ehemaligen MfS und der SED sowie von Zweitanschlüssen in Bungalows zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Bürgerkomitee und ehemaliger ABI.

Mit seiner 20. Sitzung am 26. April 1990 beendet das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam seine Tätigkeit. Alle Unterlagen wurden dem Stadtarchiv zugeführt. Einige wenige Probleme, die noch nicht einer endgültigen Klärung zugeführt

werden konnten, werden soweit möglich, von den bisherigen Mitgliedern des Bürgerkomitee noch weiter verfolgt. Vielfach handelt es sich auch um Probleme, die aufgrund ihrer Komplexität und ihrer Kompliziertheit, wie z. B. Rehabilitationen, noch nicht gelöst werden konnten.

Die Untersuchungen des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam haben in vielfältiger Weise gezeigt, daß bürgerliche Grundrechte permanent verletzt und privilegierte Stellungen häufig zu eigenem Vorteil genutzt wurden, ohne daß die Verantwortlichen aufgrund der Situation in Justiz und Gesetzlichkeit bisher zur Verantwortung gezogen werden konnten. Das macht politische Lösungen dringend erforderlich, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen hergestellt und vor künftigen Mißbrauch verlässlich geschützt werden.

In diesem Sinn übergibt das Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam der neuen Stadtverordnetenversammlung den Bericht über seine Tätigkeit mit der Mahnung, den Geist des Herbstes 1989 in Erinnerung zu behalten, denn

W i r s i n d d a s V o l k !

Die Mitglieder

des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam

Die verschiedenen Parteien, Bewegungen und Gruppen wurden vor allem durch folgende Potsdamer Bürger im Bürgerkomitee vertreten. (Das Datum hinter der Bezeichnung der Gruppierung gibt an, daß die Mitarbeit im Bürgerkomitee zu diesem Termin vorzeitig eingestellt wurde.)

<u>Aktion katholischer Christen</u>	Scholtisek, Peter Lukaj, Peter
<u>Antifa-Gruppe</u> (Januar 90)	Martin, Stefan
<u>ARGUS</u> (Grüne Liga)	Rüdiger, Gisela Schiemann, Hartmut
<u>CDU</u>	Rühle, Max-Detlef Matschke, Winfried
<u>DEMOKRATIE JETZT</u> (Januar 90)	Lorenz, Carolin Kükken, L.
<u>DEB</u>	Plonka, Eugenius Tietze, Karl-Heinz
<u>DFD</u>	Hänel, Roswitha Laake, Ilona
<u>evangelische Kirche</u> (Kreiskirchenrat Potsdam)	Beuchel, Dietmar Lehmpful, Werner
<u>FDJ</u> (Januar 90)	Schulze, B.
<u>FDGB</u>	Zillmann, Gerd
<u>KONTAKTE-Gruppe</u>	Lehmann, Bernd Mauer, Wolfgang
<u>Kulturbund</u>	Nitsche, Juliane Schulz, Cathrin Richter, Sylke
<u>LDPD / LDP / BFD</u>	Palme, Jürgen Lehr-Eigen, Christian Mutscher
<u>NDPD</u> (März 90)	Bergemann, Klaus Bertram, Bernd
<u>NEUES FORUM</u>	Kaminski, Detlef Dr. Reuter, Bernd Kruczek, Manfred Fietzke, Karsten Würfel, Ralph

Ökumenischer Kreis "ARCHE"

Dr. Falk, Reinhard
Eisensee, Michael

SED / PDS

Dr. Ruppert, Wilfried
Dr. Zengerling, Dietmar

BDP / SPD

Dressler, Bernhard
Grauer, Christian

Verband der Berufssoldaten
(VBS)

Nitsche, Jürgen

VdgB (März 90)

Herbst, Detlef

Vereinigte Linke (Februar 90)

Mückenberger, Joachim
Wiedenhöft, Peter

Weiterhin arbeiteten

Oberstleutnant Adam,
Leiter des VPKA Potsdam

und

Jahnke, Ute (Komitee für
Volkskontrolle, vorm. ABI)

konstruktiv, aber ohne Stimme bei Abstimmungen, mit.

Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen des Bürgerkomitee

Arbeitsgruppe A: Staatsanwalt

Diese Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertretern der LDPD, SPD, und ARGUS (Grüne Liga) zusammen. 79 Hinweise von Bürgern wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Allein 17 Anzeigen brachten das Mißtrauen gegenüber Parteifunktionären der Kreis- und Bezirksleitung der SED, Bürgermeistern in den Gemeinden, Stadträten von Potsdam und Funktionären des Rates des Bezirkes zum Ausdruck. Fast immer ging es dabei um die Aneignung von Häusern, Grundstücken und Bungalows. Eingeleitet wurden 2 Ordnungstraftverfahren und 2 Anzeigen werden noch geprüft. In keinem Falle wurde eine Anklage erhoben, denn den Strafbestand "Amtsmißbrauch" gibt es seit 1968 im Strafgesetzbuch nicht mehr. Hat zum Beispiel ein Funktionär dank seiner Stellung das von ihm bewohnte Haus von der KWV mit allem Komfort ausstatten lassen, so ist das keine Straftat, denn das Haus gehört nach wie vor der KWV. Gesellschaftlicher Schaden kann somit nicht nachgewiesen werden. Es muß in Zukunft verhindert werden, daß Informationen und Beziehungen von Amtsträgern zum eigenem Vorteil genutzt werden können. Hier muß öffentliche Kontrolle erfolgen, auch durch die Stadtverordneten.

Ganz unbefriedigend ist der Fall Schlaak. Der der Familie im März 1989 zugewiesene Wohnraum umfaßt 6 Zimmer, 2 Küchen und 2 Innen-WC in einem Haus in Babelsberg. Bis August wurde dieses Haus durch 2 Mietparteien bewohnt. Oberbürgermeister Bille wurde vom Staatsanwalt darauf hingewiesen, durch eine entsprechende Entscheidung diesen Zustand zu beenden, da die Zuweisung zu diesem Wohnhaus im Zusammenhang mit der ehemaligen Parteiführung zu sehen ist. Der Familie Schlaak wurde vom Rat der Stadt entsprechender anderer Wohnraum angeboten. Ein Umzug wurde von Herrn Schlaak mit dem Hinweis auf "eventuellen örtlichen Wohnwechsel" abgelehnt.

Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die 24 Hinweise zu Unrechtmäßigkeiten und Kompetenzüberschreitungen von Betriebsleitungen. Davon 12 zu Finanz- und Statistikmanipulationen. 17 haben sich nicht bestätigt, 4 Vorgänge sind noch nicht abgeschlossen, einige sind an Ausschüsse weitergeleitet, um in einem Fall ist Anklage vorgesehen.

Die Ermittlungen im Fall der Denkmalpflege laufen noch. In dieser Sache wird deutlich, wie Fachkompetenz sich der Macht der SED zu beugen hatte und wie schwierig es bis heute ist, vorhandene Mißstände aufzuhellen und den Schaden konkret nachzuweisen. Überprüft werden müssen Rechnungen, für die keine denkmalpflegerische Leistungen erbracht wurden sowie die Berechtigung für Aufnahme von Objekten in die Denkmalpflege.

In 16 Fällen forderten Bürger Wiedergutmachung oder Untersuchung von Vorkommnissen, die ihnen durch das MfS oder die Staatsmacht zu Unrecht angelastet wurden. Da ein Rehabilitationsgesetz noch aussteht, werden diese Anzeigen angearbeitet und nach Berlin zur Generalstaatsanwaltschaft der DDR weitergeleitet. Einige Fälle konnten sofort gelöst werden.

Arbeitsgruppe B: Militärstaatsanwalt

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertretern des VdgB, der NDFD, der Vereinigten Linken und des NEUEN FORUM zusammen. Zwei Termine mit dem zuständigen Militärstaatsanwalt Oberstleutnant Lamster konnten jeweils am 29.01.1990 und am 08.02.1990 mit Herrn Herbst (VdgB) und Herrn Kruczek (NEUES FORUM) stattfinden. In weiteren Zusammenkünften kam es dann wegen Krankheit des Militärstaatsanwaltes bzw. Niederlegung der Arbeit im Bürgerkomitee der anderen Teilnehmer nicht mehr.

Insgesamt wurden 21 Fälle aus dem Kontaktbüro an die Militärstaatsanwaltschaft weitergeleitet. Einige dieser Fälle wurden von dieser an andere Staatsanwaltschaften weitergeleitet. 13 Fälle wurden bearbeitet. Die Antwort des Militärstaatsanwaltes zu einem ehemaligen Bunker des MfS am Schlänitzsee (Nr. 449 und 476 muß nach vorliegenden Presseberichten angezweifelt werden. Die Unterlagen der Arbeitsgruppe wurden im Kontaktbüro abgeholt und sind nun im Stadtarchiv einsehbar.

Man muß aber nochmals betonen, daß eine Prüfung der Fälle dieser Arbeitsgruppe durch unabhängige Juristen unbedingt notwendig erscheint. Daher ist eine Vernichtung von MfS-Unterlagen für den Frieden in diesem Land absolut auszuschließen.

Manfred Kruczek (NEUES FORUM)
26.04.1990

Arbeitsgruppe C: Volkspolizei

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertretern des Kulturbundes, des Verbandes der Berufssoldaten und der DED zusammen. Die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe innerhalb des Rates für Volkskontrolle wurde erforderlich, um die umfangreich eingegangenen Informationen von Bürgern im Kontaktbüro zu analysieren und zu sichern, daß alle entsprechenden Fakten der VP zugeleitet wurden und die Bürger eine Antwort erhalten.

Mit Beginn der Tätigkeit des Rates der Volkskontrolle war die VP um die Entwicklung einer stabilen Sicherheitspartnerschaft zu den Parteien und Organisationen bemüht.

Der Leiter des VPKA - Oberstleutnant Adam - war ständiger Gast und kooperativer Partner für den Rat der Volkskontrolle. Besonders in der schwierigen Zeit Dezember 1989 und Januar 1990 hatte diese direkte und enge Zusammenarbeit mit dem Rat der Volkskontrolle positive Wirkungen auf die Situation in der Stadt. Schnell, unbürokratisch und transparent konnte auf dieser Basis Informationen von Bürgern nachgegangen werden. Aufgrund der Vielzahl von Informationen wurde im VPKA eine zeitweilige spezielle Arbeitsgruppe geschaffen, die die Vertreter des Rates der Volkskontrolle auf Anforderung über den Stand von Ermittlungen in Kenntnis setzte. Hinweise, die vom Büro für Volkskontrolle an die VP weitergeleitet wurden, sind ausnahmslos verantwortungsvoll geprüft, bearbeitet und beantwortet worden. In den ersten Wochen der Tätigkeit des Rates und des Büros (Dezember 1989 und Januar 1990) bildeten Hinweise zu vermutlichen oder tatsächlichen Objekten des ehemaligen AfNS sowie zu Amtsmißbrauch den entscheidenden Schwerpunkt. In der Folgezeit, besonders ab März, dominierten mehr und mehr Probleme, die in die normale (übliche) Arbeit der VP eingeordnet werden konnten. Die Menge an Hinweisen, die für die VP von Interesse waren, ging bis März erheblich zu-

rück. Deshalb war schon Mitte März die Auflösung der zeitweiligen Arbeitsgruppe im VPKA möglich.

Insgesamt wurden 92 Hinweise von Bürgern, die über das Büro für Volkskontrolle liefen, bearbeitet. Es sind keine Probleme offen geblieben. 85 der eingegangenen Hinweise gingen bis zum 15. Februar ein.

Hauptrichtungen waren:

- Objekte AfNS bzw. damit zusammenhängende vermutete Aktivitäten von Personen: 43 davon 39 bis 15.02.1990
- Amtsmißbrauch und Korruption besonders im Zusammenhang mit Hausbau: 11 alle vor dem 15.02.1990
- die verbleibenden 38 Hinweise sind vielschichtig. Das Spektrum reicht von Beschwerden über die Arbeit von VP-Angehörigen, Informationen über gegenseitige Bedrohung von Bürgern bis hin zur Wiederaufnahme von früher gemachten Anzeigen.
- 14 Hinweise erfolgten anonym. Das zeigt ein hohes Maß an Vertrauen der Bürger gegenüber dem Bürgerkomitee.

Arbeitsgruppe D: Wohnungspolitik

In dieser Arbeitsgruppe arbeiteten Vertreter des DFD, der PDS und der Aktion katholischer Christen mit. Alle Probleme und Hinweise aus dem Kontaktbüro wurden erfaßt und an Stadtrat Hölzer übergeben. Zur Lösung der Probleme wurde von der Abteilung WOPo mit den betroffenen Bürgern ein persönliches Gespräch geführt, das Problem mit der zuständigen Wohnraumlenkung geklärt oder ein schriftlicher Bescheid gegeben. Dazu sind die entsprechenden Bescheide im Durchschlag dem Bürgerkomitee zur Kenntnis gegeben worden. (Ablage)
Zweimal gab der Stadtrat vor dem Bürgerkomitee persönlich Bericht. Als Problem wurde die nicht termingerechte Bearbeitung der Eingaben deutlich. So wurde besonders im Dezember und im Januar die Bearbeitungszeit in der Abt. WOPo um Wochen überzogen, die Bürger nicht informiert. Daher kam es zu persönlichen Vorsprachen und schriftlichen Eingaben an das Bürgerkomitee. Diese Situation war im März überwunden und die Eingaben alle beantwortet.

Arbeitsgruppe E: Sonstiges und Zusammenarbeit mit ABI

In dieser Arbeitsgruppe arbeiteten Vertreter des FDGB, der CDU, des Skumenischen Kreises "ARCHE" und der KONTAKT-Gruppe mit. Diese Arbeitsgruppe bearbeitete etwa 150 Hinweise der Bürger, die in ihrer Vielschichtigkeit nicht statistisch gruppierbar sind. Diese Hinweise sind Ausdruck des Vertrauens der Bürger zu ihrem Bürgerkomitee. Die diesbezüglichen Unterlagen sind nun für jeden Abgeordneten im Stadtarchiv nachprüfbar.

Dem Stadtarchiv Potsdam wurden Anfang Mai 1990 folgende Unterlagen des Bürgerkomitee "Rat der Volkskontrolle" der Stadt Potsdam zur Aufbewahrung übergeben:

- a) alle Protokolle der Sitzungen des Bürgerkomitee
- b) 2 Bücher mit Eingaben / Hinweisen der Bürger aus dem Kontaktbüro (Eintragung bis lfd. Nr. 566)

- c) 1 Buch der Diensthabenden im Kontaktbüro
- d) 1 Posteingangsbuch
- e) 1 Postausgangsbuch
- f) 1 Ordner mit Bearbeitungsunterlagen zu Eingaben / Hinweisen der Bürger
- g) 1 Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Bürgerkomitee

Das Stadtarchiv wurde gebeten, diese Unterlagen mindestens 5 Jahre den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung bzw. den ehemaligen Mitgliedern des Bürgerkomitee aufzubewahren.

Dokument 2

Seiten aus den Büchern mit den 554 Vermerken zu vorgetragenen Bürgeranliegen

8. 12. 89 1

	NAME DES BÜRGERS	ANLIEGEN	WEITERGELEITET
1)		In seinem Bereich ist	UP Oberkfr.
C	Militärarchiv	wod alles im Ordnung	Feldman
	et. Leninallee	Er befindet sich in der Straße	Hinterwart am Obstkr. Markt
2)		Wohnungssystem	Alt. Wohnungsdirekt.
D			
3)		Problem der Wahlbarkeit (Kommunikation von...)	zu MfH u. Fw Kunze
4)		Wohnungsstruktur	Alt. Wohnungsdirekt.
D		Frage zum Bauamt Stützpunkt	cc
5)		Wohnungsbelegung	Alt. Wohnungsdirekt.
D		durch Kränze	erhöht, nicht fördern J. Kunze 12.2.89
6)		Aufbau von Gehwegen gehen!	Bezirkskanzlei Kunze
A		Schließung der Grenze ange- dacht!	Polst. Herrn Ebert
7)		5 Telefon ist defekt	ABi-Kulstern
E		Bürger vermerkt	an der
		eine ABi-Zentrale	Johanne Fiedler zur Postverwaltung Kunze
8)	Herr R. d. Stadt	Flut an Geld	Herrn Michel
C		zur Versicherung geschickt	geprüft
OK		Es wurden Unterlagen zur Eingabe beantragt	

409		26.1.90	Bereitstellung Biermöbel u. -technik am MFS-Parkbau
E Ludwig			
410		29.1.90	In Stücklein im Haar von Kiel 1/10 Ein Stasi-Mann verschiede
C D			
411		29.1.90	Ehem. Mitarbeiter der Stasi vorne ab 1.2.90 keine Arbeit anfordern Er erwidert nicht für Ermittlung mitzuteilen Beim Haar wurde durch Kerker (in fester Gegenwart) „Jibi habe von meinet Dienststelle Informationen bekommen und mich am Freitag auf meinen Dienststelle in Berlin melden
C und D			
412	Kreisparkane Potsdam Direktor	29.1.90	Kontrolle der Papier- Körbe der jeweiligen Stadtman vor der Verbrennung durch Bürgerkomitee
E Ludwig			

Chronologie ausgewählter Ereignisse

1949	Gründung der DDR
1950	Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
1952	Schließung der innerdeutschen Grenze durch die DDR, außer zu West-Berlin
1953	Volksaufstand in der DDR und dessen Niederschlagung
1956	Aufstand in Ungarn und dessen Niederschlagung
1961	Bau der Mauer um West-Berlin
1968	»Prager Frühling« in der Tschechoslowakei und dessen Niederschlagung
1975	Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE
1980	Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność in Polen
1985	Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion

1989

Januar	Auf dem Treffen »Frieden Konkret« in Greifswald wird zur Bürgerkontrolle der Auszählung der Wahlergebnisse in den Wahllokalen aufgerufen
2.5.	Beginn des Abbaus von Ungarischen Grenzbefestigungen nach Österreich
4.6.	In Peking wird eine Demonstration von Studenten für mehr Freiheit blutig niedergeschlagen, SED-Politbüromitglied Egon Krenz rechtfertigt wenig später die Maßnahme
4.9.	Initiative für eine »Vereinigte Linke in der DDR« verabschiedet einen Appell in Böhlen
9./10.9.	Gründung des Neuen Forum in Grünheide und Aufruf »Aufbruch 89« erarbeitet
11.9.	Öffnung der Ungarischen Grenze für DDR-Bürger nach Österreich
12.9.	SDP veröffentlicht ihren Gründungsaufruf
12.9.	Initiative »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« verabschiedet den »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« zur Gründung von »Demokratie Jetzt«
14.9.	Bekanntgabe der beabsichtigten Gründung des »Demokratischen Aufbruchs«
22.9.	Mitteilung des Ministers des Inneren der DDR über die Nachrichtenagentur, dass das Neue Forum eine staatsfeindliche Plattform sei, Schreiben von Honecker an die SED-Bezirks-

- leitungen, dass die »feindlichen Aktionen im Keim erstickt werden müssen«
- 1.10. Gründungsversammlung des »Demokratischen Aufbruchs«
 - 2.10. Gründung der Gruppierung »Vereinigte Linke«
 - 3.10. Schließung der letzten visumfreien Grenze zur Tschechoslowakei
 - 7.10. Gründung der SDP in Schwante
 - 9.10. Demonstration mit 70 000 Teilnehmern in Leipzig
 - 18.10. Sturz des Generalsekretärs des ZK der SED und Staatsratsvorsitzenden, Erich Honecker
 - 18.10. Egon Krenz wird Nachfolger Erich Honeckers in den SED-Funktionen
 - 24.10. Egon Krenz wird Staatsratsvorsitzender
 - 27.10. Amnestie für politische Gefangene
 - 7.11. Rücktritt der DDR-Regierung, wobei der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, Minister auf Abruf wird
 - 8.11. Das Neue Forum wird zugelassen
 - 9.11. Öffnung der Grenzen für alle DDR-Bürger
 - 13.11. Hans Modrow wird Vorsitzender des DDR-Ministerrates
 - 17./18.11. Umbenennung des MfS in AfNS
 - 21.11. Amtseinführung von Wolfgang Schwanzitz als Leiter des AfNS
 - 26.11. Aufruf »Für unser Land« (28.11. Veröffentlichung) für eine eigenständige DDR
 - 24.11. Gründung der Grünen Partei in der DDR
 - 1.12. Die Volkskammer beschließt die Streichung der führenden Rolle der SED aus Artikel 1 der Verfassung der DDR
 - 3.12. Überregionales Treffen von Mitgliedern des Neuen Forum in Grünheide
 - 3.12. ZK und Politbüro der SED treten zurück
 - 4./5.12. Die MfS-Bezirksverwaltungen werden von Bürgern besetzt
 - 6.12. Egon Krenz tritt als Staatsratsvorsitzender zurück, Nachfolger wird LDPD-Vorsitzender Manfred Gerlach
 - 7.12. Erste Sitzung des Zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin
 - 14.12. Ministerrat beschließt Auflösung des MfS und Aufbau von Verfassungsschutz und Nachrichtendienst, Schwanzitz wird beurlaubt, Chef des Verfassungsschutzes wird Heinz Engelhardt
 - 16./17.12. Umbenennung der SED in SED-PDS auf einem außerordentlichen Parteitag
 - 24.12. Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland können ohne Visum in die DDR reisen

1990

- Januar »Demokratie Jetzt«, Neues Forum und »Initiative für Frieden und Menschenrechte« bilden das Wahlbündnis »Bündnis 90« zur Volkskammerwahl
- 13.1. Der Ministerrat beschließt, den Aufbau des Verfassungsschutzes bis zur Volkskammerwahl auszusetzen
- 14.1. Erste Delegiertenkonferenz der SDP der DDR und Umbenennung in SPD
- Januar 28 000 Menschen verlassen die DDR
- 4.2. Umbenennung der SED-PDS in PDS
- 8.2. Bildung des Staatlichen »Komitees zur Auflösung des ehemaligen AfNS« mit Arbeitsstäben in der Bezirken
- 12.3. Letzte Sitzung des Zentralen Runden Tisches
- 18.3. Volkskammerwahl
- 6.5. Kommunalwahl

Chronologie ausgewählter Ereignisse in Potsdam

- 1983 Im Rahmen der Friedensdekade Aktion »Schweigen für den Frieden« von Jugendlichen am Brandenburger Tor, Auflösung durch Sicherheitskräfte, mehrere Verhaftungen folgen
- 1983 Gründung der Aktionsgemeinschaft »Schmiede« unter dem Dach der Kirche
- 1983 Gründung des Lateinamerika-Arbeitskreises »tierra unida« in der Erlösergemeinde
- 9.11.83 Am Standort vor der ehemaligen Synagoge am Platz der Einheit bilden Bürger mit Kerzen einen »Schweigekreis«, Auflösung durch die Polizei, zwei Teilnehmer werden im Polizeiauto mitgenommen
- 1984 Gründung des Potsdamer »Friedenskreises« des Kirchenkreises Potsdam
- 1986 Ein autonomer Hauskreis von Jugendlichen gründet sich
- 1986 Konstituierung der überkonfessionellen Basisgruppe »Arche« innerhalb der katholischen St.-Peter-und-Paul-Gemeinde
- 1987 Gruppe »Kontakte« in der evangelischen Friedrichsgemeinde in Babelsberg entsteht
- 2.–4. 9.1987 Beteiligung am Olof-Palme-Friedensmarsch auf Initiative des Bundes der Evangelischen Kirchen vom ehemaligen KZ Ravensbrück bis zum ehemaligen KZ Sachsenhausen
- 1988 Gründung der Jugendgruppe »Front gegen die Skinheads« im Schutz der evangelischen Diakonie

- 1988 Verstärkte Bildung von Gruppen aus Skinheads, Punks und Heavy-Metal-Fans
- 1988 Verstärkte Entstehung von Hauskreisen
- 1988 Übung der Potsdamer Polizei unter dem Codewort »Leitfeuer 1988« mit dem Auftrag: »Potsdam, Platz der Einheit, ca. 400 Pers., nach kirchlicher Veranstaltung, Transparente u. a. Sichtelemente mit pazifistischen Forderungen u. a. antisozialistischen Parolen [...], 120 Zuführungen, gegen 15 Personen Haftbefehl«
- 20.1.1988 Gründung der Arbeitsgruppe »Pfungstberg«
- 7.4.1988 Gründung der Arbeitsgemeinschaft »Umweltschutz«, später Argus
- 6.6.1988 Treffen von Dritte-Welt-Gruppen und »Potsdamer Erklärung«
- 12.11.1988 Veranstaltung des Potsdamer Friedenskreises im Rahmen der Ökumenischen Versammlung in der Heilig-Kreuz-Gemeinde mit über 100 Besuchern

1989

- 2.2. Argus-Informationsveranstaltung zum Thema »SERO« im Haus des Kulturbundes »Bernhard Kellermann«
- März Von der Hauptabteilung »Kampfgruppen« werden »Hinweise zur Ausbildung beim Sperren und Räumen von Straßen und Plätzen« herausgegeben³³
- 7.–9.4. Treffen von Umweltgruppen aus der DDR im Haus des Kulturbundes »Bernhard Kellermann« auf Initiative von Argus
- 14.4. Gedenkveranstaltung der »Arche« für die Opfer der Bombennacht auf dem Alten Friedhof
- 4.5. Veranstaltung von Argus im Humboldtclub zum innerstädtischen Baugeschehen
- 7.5. Kommunalwahlen, Kontrolle der Auszählung der Wahlergebnisse in 28 der 100 Wahllokale durch Mitglieder eines Hauskreises, der Gruppe »Kontakte« und Einzelpersonen
- 9.5. Eingabe an den OB Wilfried Seidel zur Wahlfälschung
- 11.5. Übergabe der Auszählung der Wahlergebnisse an den Wahlausschuss
- 15.5. »Ökumenischer Friedensweg« von Potsdam nach Caputh mit 200 Teilnehmern
- Ende Mai Schreiben von Hans Schalinski an alle Abgeordneten der neuen Stadtverordnetenversammlung mit der Forderung, Stellung zur Wahlfälschung zu nehmen

- Mai Anzeige beim Generalstaatsanwalt der DDR wegen Wahlfälschung in Potsdam
- 22.5. Abberufung des OB Wilfried Seidel, neuer OB wird Manfred Bille
- 31.5. Informationstreffen mit Berichten zur Wahlfälschung durch die Gruppe »Kontakte« in der Friedrichskirche
- 10.6. Erstes Pfingstbergfest organisiert von Argus und der Arbeitsgruppe »Pfingstberg«
- 28.6.–30.6. Klagetrommeln für die politischen Opfer in Peking an und in der Erlöserkirche auf Initiative des Lateinamerikakreises »tierra unida«
- 20.7. Übung von VP-Einheiten zur Herauslösung von Störern aus einer Demonstration auf einem dem Platz der Einheit nachempfundenen Häuserkampfobjekt auf dem Truppenübungsplatz bei Belzig
- 23.–25.8. Das barocke, so genannte Stormhaus wird trotz Protesten abgerissen
- 29.8. Treffen der »Anti-Skinhead-Liga« in der Erlöserkirche
- 9.–10.9. Teilnahme von Rudolf Tschäpe und Reinhard Meinel am Treffen in Grünheide zur Gründung des Neuen Forum
- 10.9.–8.10. Ausstellung über Verfall der Häuser der Zweiten Stadterweiterung in der Nikolaikirche
- 19.9. Antrag auf Zulassung des Neuen Forum beim Stellvertreter des Rates des Bezirkes für Inneres, Manfred Selinger
- 25.9. Mitteilung des Rates des Bezirkes, dass für das Neue Forum kein gesellschaftlicher Bedarf besteht und es daher nicht zugelassen wird
- 29.9. »Zuführung« von Rudolf Tschäpe zum Verhör in die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Potsdam, Redeverbot und Verhängung einer Geldstrafe, weil Tschäpe vorsätzlich Ziele des Neuen Forum öffentlich in der Kirche in Staaken proklamiert habe
- Oktober Gründung einer Regionalgruppe von »Demokratie Jetzt«
- Oktober Gründung der Gruppe »Potsdam Initiative«
- 4.10. Informationsveranstaltung des Neuen Forum in der Friedrichskirche in Babelsberg mit Tausenden von Menschen; im Karl-Liebknecht-Stadion und in den Nebenstraßen stehen die Einsatzkräfte der bewaffneten Organe zum Eingreifen bereit
- 6.10. Volker Wiedersberg, Mitinitiator der Demonstration vom 7. Oktober, wird eine Woche lang vom MfS inhaftiert. Er ist Mitglied der »Gruppe Acht«, die sich aus Mitgliedern der Gruppe »Kontakte« gebildet hat

- 7./8.10. Veranstaltung von Argus mit Umweltgruppen aus der DDR im Haus des Kulturbundes
- 7.10. SED-Fest zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR an der Havel
- 7.10. Demonstration von ca.15 Personen in der Innenstadt Potsdams auf Initiative von Einzelpersonen und jungen Leuten aus der Gruppe »Kontakte«, der sich ca. 2 000 Menschen anschließen, gewaltsame Auflösung durch Polizeikräfte, auf der Straße und aus dem Café Heider werden 106 Demonstrationsteilnehmer, aber auch normale Gäste des Cafes festgenommen
- 14.10. Fürbittegottesdienst in der Erlöserkirche mit jugendlichen Punks und »Antifa«
- 14.10. 4. Regionaltreffen unter dem Titel »Konkret für den Frieden« in der Erlöserkirche der evangelischen Kirche Berlin/Brandenburg mit Friedens- und Umweltgruppen und der SDP
- 16.10. Versuch der SED-Kreisleitung unter Heinz Vietze im Rathaus, in einer ersten Gesprächsrunde drei Vertretern des Neuen Forum und Mitgliedern aus weiteren Bürgerbewegungen nahe zu legen, sich in die bestehenden Strukturen einzugliedern; teilgenommen haben u. a. der OB Manfred Bille, Generalsuperintendent Günther Bransch, Vertreter der Nationalen Front
- 16.10. Erste provisorische Sprecherratssitzung des Neuen Forum in der Wohnung von Reinhard Meinel
- 18.10. Diskussion in der Filmhochschule mit Vertretern des Neuen Forum
- 18.10. Diskussion an der Pädagogischen Hochschule mit Vertretern des Neuen Forum
- 18.10. Informationsveranstaltung des Neuen Forum in der überfüllten Friedrichskirche
- 19.10. Kontaktbüro des Neuen Forum und der SDP in den Räumen der Friedrichsgemeinde eröffnet
- 19.10. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Günther Jahn informiert auf einer Zusammenkunft des Demokratischen Blocks des Bezirkes über die 9. Tagung des ZK der SED
- 23.10. Zweite Sitzung des provisorische Sprecherrats des Neuen Forum in der Wohnung von Renate Brandis
- 24.10. 2084 Unterschriften für den Aufruf des Neuen Forum gesammelt
- 25.10. Gesprächsrunde im Haus des Kulturbundes auf Bitten von Argus mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Heinz Vietze, dem Stadtarchitekten, Bernhard Wendel, dem Stadtbaudirektor, Martin Fritsch, und dem Bezirksarchitekt, Dietrich Schreiner, den begonnenen Abriss von Häusern der Zweiten

- barocken Stadterweiterung bis zur Stadtverordnetenversammlung am 1. November auszusetzen
- 26.10. Auf Einladung von Günther Jahn, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Gespräch mit den Mitgliedern des Neuen Forum Detlef Kaminski, Rudolf Tschäpe und Jan Herrmann
- 26.10. Demonstration von Studenten der Fachschule für Werbung und Gestaltung für einen Abriss-Stopp und Erhaltung der Zweiten barocken Stadterweiterung
- 29.10. Veranstaltung »Bürgergespräch« im Jugendzentrum »Drushba«
- 30.10. Dritte Sitzung des provisorischen Sprecherrats des Neuen Forum in der Wohnung von Renate Brandis
- 30.10. Die Kreisleitung der SED unter Heinz Vietze lädt Vertreter der neuen Gruppen zum Gespräch in das Rathaus gemeinsam mit Superintendent Eginhart Schmiechen und Oberbürgermeister Manfred Bille ein
- 31.10. Der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Günther Jahn, spricht vor Angehörigen der Bereitschaftspolizei in einer Kaserne
- Oktober Aufruf von Studenten der Fachschule für Werbung und Gestaltung Potsdam für Abrissstopp der Häuser der Zweiten barocken Stadterweiterung
- 1.11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, ohne Rederecht zu haben, spricht Detlef Kaminski vom Neuen Forum zur Wahlfälschung der letzten Kommunalwahl; Teilnahme von Mitgliedern von Argus und Studenten der Fachschule für Werbung und Gestaltung zum Thema Abrissstopp der Häuser der Zweiten barocken Stadterweiterung, Beschluss zum Aussetzen des Abrisses wird gefasst
- 1.11. Informationsveranstaltung des Neuen Forum in der Friedrichskirche und auf dem Weberplatz in Babelsberg mit mehreren Tausend Teilnehmern
- 1.11. Erstes Interview in der Zeitung *BNN* mit einem Mitglied des Neuen Forum
- 2.11. Beratung kirchlicher Vertreter aus dem Bezirk Potsdam mit Bezirksfunktionären
- 3.11. Erste Vollversammlung des Neuen Forum in der Erlöserkirche, Wahl des provisorischen Sprecherrates
- 4.11. Erste genehmigte Veranstaltung des Neuen Forum auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz) mit bis zu 70 000 Teilnehmern und Reden vom Balkon, anschließender Demonstrationzug über die Wilhelm-Külz-Straße (heute: Breite Straße)

- bis zum Ende der Heinrich-Rau-Allee (heute: Am Kanal)
und Abschlussveranstaltung mit Reden vom LKW
- 8.11. Gründung des SDP-Bezirks- und Ortsverbandes Potsdam
in der Erlöserkirche
- 9.11. Das Neue Forum wird im Bezirk Potsdam offiziell zugelassen
- 9.11. Gedenk- und Schweigemarsch vom Ort der ehemaligen
Potsdamer Synagoge zum Jugendzentrum »Drushba«
- 9.11. Veranstaltung mit Markus Wolf, ehemaliger 1. Stellvertreter des
Ministers für Staatssicherheit, im Haus des Kulturbundes
»Bernhard Kellermann«
- 10.11. Grenzöffnung der Brücke der Einheit (heute: Glienicker Brücke)
für DDR-Bürger
- 11.11. »Willenskundgebung« der SED vor dem Jugendzentrum
»Drushba«
- 11.11. Demonstration, die zum Platz vor der Sporthalle in der
Heinrich-Mann-Allee führt, der direkt neben dem
Jugendzentrum »Drushba« liegt, wobei es zum
Zusammentreffen mit der »Willenskundgebung« kommt
- 12.11. Veranstaltung des Neuen Forum im Alten Rathaus mit
Walter Janka (deutscher Verleger, u. a. Leiter des Aufbau-
Verlages in der DDR, wegen »konterrevolutionärer
Verschwörung« in der MfS-Untersuchungshaftanstalt
Berlin-Hohenschönhausen und wegen »Boykotthetze«
mehrjährige Haftstrafe im Zuchthaus Bautzen)
- 15.11. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam Günther Jahn
tritt zurück, sein Nachfolger wird Heinz Vietze,
bislang 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam-Stadt
- 15.11. Argus gestaltet eine Umweltnacht mit 3 000 Besuchern im
Karl-Liebknecht-Stadion
- 16.11. Rolf Kutzmutz wird 1. Sekretär der SED-Kreisleitung
Potsdam-Stadt
- 17./18.11. Umbenennung der BVfS in BAfNS Potsdam und KDFs
in KAfNS Potsdam
- 18.11. Demonstration von Gruppierungen zur MfS-Bezirksverwaltung
- 19.11. Kundgebung der SED zur Erneuerung der Partei auf dem
Platz der Nationen (heute: Luisenplatz)
- 19.11. Podiumsgespräch »DDR – woher, wohin« des Neuen Forum
in der Erlöserkirche
- 20.11. Außerordentliche Bezirkstagssitzung in Anwesenheit
von Vertretern des Neuen Forum und Superintendent
Malte Koopmann

- 20.11. FDJ-Kreisleitung Potsdam tritt zurück
- 29.11. Der Demokratische Block von Stadt- und Landkreis Potsdam lösen sich auf
- 29.11. Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung in der Bezirksparteischule
- 30.11. »Info-Tag« der SDP im Jugendclub »Spartakus«
- 2.12. Kundgebung des Neuen Forum vor dem Karl-Liebknecht-Forum in der Wilhelm-Külz-Straße (heute: Breite Straße) mit Tausenden von Menschen unter dem Motto »Europa im Aufbruch« und anschließender Demonstration durch die Innenstadt
- 2.12. «Potsdamer Antifaschisten« demonstrieren unter dem Motto »Gegen Faschismus und Wiedervereinigung« auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz) mit anschließender Demonstration zum Karl-Liebknecht-Forum, Zusammentreffen mit Teilnehmern der Kundgebung des Neuen Forum und verbale Auseinandersetzungen
- 3.12. Potsdamer beteiligen sich auf der Fernverkehrsstraße 2 an der Menschenkette durch das Land
- 4.12. Sicherung der KoKo-Bereiche durch Staatliche Organe
- 4.12. Montagsdemonstration der SDP vor der Nikolaikirche, die nun fast jeden Montag durchgeführt wird
- 5.12. Besetzung der MfS-Dienststellen auf Initiative des Neuen Forum
- 6.12. Konstituierende Sitzung des Rates der Volkskontrolle
- 6.12. Der Leiter der Potsdamer Staatssicherheit, Helmut Schickart, wird beurlaubt und am 14. 12. entlassen, Peter Puchert wird am 11. 12. sein Nachfolger
- 7.12. Offene Informationsveranstaltung von Argus in der Nikolaikirche
- 10.12. Außerordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der SED
- 10.12. Gründung der »Unabhängigen Initiative Potsdamer Frauen« (UIPF)
- 12.12. SED-Bezirksleitung tritt zurück, stattdessen Bildung eines Bezirksarbeitsausschusses, Vorsitzender wird Heinz Vietze
- 12.12. Die »Kommission über die öffentliche Kontrolle zur weiteren Sicherung, Sichtung und eventuell teilweisen Vernichtung von Schriftgut des Bezirksamtes für Staatssicherheit Potsdam« wird gegründet
- 13.12. Erster Runder Tisch der Stadt tagt, weitere Treffen finden alle 14 Tage unter Leitung von Superintendent Eginhart Schmiechen statt
- 13.12. Erstes Sondierungsgespräch zum geplanten Runden Tisch des Bezirkes Potsdam

- 16./17.12. Winterfestmachung der vom Verfall bedrohten Häuser im Holländischen Viertel auf Initiative von Argus und der Kreuzberger Sanierungsgesellschaft S.t.e.r.n.
- 18.12. Bundespräsident Richard von Weizsäcker besucht in Begleitung von Ministerpräsident Hans Modrow, Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach und Konsistorialpräsident Manfred Stolpe die Nikolaikirche
- 19.12. Veranstaltung »Sozialdemokratie in Osteuropa« der SDP in der Erlöserkirche
- 19.12. Zwischenbericht der »Kommission über die öffentliche Kontrolle zur weiteren Sicherung, Sichtung und eventuell teilweisen Vernichtung von Schriftgut des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Potsdam« erscheint
- 20.12. Erster Runder Tisch des Bezirkes Potsdam konstituiert sich auf Initiative der CDU

1990

- 3.1. Zweite Sitzung des Runden Tisches des Bezirkes
- 9.1. Zweites NVA-Forum in Potsdam Eiche
- 12.1. SFB-Talk-Show »Freitagnacht« (Moderatorin Lea Rosh) im Schloss Cecilienhof mit Vertretern der neuen Gruppierungen auf Initiative des Neuen Forum
- 14.1. Liebknecht-Luxemburg-Veranstaltung der SED-PDS vor dem Filmmuseum
- 15.1. Veranstaltung am Karl-Liebknecht-Forum unter dem Motto »Gegen Restaurationspolitik der SED und des Sicherheitsapparates, Freiheit der Andersdenkenden« organisiert vom Neuen Forum, der SPD und anderen Initiativen mit Demonstrationzug über die Friedrich-Ebert-Straße zum Gebäude der Bezirksverwaltung des MfS bis zum Platz der Nationen (heute: Luisenplatz) (Reinhard Meinel erhält daraufhin anonyme Morddrohungen)
- 17.1. Dritte Tagung des Runden Tisches des Bezirkes Potsdam
- 18.1. SPD, Neues Forum, Argus, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grüne Partei, UIPF und Vereinigte Linke erhalten Büroräume in der ehemaligen U-Haftanstalt der Staatssicherheit in der Otto-Nuschke-Straße 53/55 (heute: Lindenstraße)
- 20.1. Veranstaltung »Deutschland, Politik der 90er Jahre« des Neuen Forum

- 20.1. Tag der offenen Tür des Neuen Forum mit Besichtigung von Teilen der MfS-Untersuchungshaftanstalt
- 23.1. Versammlung des Neuen Forum in der Erlöserkirche und Wahl des Sprecherrates
- 31.1. Forum »Ökologie, Bildung und Wissenschaft« der SPD an der PH Potsdam
- 31.1. Beschluss zur Bildung der AG Sicherheit zur Auflösung des MfS am Runden Tisch Bezirk Potsdam
- 3.2. Unter dem Motto »Lasst unseren Sport nicht sterben« demonstrieren ca. 3 000 Sportler auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz)
- 3.2. Erster Kreisparteitag der Potsdamer SPD
- 5.2.–8.3. Umlagerung der Staatssicherheitsakten aus der Bezirksverwaltung nach Potsdam-Bornim
- 8.2. Bildung eines staatlichen Arbeitsstabes im Bezirk zur weiteren Auflösung des MfS
- 10.2. Erster Besichtigungstermin der MfS-Untersuchungshaftanstalt für Bürger
- 10./11.2. Erster Bezirksparteitag der SPD Potsdam
- 7.3. Gründung der AG Sicherheit am Bezirks-Runden-Tisch Potsdam zur Kontrolle der Auflösung des MfS
- 10.3. Gründung des Landesverbandes, Wahl des Landessprecherrates des Neuen Forum
- 11.3. Willy Brandt spricht auf der Wahlkampfveranstaltung der SPD auf dem Platz der Nationen (heute: Luisenplatz)
- 12.3. Übernahme der Stasi-Akten durch das Staatsarchiv (heute: Landeshauptarchiv)
- 13.3. Abschlussberatung der »Kommission über die öffentliche Kontrolle zur weiteren Sicherung, Sichtung und eventuell teilweisen Vernichtung von Schriftgut des Bezirksamtes für Staatssicherheit Potsdam«
- 17.3. Neues Forum pflanzt eine »Freiheitslinde für Potsdam« vor dem Filmmuseum
- 26.4. Letzte Sitzung des Rates der Volkskontrolle
- 6.5. Kommunalwahl

Abkürzungen und Begriffserklärungen

ABI	Arbeiter- und Bauerninspektion
ABV	Polizist, Abschnittsbevollmächtigter (zuständig für ein Wohngebiet)
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (ehemaliges MfS)
Aktion katholischer Christen	neue Laiengruppe in der katholischen Kirche
Argus	Arbeitsgemeinschaft für Umwelt und Stadtgestaltung
Ausreiseantragsteller	Bürger der DDR, der die Ausreise aus der DDR beantragt hat
B 1000	Auto der Marke Barkas, Kleintransporter
Babyjahr	in der DDR 12-monatige, bezahlte Frei- stellung für Mütter nach der Entbindung
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit (Rechtsnachfolger der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit)
BDVP	Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei
Bewaffnete Organe	Sammelbegriff für NVA, VP, MfS, Kampfgruppen
Bezirkseinsatzleitung	Gremium des Verteidigungsrates der DDR
Blockparteien	Sammelbezeichnung für alle Parteien der DDR, außer SED
BNN	Tageszeitung Brandenburgische Neueste Nachrichten
Bonzen	abfällige Bezeichnung für SED-Funktionäre
BV/BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich Demokratische Union
Demokratischer Block	Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Demokratie Jetzt	Bürgerinitiative
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
Eingabe	schriftliche Beschwerde von Bürgern gegen Verwaltungsentscheidungen
FDJ	SED-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Honecker, Margot	Minister für Volksbildung der DDR, Mitglied des Zentralkomitees der SED
IG	Interessengemeinschaft
IFA	Industrieverband Fahrzeugbau der DDR
IM	Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit
Kaderakte	Personalakte
Kaderleiter	Personalchef
KAfNS	Kreisamt für nationale Sicherheit (Rechtsnachfolger der Kreisdienststelle für Staatssicherheit)
KB	Kulturbund
KD	Kreisdienststelle des MfS
KoKo	Kommerzielle Koordinierung, vom MfS im Ministerium für Außenhandel angesiedelt und unter Leitung des MfS-Offiziers Alexander Schalck-Golodkowski geleiteter Bereich, der auf illegale Weise Devisen beschaffte, agierte im Geheimen
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammen- arbeit in Europa
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktions- genossenschaft
Massenorganisation	Staatlich zugelassene Vereinigungen und Verbände der DDR
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mitropa	1916 gegründete Bewirtschaftungs- und Beherbergungsgesellschaft für Bahnreisende, wurde in der DDR weitergeführt, dann auch für Reisende auf Schiffen der Weißen Flotte, Eisenbahnfähren und Autobahnraststätten
Nationale Front	Zusammenschluss aller Parteien und Massen- organisationen der DDR für eine gemeinsame Wahlliste
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee

OB	Oberbürgermeister
Ökumenischer Kreis Arche	Neue Laienbewegung unter dem Dach der katholischen Kirche
OibE	Offizier im besonderen Einsatz, Mitarbeiter der Staatssicherheit
PH	Pädagogische Hochschule
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus (hervorgegangen aus der SED)
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SERO	Sekundärrohstoffeffassung (VEB)
SDP	Sozialdemokratische Partei
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Trabant	Pkw-Marke in der DDR
UIPF	Unabhängige Initiative Potsdamer Frauen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
Volkssolidarität	Verband zur Betreuung älterer Menschen
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
WB	West-Berlin
ZK	Zentralkomitee der SED

Fußnoten

- 1 BStU, MfS, BV Potsdam, Leiter BV 47
- 2 BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII 2222
- 3 BStU, MfS, BV Potsdam, AKG 915
- 4 Der Sprecherrat nannte sich »provisorisch«, weil das Neue Forum vom Staat zu dieser Zeit nicht zugelassen war. Mitglieder: Detlef Kaminski, Heidrun Liepe, Ute Platzeck, Dr. Rudolf Tschäpe, Prof. Dr. Reinhard Meinel, Annette Flade, Hartmut Mechtel, Dr. Bernd Reuter, Renate Brandis, Saskia Hünecke
- 5 BStU, MfS, BV Potsdam, XIX 1103
- 6 Christian Ladwig, Pfarrer Michael Passauer, Reinhard Schult, Wolfgang Schnur (IM »Dr. Schirmer«)
- 7 Nach einem Gespräch mit Manfred Kruczek am 11. 5. 2009, einem Telefonat am 9. 6. 2009 sowie seinen detaillierten unveröffentlichten Aufzeichnungen vom 6. 12. 1989, einem Telefonat mit Prof. Dr. Reinhard Meinel Ende Mai 2009, unveröffentlichten Aufzeichnungen von Dr. Rudolf Tschäpe, einem Telefonat mit Annette Flade am 24. 8. 1990
- 8 Nach einem Gespräch mit Detlef Kaminski am 14. 5. 2009 und am 14. 10. 2009
- 9 Nach einem Telefonat mit Heidrun Liepe am 11. 6. 2009 und Annette Flade am 24. 8. 1989
- 10 Erinnerungen von Prof. Dr. Günther und Gisela Rüdiger
- 11 Nach einem Gespräch mit Dr. Bärbel Dalichow am 17. 9. 2008
- 12 Gespräch mit Manfred Kruczek am 9. 6. 2009
- 13 Beide sind VP-Offiziere und Dozenten der Hochschule der Deutschen Volkspolizei »Karl Liebknecht« in Berlin-Biesdorf
- 14 Höchstwahrscheinlich handelt es sich um Uwe Fremde, geb. 15. 10. 46, der auf der Gehaltsliste der Mitarbeiter der Staatssicherheit steht, erschienen in der Beilage der Zeitschrift des Neuen Forum »die andere«, Ausgabe 24/91 Berlin
- 15 Es handelt sich um die Mitglieder des Neuen Forum Manfred Kruczek, Detlef Kaminski Annette Flade und Ute Samtleben, das SDP-Mitglied Rainer Speer, Carola Stabe von Argus. Staatlicherseits waren dabei: der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Herbert Zschoppe, der OB Manfred Bille, Major Hülsenbeck von der Polizei, der Kreisstaatsanwalt Horst Grünwald, der Stellvertreter für Inneres der Stadt Potsdam Heinz Müller, die Vertreterin der ABI Jahnke und Dr. Aljoscha Weigel vom Rat des Bezirkes (entnommen den Aufzeichnungen von Manfred Kruczek vom 6. 12. 1989 und nach Hinweisen von Otto Brust)
- 16 Gespräch mit Detlef Kaminski am 14. 5. 2009
- 17 »Abschlussbericht des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Potsdam« vom 14. 3. 1990
- 18 BStU, MfS, BV Potsdam, 1. Stellv. Op 16
- 19 BStU, Dok-BVA AB 1
- 20 BStU, MfS, BV Potsdam, 1. Stellv. Op 16
- 21 Stadtarchiv Potsdam 02.363
- 22 BStU, MfS, BV Potsdam, 2689/85

- 23 BStU, MfS, BV Potsdam, 1384/81
- 24 BStU, MfS, BV Potsdam, 1341/73 und BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XVIII 396
- 25 BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XIX 380
- 26 BStU, MfS, BV Potsdam, KD Pdm. 244
- 27 BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XX
- 28 BStU, MfS, BV Potsdam, 1460/74
- 29 BStU, MfS, BV Potsdam, KD 229
- 30 BStU, MfS, BV Potsdam, 19/73
- 31 BStU, MfS, BV Potsdam, XX 363
- 32 BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 58/84
- 33 BStU, BV Potsdam, Abt. VII 241

Verwendete Quellen und Literatur

Verwendete Quellen

- Protokolle der Sitzungen, zwei Bücher mit den Bürgerhinweisen und Anliegen aus dem Kontaktbüro und weiteres Schriftgut des Rates der Volkskontrolle, Privatarchiv
- Protokolle und weiteres Schriftgut der »Kommission über die öffentliche Kontrolle zur weiteren Sicherung, Sichtung und eventuell teilweisen Vernichtung von Schriftgut des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Potsdam«, Privatarchiv
- Private Sammlungen und Aufzeichnungen von Gisela, Prof. Dr. Günther und Dr. Sten Rüdiger
- Private Sammlungen und Aufzeichnungen von Uta Leichsenring
- Private Sammlungen und Aufzeichnungen von Irmgard Meier
- Private Aufzeichnungen von Dr. Rudolf Tschäpe
- Private Sammlungen und Aufzeichnungen von Christian Grauer

Verwendete Literatur

- Ash, Timothy Garton: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1992.
- Blumrich, Bernd: Linienuntreue. Potsdam, Kleinmachnow und Teltow von 1989 bis 1990, Berlin 2007.
- Fehr, Helmut: Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976–1989), in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.
- Gill, David/Schröter, Ullrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Ministeriums, Berlin 1991.
- Grabner, Sigrid/Röder, Hendrik/Wernicke, Thomas (Hrsg.): Widerstand in Potsdam 1945–1989, Berlin-Brandenburg 1999.
- Grahn, Gerlinde (Hrsg.): Wir bleiben hier, gestalten wollen wir. Der Runde Tisch im Bezirk Potsdam 1989/90 – Forum des gesellschaftlichen Dialogs, Schkeuditz 2006.
- Hertle, Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.
- Höffer, Volker: Der Gegner hat Kraft. MfS und SED im Bezirk Rostock (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), BStU, Berlin 1997.
- Hollitzer, Tobias: Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. BStU, Berlin 1999.
- Horsch, Holger: Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Land gekannt? MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Teil 3, BStU, Berlin 1997.

- Kleißmann, Christoph: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 5/91 25. Januar 1991, Bonn 1991.
- Knorr, Heiko (Red.): Das Ende und der Anfang. Die Auflösung der Bezirksverwaltung Gera des Ministeriums für Staatssicherheit im Spiegel von Zeitzeugnissen und Erinnerungen, Erfurt 2006.
- Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998.
- Kruczek, Manfred: Wie die »Fahrrad-Fraktion« die Stasi besetzte. in Horch & Guck, 9. Jg., Heft 32, Berlin 2000.
- Löhn, Hans-Peter: Unsere Nerven liegen allmählich blank. MfS und SED im Bezirk Halle, BStU, Berlin 1996.
- Marr, Ilona/Schneider, Sascha/Neues Forum (Red.): Chronik der Wende im Kreis Rathenow, Rathenow 1992.
- Meinel, Reinhard/Wernicke, Thomas (Hrsg.): Mit tschekistischem Gruß. Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam 1989, Potsdam 1990.
- Neumann, Lonny: Nenn es Hoffnung. Aus dem Tagebuch 1989, in Horch & Guck, 9. Jg. Heft 32, Berlin 2000.
- Niemann, Andreas/Süß, Walter: Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg. BStU, Berlin 1996.
- Rabe, Ralf-Stefan: 12. November 1989. Brandenburg/Havel erlebt seine Großdemonstration, in 14. Jahresbericht 2004–2005 des Historischen Vereins Brandenburg e.V.
- Rüdiger, Gisela: Herrn Schickarts gerettetes Erbe. Der Umgang mit den Stasi-Akten im Bezirk Potsdam. in Horch & Guck, 9. Jg. Heft 32, Berlin 2000.
- Tschäpe, Rudolf/Schulz, Erich: Quadrat war ihr Kreis, in Horch & Guck, 9. Jg. Heft 32, Berlin 2000.
- Booß, Christian: Das Letzte vom Ersten. Die Wende des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Potsdam. in Horch & Guck, 9. Jg. Heft 32, Berlin 2000.
- Schnell, Gabriele: Jugend im Visier der Stasi, Potsdam 2001.
- Schnell, Gabriele: Ende und Anfang. Chronik der Potsdamer Sozialdemokratie 1945/46–1989/90, Potsdam 1999.
- Schnell, Gabriele/Hans-Hermann Hertle: Die Häftlinge des »Lindenhotels« in Potsdam, Potsdam 2005, Arbeitsbericht, unveröffentlicht.
- Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
- Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR/»Gesellschaft für Zeitgeschichte« e.V. (Hrsg.): Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt. Zeitzeugenberichte, Erfurt 2004.
- Weber, Hermann: Die Geschichte der DDR. Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1992.

Weiß, Peter Ulrich/Petrik, Heinz: Das Neue Forum und die Deutsche Forumpartei im Bezirk Cottbus 1989/90, Potsdam 2001.

Werdin, Justus (Hrsg.): Unter uns: Die Stasi. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder), Berlin 1990.

Wernicke, Thomas: Ich habe sie dann reingelassen. Der politische Aufbruch 1989/90 und das Ende der Staatssicherheit im Bezirk Potsdam, Potsdam 2008, unveröffentlichtes Manuskript.

Quelleneditorische Hinweise

Der Punkt 4 dieser Dokumentation basiert, von einigen wenigen kurzen Aufzeichnungen damaliger Akteure abgesehen, auf Zeitzeugenaussagen.

Für den Punkt 6 wurden fast ausschließlich die umfangreichen vorhandenen schriftlichen Quellen verwendet (siehe Quellennachweis).

Eine Reihe von Informationen stammt aus dem Buch »Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern« von Dr. Walter Süß. Das betrifft auch die Zitate aus den Unterlagen des MfS in Ost-Berlin.

Danksagung

Wir danken den Zeitzeugen Dr. Bärbel Dalichow, Annette Flade, Detlef Kaminski, Manfred Kruczek, Heidrun Liepe, Prof. Dr. Reinhard Meinel und Carola Stabe.

Weiterhin waren uns die Hinweise von Dr. Walter Süß, Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der BStU, eine wertvolle Hilfe.

Wichtig war auch die Unterstützung durch Mitarbeiter des Archivs der inzwischen geschlossenen Außenstelle Potsdam der BStU. Namentlich haben wir besonders den Archivarinnen Simone Loesch-Humke und Annette Wernitz sowie den Mitarbeitern Bernd Buchwald und Wanda Godzwon zu danken.

Besonders danken wir auch Peter Ehret, Student der Geschichte in München. Er hat die umfangreichen Unterlagen der MfS-Bezirksverwaltung aus dem Jahr 1989 ausgewertet und in den zeitlichen Gesamtzusammenhang gestellt.